

haben. (Dr. Enge: „Jetzt denken Sie an Ihre Vergangenheit!“) Ich war nie Großdeutscher. (Dr. Oberegger: „Siehe Verein Michfeld!“) Das war nie ein großdeutscher Verein, das war ein Arbeiterverein und ich stehe seit 20 Jahren in der Arbeiterbewegung, und Großdeutsche von Knittelfeld, ich nenne Ihnen da nur Dr. Daghofer, Dr. Hain und Dr. Herzog samt dem Bürgermeister Kießling, waren immer meine erbittertsten Feinde. Ich werde Ihnen Zeitungsartikeln bringen, woraus Sie sehen werden, daß ich nie Großdeutscher, nie Schönerianer war. (Dr. Enge: „Was waren Sie denn dann?“) Ich war ein ehrlicher Arbeitervertreter (Zwischenruf: „Das gibt es nicht!“), ich war Nationalsozialist, aber nichts anderes. (Zwischenrufe Dr. Oberegger und Steiner. — Lebhaftes Unruhe im ganzen Hause.) Es ist ganz merkwürdig, daß die Großdeutschen das Bedürfnis haben, mir Vorwürfe zu machen und mich um meine politische Vergangenheit zu befragen. (Steiner: „Wenn Sie angreifen, schießen wir zurück!“) Der Herr Steiner soll nichts reden, der gewesene Sozialdemokrat Steiner, der haßt notwendig! (Steiner: „Ich habe keine Ursache, darüber nicht zu reden!“) Es ist nun einmal recht typisch, daß man immer bemüht ist, diesem Sozi A u f t eins anzuhängen, weil er einmal nicht Sozialdemokrat war. Wenn Sie meine politische Entwicklung miterlebt hätten, wenn Sie erlebt hätten, wie gerade diese deutschen Arbeiter in diesem Verein Michfeld (Zwischenruf Dr. Oberegger.) Kollege Oberegger kanns nicht erwarten. . . . wie diese deutschen Arbeiter von den Deutschnationalen, von den akademischen Heilobrüdern behandelt wurden, dann wird Ihnen die Wandlung dieses A u f t, der seit jeher in der Arbeiterbewegung gestanden ist — auch Kollege Oberegger war einmal drin, er hat sich erst später in einem Großdeutschen umgewandelt —, dann wird Ihnen diese Wandlung sicherlich begreiflich sein. Ich will Ihnen nur ein Beispiel sagen: Wir haben in diesem Arbeiterverein zwei Beiräte gehabt, der erste war der Dr. Daghofer und der zweite der Großkaufmann und Bezirksobmann Josef K a p p e l. Diese Beiräte hätten die Aufgabe gehabt, für die Mitglieder dieses Arbeitervereines tätig zu sein, wenn es in irgend einem Betriebe, insbesondere bei der Bundesbahn, gekollt hat, einem solchen Arbeiter zu seinem Rechte zu verhelfen, ihm eine Stellung zu verschaffen. Ich kann nur feststellen, daß die ganzen Jahre hindurch, die ich im Verein Michfeld gearbeitet habe, diese beiden Beiräte nie zu einer Sitzung erschienen sind, diese Herrschaften aber immer bemüht waren, ja nicht mit dem schmutzigen, schmierigen Arbeiter zusammenzukommen, krampfhaft bemüht waren, den Unterschied zwischen dem akademisch Gebildeten und dem plumpen Arbeiter aufrechtzuerhalten und deshalb, ich gestehe Ihnen das ganz offen, ist es mit der großdeutschen Partei, deshalb ist es mit der nationalen Arbeiterbewegung nie vorwärts gegangen und wird nie vorwärtsgehen. (Wallisch: „So ist es!“) Du bist Arbeiter, du bist mein Untergebener, du bist der ungebildete Prolet, welchen ich als Stimmvieh gebrauchen kann, mit dem ich aber weiter nichts gemein haben will. Und wenn Sie dann zehn Jahre lang und

noch länger immer wieder beobachten können, wie diese Herren Lehrer und andere Beamte als Schriftführer, als Säckelwarte in irgend einem Gesangsverein ausnützen, wie sie aber diese Menschen immer wieder als zweite Garnitur behandeln, sie immer wieder fühlen lassen, daß ihnen die akademische Punze fehlt, welch tiefer Abstand, welch weite Kluft zwischen einem akademisch Gebildeten und einem, der nur eine Mittelschule besuchte, besteht, dann werden Sie es begreiflich finden, wenn ein Ekel wachgerufen wird, der durch die Vorkommnisse des Krieges entsprechend genährt wurde.

Mir hat gestern ein Abgeordneter zugerufen: „Sie haben im Hinterlande tachiniert!“ Ich möchte diesem Zwischenrufer sagen, daß ich nicht tachiniert habe, daß ich meine Kriegisleistungen im Hinterlande vollbrachte, 16 bis 18 Stunden jeden Tag gearbeitet habe, bis ich körperlich und geistig zusammengebrochen bin. (Heiterkeit.) Das war im Jahre 1917. Damals wurde der A u f t schon zu den Toten gezählt. Mir dann den Vorwurf zu machen, daß ich im Hinterlande tachiniert habe, ist typisch für den Zwischenrufer. (Dr. Enge: „Sie haben Ihren Zusammenbruch doch überhaucht!“) Sie hatten es nicht notwendig, Herr Dr. Enge, Sie sind überhaupt nicht so weit gekommen. Weil ich gerade bei den Großdeutschen bin, halte ich es für meine Pflicht (Zwischenrufe.) Beim Kollegen R i e m e l m o s e r findet man gar nichts daran, daß er auch ein Bächl hat, daß auch er seinerzeit anderer Gesinnung war und verschiedene Wandlungen durchgemacht hat, bei ihm ist selbstverständlich, nur bei mir nicht.

Ich muß mich nun schon auch mit den Großdeutschen und mit den Zitatisten ein wenig beschäftigen, in welchen sich Herr Landesrat Dr. Hübler gestern gesonnt hat. Er hat F r e i l i g r a t h zitiert, und zwar — trotzdem er Professor für Deutsch ist — in einer Art und Weise, die uns erkennen läßt, daß er diesen Freiligrath nicht verstanden hat oder ihn bewußt fälschte. Das Gedicht, das Dr. Hübler zitiert hat, ist nicht im Jahre 1914 entstanden. (Hornik: „Das hat er nicht gesagt, abgedruckt wurde es!“) Warum hat er es dann zitiert? Er hat uns für so dumm gehalten, daß wir das Zitat als Kriegsgebidicht des Jahres 1914 entgegennehmen sollen. Zufällig sind in unserer Gruppe aber Leute, die auch etwas von Literatur verstehen, auch wenn sie nicht Deutschprofessoren sind, die diesen Schwindel aufdecken können, denn das war ein Schwindel mit diesem Gedicht. (Dr. Enge: „Das vom P e h o l d war auch ein Schwindel!“) Kommt schon, nur Geduld! Wenn Kollege Dr. Hübler dieses Gedicht so verstanden hätte, wie es nach dem Dichter zu verstehen gewesen wäre, hätte er sicherlich nicht davon seine Feststellungen abgeleitet, mit welchen er unter großem Jubel der bürgerlichen Presse und der Bürgerlichen im Landtage die Sozialdemokraten treffen wollte. Wir haben hier Leute sitzen, die anders geredet haben, die mit dem Arrest in Verbindung kamen (Dr. Enge: „Der Wallisch in Ungarn!“), die für ihre offene Meinungsäußerung mit dem Gefängnisse Bekanntschaft machen mußten. Dr. R e n-

ner wird hier zitiert, herausgerissen aus einem langen Artikel, aus dem uns Kollege Dr. Hübler ein Bruchstück verlesen hat. Wenn er uns den ganzen Artikel vorgelesen hätte, dann wäre es möglich gewesen, den Zusammenhang der wenigen Worte mit den übrigen Ausführungen des Kollegen Renner festzustellen, dann wäre das hohe Haus zu einer anderen Meinung und Dr. Hübler um den Beifall gekommen. Es wird unser Pehold zitiert. Das war ein junger, von Temperament überschäumender Idealist, ein Dichter. Wir haben uns mit Pehold nicht identifiziert und wenn Sie dieses Gedicht einer Kritik unterziehen, haben Sie recht und wir teilen Ihre Meinung, aber wir können allen anderen Menschen leichter etwas vorschreiben, als einem Dichter. (Hornik: „Aber abdrucken muß man es nicht in dieser Zeit, der kann dichten, was er will, aber abdrucken tut man es nicht!“ — Wallisch: „Was ist mit der Dolschfolgende?“ — Steiner: „Die ist erst 1918 gekommen!“) Ich weiß gar nicht, ob das Gedicht wirklich abgedruckt war. Kollege Dr. Hübler hat das Gedicht auf einem Zettel geschrieben gehabt, es ist möglich, daß er es aus einer Gedichtsammlung des verstorbenen sozialdemokratischen Pehold herausgenommen hat. — Wenn er mit Scheidemann kommt, so hat Genosse Resel schon durch Zwischenrufe die Stellung Scheidemanns gekennzeichnet. Wir in Österreich sind keine Scheidemänner und haben uns mit der politischen Richtung des sozialdemokratischen Scheidemann in Deutschland nicht identifiziert. Wenn Sie unsere Presse aus der Zeit der Kämpfe mit Scheidemann verfolgt hätten, dann hätten Sie feststellen können, daß unsere „Arbeiterzeitung“ in Wien in schärfster Weise gegen Scheidemann aufgetreten ist und auch über das Buch „Der Zusammenbruch“, über das Dr. Hübler gesprochen hat, nicht in der angenehmsten Weise kritisierte. Das waren ein paar Schlagworte, die Dr. Hübler in das hohe Haus hineinwarf, um zu beweisen, daß die sozialdemokratische Partei durch und durch vom Krieg begeistert war.

Ich halte es auch für notwendig, ein paar Worte zu verlieren über die Ausführungen des Landesrates Winkler. Es hat schon Genosse Gföller in verschiedener Richtung zu diesen Ausführungen Winklers Stellung genommen, aber einige Dinge, die Herr Winkler vorgebracht hat, zwingen auch mich, dazu Stellung zu nehmen. Er hat in unrichtiger Weise festgestellt, daß die Besteuerung der Aktiengesellschaften ausschließlich in Wien erfolgt. Ich möchte dieser Behauptung entgegenhalten, daß sie nicht zutreffend ist und möchte in Richtigstellung dieser falschen Behauptung, aus der man Kapital gegen die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung von Wien schlagen will, feststellen, daß nur 10 Prozent der Steuer in Wien entrichtet werden, während die übrigen 90 Prozent in jenen Steuerbezirken zur Abfuhr kommen, in welchen die Aktiengesellschaften ihren Betrieb haben. Herr Winkler hat sich mit der Steuerpolitik des Stadtrates Breitner beschäftigt und hat in ehrlicher Weise bekannt, daß er es unterlassen will, diese Steuerpolitik des Kollegen Breitner einer Erörterung zu unterziehen. Er hat aber aus derselben

den Schluß abgeleitet, daß man die Politik Breitners in Bezug auf die Lösung der Wohnungsfrage nicht decken und unterstützen könne. Kollege Winkler hat festgestellt, daß man nur durch Aufhebung des Mietengesetzes, und zwar, wie man sich jetzt vorsichtig ausdrückt, etappenweise (Ing. Wikany: „Das haben wir immer behauptet!“) zu einer entsprechenden Lösung der Frage der Wohnungsnot kommen könne. Herr Winkler hat uns Vorschläge unterbreitet, ohne daß er uns mitgeteilt hätte, wie er sich die technische Durchführung der Vorschläge denkt (Ing. Wikany: „Das kommt in der Spezialdebatte!“) Das Land Steiermark kann in dieser Beziehung doch nichts machen. Winkler hat uns das Wort Schweiz hingeworfen. Ich meine, daß wir sehr weit davon entfernt sind, die Republik Österreich mit der Republik Schweiz vergleichen zu können — es ist sehr bedauerlich — aber nicht durch unser Verschulden, sondern durch das Verschulden anderer. Ich meine, wenn Kollege Winkler schon dafür ist, daß diejenigen, die ihr Einkommen valorisiert, auch übervalorisiert haben, entsprechende Mietzinse bezahlen sollen, er sich auch für eine Idee einsetzen soll, für welche die Sozialdemokraten längst eine Lanze gebrochen, und zwar für das sogenannte Zwangsbaugesetz. Wir sind der Meinung, daß man weit leichter dekretieren könnte, daß die Banken, Aktiengesellschaften, Bosel, Castiglione usw. gezwungen werden, für sich und ihre Beamten und andere Angehörige Wohnungen selbst zu schaffen. Durch ein solches Gesetz wäre man in der Lage, andere Wohnungen freizubekommen und der Wohnungsnot zu steuern. Natürlich brauchten wir auch ein Gesetz, das die Bundesverwaltung, Bundesbahnverwaltung und Landesverwaltungen zwingt, für die Beamten und Arbeiter eigene Wohnungsgelegenheiten zu schaffen, aber nicht so, daß die Bundesbahnverwaltung, nachdem sie gründlich Leute abgebaut hat, die beispielsweise in Knittelfeld geblieben sind, nunmehr 150 oder 200 Eisenbahner aus Linz und Amstetten oder anderen Orten nach Knittelfeld dirigiert und der Meinung ist, die Stadtgemeinde soll für die Wohnungen sorgen. Wenn man erreichen könnte, daß diese Gruppen, die ich aufgezählt habe, gezwungen werden, die Wohnungsfrage durch ein Zwangsbaugesetz für ihre Bediensteten selbst zu lösen, so wären auch wir dafür zu haben.

Kollege Winkler hat das Bedürfnis gehabt, und das war sicherlich seine schwerste Entgleisung bei seinen sonst sehr sachlichen Ausführungen, von der Politisierung der Schule zu sprechen. Das ist ein Kapitel, das ich mit der Aufschrift „noli me tangere“ für den Bauernbund versehen möchte, und zwar aus Gründen, die ich gleich auseinanderlegen werde. Schauen wir uns einmal den Aufbau des Schulwesens in Bezug auf die Gesetzgebung an. Wir wissen, daß es Ortsschulräte, Bezirksschulräte und einen Landesschulrat in Steiermark gibt. In letzterem, dem Kollege Winkler so schwere Vorwürfe gemacht hat, sitzt kein Bauernbündler. Sie werden fragen, wieso es kommt, daß ein Großdeutscher dort vertreten ist, trotzdem die Großdeutschen im Hause nur vier Sitze und die Bauernbündler acht Sitze haben. Die Sache ist leicht erklärt,

wenn man sich daran erinnert, daß die Bauernbündler freiwillig zu Gunsten der Großdeutschen auf diesen Sitz im steirischen Landesschulrate verzichtet haben, und daß die Bauernbündler auch damals schon erklärt haben, ihre Gruppe ist in entsprechender Weise durch den Landesrat Dr. Hübler im Landesschulrate vertreten. Die Bauernbündler identifizierten sich dadurch mit dem, was Dr. Hübler im Landesschulrate macht. Nun steht Kollege Winkler auf und spricht von der Politisierung der Schule und redet davon, daß Riemelmoser, Rüchl und Köchl ein Triumvirat bilden und nunmehr die Schule politisieren. Der Herr Hofrat Dr. Köchl wird über diese Bemerkung Winklers nicht sehr erbaud sein. Es ist für einen Beamten . . . (Riemelmoser: „Wenn er mit Ihnen gleichzeitig genannt würde, wäre es unangenehm!“) Sie haben dem Dr. Köchl auch durch diese Bemerkung geschadet, denn damit geben Sie zu, daß dieser Beamte des Landesschulrates einer Korruption zugänglich ist. Ich will zur Ehrenrettung des Dr. Köchl feststellen — er ist kein Sozialdemokrat, sondern steht den Christlichsozialen sehr nahe — (Winkler: „Er ist ein ganzer!“) Er ist nicht organisiert. Tatsache ist es, daß die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten durch die Not gedrängt, zur Erkenntnis gekommen sind, daß es nach dem System Herz, Hübler, Winkler in Bezug auf die Schule nicht so weiter gehen könne. (Winkler: „Sie geben also diese Koalition zu?“) Ich bin noch nicht so weit, ich werde die Sache schon logisch entwickeln. Tatsache ist, daß bis vor nicht allzulanger Zeit in Graz und den meisten anderen Orten von Steiermark eine Lehrernerennung nicht möglich war, wenn der betreffende nicht im Kalender des Herrn Herz gestanden ist und im Kalender der Großdeutschen. Sie wissen, daß Herz ein großdeutscher Vertreter ist, der zwar unpolitisch im Landesschulrate als Lehrervertreter wirken soll, der sich aber nicht scheut, sich immer wieder politisch zu exponieren, und erst kürzlich einen Protest des Landesrates Hübler unterschrieben hat, der von der großdeutschen Partei gegen die Aufteilung der Mandate in den Bezirksschulräten eingebracht wurde. Das hat der unpolitische Lehrer Herz unterschrieben. Die armen Großdeutschen, sie möchten in Bezug auf die Schule noch immer, wie durch 20 und 30 Jahre, die erste Geige spielen. (Ing. Wihany: „Warum sind Sie angestellt worden?“) Damals, als ich angestellt wurde, war nur ein Bewerber vorhanden.

Nun stellt aber Herr Landesrat Winkler die Sache so dar, als wenn diese Art von Schulpolitik die Lehrer zwingen würde, Gefinnungslumpen zu werden. (Winkler: „Ist meine vollste Überzeugung.“) Bezüglich der Christlichsozialen? (Ingenieur Wihany: „Auch bei Euch.“) Nein! Bei uns ist die Sache anders! Wenn zu uns einer in einer Kompetenzangelegenheit kommt und erklärt, er möchte Sozialdemokrat werden, so wird in unserer Gewerkschaft grundsätzlich die Aufnahme eines solchen Stellenwerbers abgelehnt. (Zwischenrufe.) Das soll Kollege Riemelmoser beweisen, bei uns ist es so, und wenn Sie von einer Politisierung der Schule sprechen wollen, dann werden Sie sich wohl auf einem Schlepp-

geleise bewegen. Herr Landesrat Winkler sagt mit Recht, daß der Ortsschulrat wohl zum Zahlen da ist, aber nichts zu reden hat, und so ist es in vielen Orten. Wir haben in Knittelfeld einen Beschluß gefaßt, alle Kinder — und da können die Herren sehen wie man es macht — unentgeltlich mit Lehrmitteln zu befeilen. Im Ortsschulrate waren die Christlichsozialen dafür, im Bezirksschulrate dagegen. (Dr. Enge: „Sie haben sich gebessert in dieser Zwischenzeit!“) Ich habe gedacht, damit die Sozialdemokraten ein neues Agitationsmittel haben. Nur bei den Sozialdemokraten ist der Gesinnungswechsel eine Lumperei, bei den Christlichsozialen ist er selbstverständlich. In diesem Ortsschulrat, der für die Schule alles macht, haben wir einmal versucht, einen sozialdemokratischen Lehrer nach Knittelfeld zu bringen. Aber da können wir beschließen, was wir wollen, im Bezirksschulrate sind wir in der Minderheit, der geht über den Vorschlag hinweg, wenn der Ortsschulrat auch nachdrücklich die Ernennung eines Lehrers oder einer Lehrerin verlangt hat. Kürzlich hatten wir folgenden Fall: Eine Bewerberin hatte am meisten Dienstjahre, war sehr gut qualifiziert und hätte naturgemäß ernannt werden sollen. Der Ortsschulrat hatte sie als erste vorgeschlagen, im Bezirksschulrate wurde sie jedoch abgewiesen. Und wissen Sie, warum? Nicht wegen der Qualifikation, nicht wegen des Dienstalters, sondern deshalb, weil sie gerichtlich geschieden ist, und weil deshalb die Moralität der ihr anvertrauten Jugend leiden könnte. Das haben die Großdeutschen im Bezirksschulrate gemeinsam mit den Christlichsozialen beschlossen und dann haben solche Leute noch die Frechheit, zu sagen, die Sozialdemokraten politisieren die Schule. (Zwischenruf: „Das nennt man dann Freiheit!“) Herr Landesrat Winkler hat es für notwendig befunden, Beispiele anzuführen, um zu beweisen, daß die Koalition Riemelmoser und Rüchl besteht, und daß deutschnationale Lehrer vergewaltigt werden. Er war aber in seinen Beispielen unglücklich, weil immer die Sozialdemokraten das Gegenteil von dem verlangt haben, was Herr Winkler gesagt hat und die Großdeutschen Hübler und Herz mit Riemelmoser gestimmt haben. Die Koalition besteht, aber die getreuen Schildknappen des Riemelmoser sind Herz und Hübler. Dann erzählte Kollege Winkler von einem Fall in Labach und verwies darauf, daß da wieder Sozialdemokraten und Christlichsoziale gepackelt haben. In Wirklichkeit war aber die Sache so, daß für die Ernennung des Bewerbers Hyden die Großdeutschen und Christlichsozialen gestimmt haben, während die Sozialdemokraten für den dienstältesten Bewerber namens Kofeck eingetreten sind. Er hat weiter auf Leibniz verwiesen und behauptet, daß im Zusammenhange mit der Ernennung des Herrn Auer in Scheifling ein Herr Omerzu für Leibniz ernannt wurde. Ich möchte nun feststellen, daß die beiden Fälle Omerzu und Auer zeitlich soweit auseinanderliegen, daß ein Zusammenhang nicht bestehen konnte. Wenn die Sozialdemokraten für Omerzu gestimmt haben, so geschah es deshalb, weil der Referent im Landesschulrate, Dr. Köchl, ihn als sehr tüchtig schilderte und zur Ernennung in Vorschlag gebracht

hat. Herr Auer hatte als Gegenbewerber einen gewissen Kollmann, dessen Frau auch Lehrerin war und sich in guten wirtschaftlichen Verhältnissen befand, während Kollege Auer in einer Landgemeinde im Murauer Bezirke bedienstet war, eine alte Mutter und Familie zu erhalten hatte und eben nur mit Rücksicht auf seine gute Qualifikation und diese Umstände ernannt wurde. Ich bemerke, daß gerade der sozialdemokratische Auer bei den Bauernbündlern-Vertretern vom oberen Murtale guten Anklang hat und heute noch eine der beliebtesten Lehrpersonen ist, trotzdem er Sozialdemokrat ist. (Hartleb: „Davon ist mir nichts bekannt!“) Sie kommen ja da nicht hinauf, sondern sind nur im Neumarkter Bezirk. Der Oberlehrer in Lind, auch ein Bauernbündler-Vertrauensmann, der findet auch entsprechende Worte der Anerkennung für den sozialdemokratischen Lehrer Auer. Das möchte ich nur feststellen. Und nun komme ich zu dem Fall Langenwang. Da verweist Herr Landesrat Winkler darauf, daß die Geschichte nicht stimmen soll, weil die Stelle seit einem Jahre nicht besetzt wird. Nun wenn die Koalition Riemelmoser und Rückl so tadellos funktionieren würde, so wäre Tauschek schon längst für Langenwang ernannt, weil aber Riemelmoser sich auf einen gewissen Tag kapriziert, ist die Sache bis heute nicht erledigt. (Dr. Enge: „Über Tauschek sind die Ansichten auch verschieden!“) Das glaube ich, weil Ihr ihm unten nichts mehr zu fressen gebt!

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, doch die parlamentarische Form einzuhalten.

Aust (fortfahrend): Ich werde mich bemühen, Herr Präsident. Wenn man die Sache objektiv beurteilt, so müßte Tauschek (Ing. Wihany: „Das ist der Note!“) die Stelle bekommen, und warum? Weil ihn einerseits die Bevölkerung von Langenwang wünscht und weil ferner festgestellt ist, daß dieser Sozialdemokrat Tauschek ein sehr tüchtiger Schulmann ist, was man von Herrn Tag nicht behaupten kann. (Zwischenrufe.) Und dann kommt noch dazu, daß Tauschek schon lange Jahre in dem Neste Roglhof (Dr. Enge: „Seit 1919!“) wirkt. Ich glaube 1920 — und es entspricht jedenfalls einem Grundsatz der Bauernbündler, Lehrer, die lange in abgelegenen Orten wirken, vorwärts zu bringen und ihnen die Möglichkeit zu geben, in einem größeren Industriort zu kommen. Nun ist die Sache aber so, daß so ein armer Teufel draußen auf dem Lande verfolgt wird. Die Christlichsozialen verfolgen ihn und von seinem Lehrkörper wird ihm die Möglichkeit zum Leben recht sauer gemacht. (Dr. Enge: „Das ist umgekehrt! Die ganze Bevölkerung mag ihn nicht!“) Nun, so lassen Sie ihn doch fort, das ist doch eine sehr einfache Geschichte. (Dr. Enge: „Sehr gerne!“), Langenwang wird eine Freude haben und wir auch. Und nun kommt noch dazu, daß man ihm die Verpflegungsmöglichkeiten, die er früher hatte, erschwert hat. (Dr. Enge: „Er hat eigenen Haushalt, der Pfarrer gibt ihm Milch, was will er denn mehr?“) Vielleicht ist der Pfarrer ein Sozialdemokrat, das kommt ja auch vor, wir kennen einige sozialdemokratische Pfarrer. Auf unsere Liste ist ja einer gewählt worden. (Hartleb: „Schei-

ling!“) Das weiß aber der Herr Dr. Enge nicht, weil er damals noch nicht in der Politik tätig war. (Doktor Enge: „Und Sie waren damals noch Südmärk-Wanderlehrer!“) Ich gebe dem Herrn Abg. Schrekenthal recht, daß man solche Dinge nicht in öffentlicher Sitzung behandeln soll, es sind aber Angriffe erfolgt und ich muß auf dieselben antworten. (Schrekenthal: „Das war ganz anders!“) Der Herr Tag ist wegen einer Disziplingeschichte in einem nicht recht guten Lichte erschienen und deshalb meinen wir, daß man die ganze Angelegenheit rein sachlich betrachten soll und die Stelle in Langenwang Tauschek verliehen werden mußte. Aber weil die Koalition nicht stimmt und Riemelmoser immer wieder den Tag haben will, ist dies ein Beweis dafür, daß Gegensätze vorhanden sind. (Ing. Wihany: „Riemelmoser ist ja Fuchsmajor von diesen Dreien!“) Ich glaube, bewiesen zu haben, daß, wenn eine Koalition besteht, dieselbe zwischen den Deutschnationalen und Christlichsozialen, nicht aber zwischen den Christlichsozialen und den Sozialdemokraten festzustellen ist. Ich werde in der Spezialdebatte noch ausführlich auf den Gegenstand zurückkommen, aber augenblicklich möchte ich nur noch ein paar Fälle herausgreifen, um dem Herrn Landesrat Winkler zu beweisen, worin die Koalition besteht. Da ist kürzlich die Person des Sozialdemokraten Schnidaritsch in Verhandlung gestanden. Er war der Dienstfalter, sehr gut qualifiziert und hatte 27 Dienstjahre, während sein Gegenbewerber Kankovskij nur 24 Dienstjahre hatte. Trotzdem haben die Christlichsozialen und Großdeutschen für Kankovskij gestimmt, weil Schnidaritsch Sozialdemokrat ist. Um Märzzuschlag hat sich eine Lehrerin namens Aligner beworben, welche sehr gut qualifiziert und dienstfalter war als die übrigen Bewerber und vom Bezirks- und Ortsschulrat vorgeschlagen wurde. Trotzdem ist die großdeutsche Cerமாக, eine bedeutend dienstjüngere Bewerberin, ernannt worden, aus dem Grunde, weil sie „kameradschaftlicher“ sei, als ihre Kollegin Aligner. Wir haben kürzlich auch den Fall Wicher aus Stainz erlebt; dieselbe hat sich um Kalsdorf beworben, war vom Bezirks- und Ortsschulrat sehr gut beschrieben und viermal dienstfalter als die Ernannte. Die Christlichsozialen und die Großdeutschen haben nicht für die Wicher, sondern für die jüngere Bewerberin für die Schule in Kalsdorf gestimmt, ein Beweis dafür — nachdem die Wicher Sozialdemokratin ist — daß nur die politische Gesinnung für die Entscheidung maßgebend war. Ich verweise auf den Fall Zinnauer: derselbe war als ältester Bewerber der erste im Vorschlag. Er ist trotzdem in einem neunmaligen Wahlgange — Sie können sich vorstellen, was das heißt — unterlegen, ohne jeden anderen Grund, nur weil er Sozialdemokrat war, weil die Christlichsozialen und die Großdeutschen für den anderen Bewerber gestimmt haben. (Riemelmoser: „Das stimmt nicht, über Zinnauer haben wir noch gar kein Wort geredet. Er ist in einer Sitzung zuerst zum Bezirksschulinspektor für Märzzuschlag vorgeschlagen worden, hat dann sein Gesuch zurückgezogen und nun bewirbt er sich für den Posten eines Bürgerschuldirektors in Graz. Darüber

ist noch gar nichts geredet worden.“) Das war dann ein Druckfehler, den Sie entschuldigen wollen. Wir haben kürzlich für Voitsberg einen interessanten Fall gehabt, der sich in der letzten Landesschulratsitzung ereignet hat. Da haben sich ein gewisser Maierischitz und ein gewisser Trips um eine Stelle beworben. Der erstere hat die beste Beschreibung gehabt, die Großdeutschen und Christlichsozialen aber ernannten den bedeutend jüngeren Trips, obwohl er bedeutend schlechter beschrieben war, nur aus dem Grunde, weil er ein Christlichsozialer ist. (Riemelmoser: „O nein, dagegen verwahre ich mich!“) Ich habe nur einige Beispiele herausgegriffen, um zu beweisen, daß die Politisierung der Schule, von der Herr Landesrat Winkler gesprochen hat, nicht von sozialdemokratischer Seite ausgeht, sondern von christlichsozialer Seite und gefördert wird von den Deutschnationalen. Es wäre die höchste Zeit, daß die Bauernbündler erklärten: „Ihr Großdeutschen habt infolge eurer Schwäche nicht mehr das Recht, einen Vertreter in der Mitte des Landesschulrates zu haben, sondern wir wollen diese Stelle selbst in Anspruch nehmen.“ Auf diese Weise haben Sie die Möglichkeit, diese Politisierung der Schule hintanzuhalten.

Es ist zwar schon ziemlich spät, aber der Herr Landeshauptmann hat gestern einige Dinge berührt, die ich nicht unbehandelt und unwidersprochen lassen kann. Der Herr Landeshauptmann hat in wirklich einfacher Weise, mit einer noblen Geste, über Dinge gesprochen, die unser Kollege, Landesrat Resel in ausführlicher Weise behandelt hat. Ich möchte bemerken, daß ich mich in Details nicht einlassen werde, weil mein Kollege Rosenwirth noch Gelegenheit haben wird, diese noble Behandlung verschiedener Vorwürfe des Kollegen Resel in das richtige Licht zu setzen, aber eines möchte ich festhalten, daß die Aufklärungen des Herrn Landeshauptmannes in Bezug auf den Besuch von Versammlungen der sozialdemokratischen Partei durch Spitzel sehr mager waren, und daß er versucht hat, uns hier das aufzutischen, was sein Kollege Seipel im Nationalrate erzählt hat. Nun möchte ich ehrlich fragen, ob die Christlichsozialen alle ihre politischen Versammlungen anmelden? In unserer Gegend ist das nicht mehr der Brauch und es findet sich kein Bezirkshauptmann, kein politischer Beamter, der aus diesem Versäumnis Konsequenzen ziehen würde. Der Herr Landeshauptmann sagt aber, eine solche Vorschrift besteht noch immer, denn wir haben doch noch immer das alte Vereinsgesetz, das vorschreibt, daß Versammlungen angemeldet werden müssen. Und weil aus diesen politischen Versammlungen eventuell eine Demonstration entstehen könnte, ist es notwendig, Vertreter in diese sozialdemokratische Versammlungen zu schicken. Ich bin überzeugt, daß er zu den Großdeutschen und Nationalsozialisten keine Vertreter schickt. Nun hat der Herr Landeshauptmann gesagt, daß diese Vertreter, die sich nicht vielleicht als Vertreter der politischen Behörde präsentieren, sondern die in Zivilkleidung den Versuch machten, sich heimlich einzufücheln, die Aufgabe hätten, wenn es kritisch würde und die Gefahr einer Demonstration bestehe, dafür Sorge tragen — ich möchte die Worte des Herrn

Dr. Rinkelen wiederholen —, daß das nötige Quantum an Polizei rechtzeitig zur Verfügung steht. Glauben Sie, Verehrte, daß es wirklich möglich ist, auf diese Weise den Willen einer großen Masse von Sozialdemokraten einzudämmen, daß es aus diesem Grunde notwendig ist, Spitzel in die Versammlungen der Sozialdemokraten zu senden? Und wenn wir zugeben wollten, daß diese Notwendigkeit besteht, so fragen wir doch, wieso es kommt, daß Berichte über sozialdemokratische Versammlungen streng vertraulich und entstellt nach Wien erstattet werden? Warum es notwendig ist, daß über solche Versammlungen dem Bundeskanzleramt in Wien Berichte unterbreitet werden, damit auch dieses weiß, was in Graz vorgefallen ist?

Der Herr Landeshauptmann hat es sich auch leicht gemacht, über die Gendarmerie ein paar Worte zu verlieren, um uns begreiflich zu machen, warum man am Lande draußen Gendarmerie hat und warum die Verhältnisse am Lande draußen einen entsprechenden Sicherheitsdienst notwendig machen. Die Sache ist nun so, daß wir leider immer wieder die Erfahrung machen müssen, daß es unter der Gendarmerie Organe gibt, mit welchen wir nicht zufrieden sind. Ich weiß nicht, ob der Herr Landeshauptmann dahinter steckt, daß diese Organe immer wieder so instruiert werden, daß sie gegen sozialdemokratische Vertrauensmänner scharf machen, daß es immer wieder vorkommt, — es ist nicht gar so lange her, daß sich das in Knittelfeld ereignet hat — daß die Gendarmerie beauftragt wurde, nachzuforschen, was der Bürgermeister Regner und der Ault in einer politischen Versammlung gesagt haben (Rufe: „Hört!“), daß man den Versuch gemacht hat, Material zu finden, um aus diesen, unseren politischen Ergüssen in einer Versammlung für uns einen Strick zu drehen. Ich möchte den Herrn Landeshauptmann — er ist leider nicht da, aber sein Stellvertreter, Herr Dr. Uhrer, wird davon Notiz nehmen — fragen, ob der Landesregierung und dem ersten Vorgesetzten der Gendarmerie in Steiermark bekannt ist, was für einen tüchtigen Gendarmeriekommandanten sie in Judenburg haben, und zwar in der Person des Gendarmerie-Oberinspektors Meißner. Der Name wird nicht ganz unbekannt sein, er hat auch schon dieses hohe Haus beschäftigt, aber leider nicht mit dem Erfolg, den wir Sozialdemokraten gewünscht hätten. Der Herr Meißner hat sich bei den bekannten Vorkommnissen in Waltersdorf im Jahre 1922 „rühmlichst“ bekannt gemacht. Da hat er sich das erstemal getraut, seine Krallen herauszustrecken und seinem Hass gegen die Sozialdemokraten in unverblümter Weise Ausdruck zu verleihen. Ich würde mich mit diesem Herrn nicht beschäftigen, wenn sich nicht vor kurzer Zeit wieder etwas abgespielt hätte, woraus ersichtlich ist, mit welcher Unverfrorenheit und Unverschämtheit, rechnend auf die Hilfe von oben, Herr Meißner sich Übergriffe erlaubt. Wenn ich die Vorfälle von Waltersdorf vom Jahre 1922 erwähne, so geschieht dies deshalb, weil Meißner ein paar Tage darauf zur Frau v. Leuzendorf, das „von“ unterstrichen, nach Prankh bei Knittelfeld zur Jagd fuhr. Unterwegs hat man ihn erkannt und gefragt, wohin er fahre. Er er-

klärte, daß er sich auf Rotwild übe und erzählte, daß es doch schade war, daß der Herr Bürgermeister Pichler in Bruck nicht rechtzeitig vom Durchfahren des Autos mit den verhafteten Genossen erfuhr. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Zeit schon wieder kommen wird, in der Bürgermeister Pichler wieder Zeitungen austragen wird. Dieser Herr Meißner, der in unverblümter Form seiner „Liebe“ zu den Sozialdemokraten Ausdruck verleiht, war kürzlich wieder auf der Jagd bei Frau v. Leuhenndorf auf Schloß Prandh bei Knittelfeld. Diese Frau hat die merkwürdige Gewohnheit — sie besitzt eine große Landwirtschaft, auch Wiesen und Wälder —, daß sie sehr häufig die Verwalter wechselt. (Ing. Wißan: „Sie liebt die Abwechslung!“) Die Gründe sind neben-sächlich, sie liebt die Abwechslung. So hat sie auch dem Verwalter Düll, der seit einigen Monaten in ihren Diensten gestanden ist, die Verwalter gekündigt. (Dr. Enge: „Das ist höchst geschmacklos, über eine Frau hier so zu sprechen. Ich kenne diese Frau gar nicht, aber hier solche Andeutungen zu machen, das sollte sich Ihre Partei ersparen. Das soll man nicht tun!“) Diese Bemerkung von mir ist deshalb gefallen, weil der Kollege Wißan in Zwischenrufen schlechte Witze gemacht hat. (Dr. Enge: „Aber solche Andeutungen sollte man doch unterlassen!“) Ich habe sie auch nur gemacht, weil Kollege Wißan Witze gemacht hat. Also dieser Verwalter Düll war gekündigt, war der Frau v. Leuhenndorf durch einen Prozeß sehr unangenehm und da hat sie die Anwesenheit des Herrn Meißner als Jagdgast benützt, um diesen Verwalter Düll zu delogieren. Herr Meißner war in Zivil dort, als Gast. Trotzdem geht er nur einfach zum Gendarmerieposten in St. Marein und veranlaßt die beiden Gendarmen dieses Postens, ihm zu folgen, in Uniform ihm zu folgen, damit sie gemeinsam in Abwesenheit des Verwalters Düll die Wohnung ausräumen. Die Gendarmen in St. Marein haben nun unter persönlicher Leitung des Herrn Oberinspektors Meißner Hand angelegt und die Möbel aus dem Zimmer, das obendrein versperrt war, hinausgetragen und haben Düll auf diese Weise delogiert. (Wallisch: „Das ist nicht Hausfriedensbruch!“) Das ist eine Tätigkeit des Herrn Oberinspektors Meißner, der auf Rotwild übt. Das sind Dinge, die dem Herrn Landeshauptmann nicht bekannt sind (Wallisch: „Er ist auch gar nicht da! Wo ist der Landeshauptmann?“), aber die wir ihn zur Kenntnis bringen müssen, weil es merkwürdig ist, daß sich ein exponiertes Organ der Gendarmerie, die dem Herrn Landeshauptmann untersteht, auf diese Weise Übergriffe erlaubt. Natürlich sagen wir, der Meißner muß weg. Wenn wir das sagen, daß er nicht mehr geeignet ist, in solch exponierter Stellung eine so große Gruppe von Gendarmen zu kommandieren, dann sagt man uns, wir haben keine Ursache, Meißner von seinem Dienstposten in Judenburg abzugeben.

Das nur kurz zur Illustration für die Art und Weise, wie uns der Herr Landeshauptmann die Tätigkeit der Gendarmerie auf dem Lande begreiflich machen will. Abg. Rosenwirth wird sicherlich mit ausgiebigem Material zu diesem Gegenstande neuerlich Stellung

nehmen. Ich glaube nun, daß ich verschiedene Vorkommnisse und verschiedene Ausführungen einzelner Redner in diesem Hause einer Erörterung unterzogen habe.

Wenn man mir den Vorwurf macht, daß ich so wenig zum Landesvoranschlag gesprochen habe, so ist das darauf zurückzuführen, daß auch die Redner der bürgerlichen Seite nicht bemüht waren, den Landesvoranschlag zu erörtern, sondern sie waren bemüht, sich gegenseitig Komplimente zu machen und auf die Sozialdemokraten loszugehen. Uns, als Sozialdemokraten, macht man den Vorwurf, daß wir uns bemühen, uns für die kommenden Gemeinderatswahlen entsprechenden Stoff und uns für diese Gemeinderatswahlen die entsprechenden Stimmung zu verschaffen. In Wirklichkeit ist es etwas anderes. Tatsache ist und das hat Herr Kollege Wallisch hier recht nachdrücklich betont, daß wir so selten Gelegenheit haben, mit den Christlichsozialen Machthabern im Lande ein paar Worte zu reden, da unser Landtag so selten zusammenkommt und daß uns so selten Gelegenheit geboten ist, aufzuzeigen, wo uns der Schuh drückt. Wenn auch heute im Volksblatte steht, das Abg. Gföller am Schlusse seiner Rede schwach geworden ist, so macht das nichts. Herr Landeshauptmann Doktor Uhrer wird ihn in schneidiger Weise ins richtige Licht setzen. Ich möchte behaupten, daß wir es nicht oft genug sagen können, daß die Behandlung, die uns die Christlichsozialen zuteil werden lassen, eine solche ist, daß sich alles in uns aufbäumen muß. Wenn die Christlichsozialen, unterstützt durch ihre Konkneipanten, in diesem Hause uns . . . (Riemelmoser: „Das ist ein Proletarierausdruck?“ — Zwischenruf: „Das hat er noch von früher!“ — Hornik: „Sind Sie schon Antialkoholiker geworden?“) Vorläufig noch nicht! Tatsache ist, daß man uns von Ihrer Seite immer wieder Vorwürfe macht, wir seien Terroristen, wir seien Gewaltmenschen und jene Gruppe, die sich über Gesetz und Herkommen hinwegsetzt. Wenn man uns diese Vorwürfe macht, so müssen wir Ihnen den Vorwurf machen, — wir haben sonst keine Gelegenheit dazu — daß Sie alles das ausführen, was Sie uns in die Schuhe schieben wollen. Wir haben keine schlechten Absichten und wenn wir in Gemeinden großzügig arbeiten, so tun wir das nicht auf Kosten der Reichen, auf Kosten der Besitzenden, sondern eben in der Erkenntnis, daß wir als sozialdemokratische Vertreter in einer Gemeinde auch gewisse Pflichten zu erfüllen haben. Wenn Sie hinausschauen in sozialdemokratisch verwaltete Gemeinden und wenn Sie Vergleiche ziehen mit Vorkommnissen in der Kriegszeit und der Vorkriegszeit, dann werden Sie feststellen müssen, daß es diese dummen, ungebildeten Sozialdemokraten verstanden haben, in diesen wenigen Jahren sozialdemokratischer Gemeindegewirtschaft den Beweis zu erbringen, daß sie einen gesunden Hausverstand besitzen und imstande sind, aus nichts etwas hervorzubringen (Oho!-Rufe und Heiterkeit bei den Christlichsozialen.), daß sie imstande waren, den alten Mist, den sie übernommen haben, wegzuputzen, daß sie imstande waren, die Schulden, die ihnen von bürgerlicher Seite hinterlassen wurden, abzubauen, daß

sie imstande waren, in Bezug auf Wohnungsfürsorge und soziale Einrichtungen, in Bezug auf Förderung des Schulwesens, das zu vollbringen, was sie in einer Republik als ihr soziales Programm erklärten. Wir müssen Ihnen sagen, daß wir uns in Bezug auf unsere Taktik und unsere Tätigkeit keine Vorschriften machen lassen. Da kann die christlichsoziale Mehrheit der steiermärkischen Landesregierung immer wieder den Versuch unternehmen, uns zu hemmen, uns zu fesseln, uns immer wieder zum Bewußtsein zu bringen, daß wir ihre obersten Bonzen anzuerkennen haben, alles das wird uns nicht irre machen. Wir werden den Weg weiterschreiten, den wir die letzten fünf Jahre hindurch beschritten haben und ich kann Sie versichern, daß unsere Wähler bei den kommenden Gemeinderatswahlen das richtige Urteil über unsere Tätigkeit abgeben werden, daß sie erkannt haben werden, daß es ein bißchen anders geworden ist als es früher war, daß sie der Überzeugung sind, daß es so weitergehen muß, daß es notwendig ist, in diesen Industriegemeinden nicht christlichsoziale, sondern sozialdemokratische Politik zu betreiben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten. — Dr. Enge: „Jede Wurst hat ein Ende!“)

Rosenwirth: Hohes Haus! Der Herr Landeshauptmann hat sich gestern mit der Gendarmerie und mit der Polizei befaßt. Er hat die Sache so gedreht, als ob wir diejenigen wären, die die Rechte der Gendarmerie, Polizisten und Wehrmänner angreifen und als ob die bürgerlichen Parteien es wären, die für die staatsbürgerlichen Rechte und für die Dienstesobligationen (Zen.: „Und für Ruhe und Ordnung!“) in diesen Körpern eintreten. — Nun, meine Damen und Herren, in letzter Zeit wurden sowohl im Nationalrate als auch hier im Landtage verschiedene Verletzungen der verfassungsmäßigen Rechte der Organisationen, der Bundesangestellten aufgezeigt, insbesondere aber bei der Gendarmerie, Polizei und Wehrmacht. Ich glaube, Sie an diese Reden, die in diesem Hause gehalten wurden, erinnern und darauf verweisen zu müssen, daß Sie es waren, die fortwährend die staatsbürgerlichen Rechte, die diesen Gruppen der Bundesangestellten im Verfassungsgesetze gewährleistet sind, daß Sie es waren, die diese Rechte fortwährend zu schmälern und wegzunehmen trachteten. Ich will hier gleich mit einem Beispiele dienen und glaube, daß hier der Herr Landeshauptmann Dr. Uhrer die richtige Auskunft geben wird, wenn ich ihm neuerlich das schon einmal hier vorgebrachte Beispiel der Enthebung der Personalvertreter der Gendarmerie vom Dienst vorbringe. (Zen.: „Das haben wir ja schon gehört!“) Aber trotzdem, obwohl Sie es schon gehört haben, Herr Pfarrer Zen., ist bis heute kein Finger gerührt worden in dieser Angelegenheit. Dieses Recht, welches den Gendarmen laut den ergangenen Vorschriften gewährleistet ist, ist ihnen bis heute noch nicht zugebilligt worden und daher bin ich gezwungen, diesen Fall hier neuerlich zur Verhandlung zu bringen. (Jaklitsch: „Wird auch nicht geschehen!“) So, sind Sie dazu da, daß Sie die Gesetze wegkaffen; zuerst die Menschen und dann die Gesetze. (Wallisch: „Der hat keine Ahnung, was

Gesetz ist!“ — Jaklitsch: „Sie vielleicht in Ungarn darinnen?“)

Hohes Haus! Die steiermärkische Landesregierung, Abteilung I, hat mit Reservatzahl 436 vom 22. November 1922 einen Erlaß herausgegeben, der auszugsweise folgendermaßen lautet (liest):

„Der Landesregierung ist zur Kenntnis gelangt, daß, wie bei sämtlichen Gendarmeriekommanden, auch beim Landesgendarmeriekommando in Graz eine Reihe von Organen für die Personalvertretung vom Dienste enthoben sind.“ Dann führt die Landesregierung hier an, daß sie dagegen auftreten muß und schreibt zum Schlusse (liest):

„Falls die Beurlaubung von Organen für die Personalvertretung stattgefunden haben soll, so verfügt die Landesregierung als Dienstbehörde, daß eine gänzliche Beurlaubung jedenfalls unverzüglich außer Kraft zu setzen ist. Die Organe der Personalvertretung haben ihre Obliegenheiten außerhalb der Amtsstunden zu erledigen. Eine gänzliche Beurlaubung von Organen für die Personalvertretung ist im Hinblick auf die damaligen wirtschaftlichen Verhältnisse des Staates, insbesondere auf die dringend gebotenen Sparmaßnahmen, nicht begründet und läßt sich gegenüber der Bevölkerung in keiner Weise rechtfertigen.“

Unterschieden war dieser Erlaß vom Herrn Landeshauptmann Dr. Uhrer. (Dr. Uhrer: „Ganz richtig!“)

Nun, hohes Haus, möchte ich diesen Erlaß in seinen einzelnen Punkten beleuchten. Der Herr Landeshauptmann Dr. Uhrer sagt hier ausdrücklich, daß ihm bekannt ist, daß bei allen Gendarmeriekommanden die Personalvertreter enthoben sind, ich bitte, dies festzunageln. Des weiteren befiehlt darin der Herr Landeshauptmann, daß diese Beurlaubungen sofort einzustellen sind. Nun möchte ich hier einmal die rechtliche Lage hervorheben, ob die Landesregierung überhaupt berechtigt ist, diese Befehle zu geben. (Wallisch: „Darum kümmern sie sich ja nicht!“) Die Landesregierung beruft sich bei dieser Anordnung auf das Recht, als oberste Dienstbehörde des Landes diese Verfügung treffen zu können. Nun ist aber die Gendarmerie hinsichtlich des öffentlichen Sicherheitsdienstes den Bezirks- und Landesbehörden unterstellt. Die Gendarmerie ist aber in organisatorischer und verwaltungstechnischer Eigenschaft in keiner Beziehung an die Landesregierung gewiesen, sondern einzig und allein an das Bundesministerium für Inneres. Daraus ergibt sich, daß die Landesregierung nicht das Recht hat, in verwaltungstechnischen und organisatorischen Fragen, wie es die Dienstesenthebung der Personalvertretung ist, sich in irgendeiner Weise einzumengen. Nun hat die Personalvertretung und auch der Zentralausschuß beim Bundesministerium für Inneres sofort gegen diesen Erlaß Einspruch erhoben, und das Bundesministerium für Inneres war nicht so engherzig und hat sich diesem Einspruche nicht so verschlossen, als wie es die Herren der hiesigen bürgerlichen Parteien machen. Der Herr Bundesminister für Inneres hat folgenden Erlaß herausgegeben.

WM. f. Inneres, Abt. 15, Zl. 67.171.

Personalkommissionsmitglieder; Aufhebung der Dienstenthebung.

Wien, am 24. Dezember 1922.

An das Landesgendarmeriekommando in Graz!

Das Landesgendarmeriekommando wird verständigt, daß dem Herrn Landeshauptmann nahegelegt wurde, den dem Landesgendarmeriekommando ohne vorheriges Einbernehmen mit dem WM. f. Inneres erteilten Auftrag, betreffend die Einrückung des Vorsitzenden und des Schriftführers der dortigen Personalkommission auf ihre Dienstposten im eigenen Wirkungskreise rückgängig zu machen und den Vollzug zu melden. Bei diesem Anlasse wird dem Landesgendarmeriekommando bemerkt, daß sich die Frage der Enthebung der genannten Funktionäre vom Dienste als eine rein interne Angelegenheit der österreichischen Bundesgendarmerie darstellt und überdies nicht für Steiermark allein geregelt werden kann. Es war daher jedenfalls vor einer Verfügung die h. Entscheidung einzuholen."

Man sollte glauben, daß die Landesregierung einem solchen ausdrücklichen Befehl des Bundesministeriums nachkommen würde. Das geschah jedoch nicht, denn nach den Methoden, die hier herrschen, legen der Landeshauptmann und sein Stellvertreter keinen Wert auf die Gesetze. Das Gesetz kann hier vorschreiben was es will, aber für die Herren christlichsozialen Landeshauptleute gilt das Gesetz nicht. (Leichn: „Das gilt nur für die Arbeiter!") Ja, die Sache ging sogar weiter. Als darauf keine Erledigung kam, als die Landesregierung sich in ihr bekanntes Stillschweigen zurückgezogen hat, und die Personalkommission nun auf Grund des Erlasses des Ministeriums eingeschritten und beim Gendarmeriekommando vorstellig geworden ist, was mit diesem Befehle ist, wann sie endlich wieder die unrechtmäßig genommenen Rechte zurückerhalten, da wurde anscheinend über Auftrag des Landeshauptmannes vom Landesgendarmeriekommando die Anfrage der Personalkommission, der gesetzlichen Vertreter der Gendarmerie, überhaupt nicht beantwortet. Als hierauf die Personalkommission energisch vorgegangen ist und eine Beantwortung verlangt hat, ansonsten sie gezwungen wäre, wenn sie auf gutlichem Wege nicht zu ihrem Rechte gelange, andere Schritte einzuleiten, da wurden diese Personalvertreter mit einer Verwarnung bestraft. (Ruschak: „So schaut das Recht aus!") Weiters wurde dem Vorsitzenden der Personalkommission bedeutet, daß er in Sinkunft das Kommando mit derartigen Angelegenheiten nicht behelligen soll. (Ruscheck: „Im Paschalik der Herren Rintelen und Uhrer kann so etwas möglich sein!") Nun möchte ich doch fragen, ist es möglich, daß wir heute im Lande Steiermark noch immer so rückständig sind, daß die Rechte, die uns gewährt wurden, die ja die Bürgerlichen selbst im Verfassungsgesetze und in allen anderen Gesetzen mitgeschaffen haben, die Herren jetzt mißachten, mit Füßen treten und daß die gesetzlichen Rechte der Vertrauensmänner der Gendarmerie, Polizei und Wehrmänner nicht anerkannt werden? Auf einer Seite

sagt man, ja, im heutigen Zeitalter des Sanierens, bei der Saniererei Seipel haben wir nicht die Mittel, können wir es vor der Bevölkerung nicht verantworten, wenn wir für die Gendarmerie des ganzen Landes Steiermark zwei Personalvertreter entheben, die deren Interessen zu vertreten haben. Andererseits werden, wie ich hier zur Kenntnis bringe, wohl Ausnahmen getroffen, wo keine derartige Interessenvertretung vorhanden ist, wo nicht geschaut wird auf die Verarmung des Staates, und wo Diensteserleichterungen gestattet werden, allerdings nicht für Interessen der Gendarmerie, sondern zum Auspuz und zur Aufmachung für politische Zwecke. Der wohlbekannte und berücksichtigte, Gott sei Dank abgeschobene Landesgendarmeriedirektor Ragosnigg hat auf eine Einladung des Bundes der 3er-Schützen zu einer Erinnerungsfest am 14. November v. J. den Gendarmeriebeamten, welche gewesene Schützen waren, zur Teilnahme an dieser Feierlichkeit den ganzen Tag über dienstoffrei gegeben, ohne daß aber diese Zeit von ihrem Gebührenurlaub abgezogen wurde. Für solche Dinge ist es möglich. Des weiteren habe ich hier eine Einladung des Stadtpfarramtes, welches an das Gendarmeriekommando herantritt und ersucht, daß für die Auferstehungsfeierlichkeiten Gendarmeriebeamte zur Verfügung gestellt werden. (Pichler: „Das ist gut. Was ist morgen mit dem 1. Mai?" — Christlich-sozialer Zwischenruf: „Alle sind nicht sozialdemokratische Offiziere!") Man sollte meinen, daß hier auch mit gleichem Maße gemessen werde und daß das Gendarmeriekommando, welches in der Enthebung der Personalvertreter sich fortwährend darauf stützt, unser Staat haltet es nicht aus, er duldet es nicht, auch hier einwendet und sagt, die Gendarmerie ist nicht dafür da, daß sie im Dienste zu Auferstehungsfeierlichkeiten kommandiert wird, sondern sie hat ihren Dienst zu erfüllen. Aber hier schickt man Einladungen dienstofflich von einer Abteilung zur andern, damit ja jede Abteilung verständigt wird, um ihre Vertreter für die Auferstehungsfeier bereitzustellen zu können. Ich will daher gerade in dieser Frage an den Herrn Landeshauptmann die Anfrage richten, ob er nicht doch geneigt wäre, nun endlich die Enthebung dieser Gendarmerievertreter zu bewerkstelligen, ob er nicht endlich doch dazu geneigt wäre, daß er den Gesetzen auch die Kraft verleiht und das Gesetz so durchführt, wie das Ministerium es gemacht, allerdings vom Zentralaussschusse gezwungen wurde, darzulegen, daß das ein Recht der Vertreter ist. Das Ministerium hat auch mit einigen Erlässen die Enthebung zweier Ausschußmitglieder vom Dienste im schwarzen Tirol, in Salzburg, Burgenland und den übrigen Ländern gestaffet. Auch in Steiermark war es gestaffet. Nun, dem Landeshauptmann Uhrer ist das ein Dorn im Auge, die müssen Dienst machen, und sie können eventuell in der dienstoffreien Zeit sich um die Interessen der ihnen anvertrauten erkundigen. Ich glaube, mit solchen Mitteln wird man gewiß das Vertrauen dieser Kameraden zu der vorgesetzten Behörde nicht festigen, sondern man wird das erreichen, daß den Gendarmen, Polizisten und Wehrmännern, soweit ihnen nicht schon die Augen geöffnet sind, die Augen geöffnet werden und sie sich

gegen derartige Eingriffe in ihre staatsbürgerlichen Rechte ordentlich zur Wehr setzen.

Nun natürlich, Hand in Hand damit, geht überhaupt das ganze Prinzip der herrschenden Partei, gegen alles das, was die staatsbürgerlichen Rechte bedeutet, vorzugehen. In jüngster Zeit hat man auch versucht, gegen die Personalkommission der Polizei aufzutreten. Man ist anscheinend durch diesen angeblichen Erfolg der Herren bei der Gendarmerie ermutigt, nun auch daran gegangen, bei der Polizei dasselbe zu versuchen, man will auch bei der Polizei die Personalkommission, die etwas unangenehm ist, hinwegräumen. Aber geben Sie sich keiner Täuschung hin, die Gendarmerie- und Polizeibeamten sind alle wohlorganisiert und werden jeden Anschlag gegen ihre Vertretungen abzuwehren wissen. (Beifall.)

Nun hat der Herr Landeshauptmann gestern auch versucht, diese schon mehrmals orgebrachte Bespitzelung abzuleugnen und hat diese Geschichte als ein ganz harmloses Ding hingestellt. Er hat auch versucht, die Sache so auszumalen, als wenn dieses Spitzeltum nur für die Ordnung und Sicherheit im Innern des Landes geschaffen wäre. Nun erlaube ich mir, Ihnen einige Beweise zu erbringen, daß dies nicht ganz richtig ist, sondern daß im Gegenteil diese Ausforschungsabteilungen, die sowohl bei der Polizei als auch bei der Gendarmerie bestehen, in zwei Teile geteilt sind, der eine Teil hat die kriminalistische, der zweite Teil die politische Tätigkeit. Bei der Polizei ist der Leiter beider Abteilungen der Herr Oberkommissär Stürzer, er hat eine kriminalistische Abteilung, er hat aber auch eine aus neun Mann bestehende Abteilung politischer Hinsicht. (Zwischenruf: „Monarchisten sind auch zu überwachen!“) Diese Polizisten haben nun den Auftrag, in jede Versammlung zugehen, natürlich sind die bürgerlichen Versammlungen ausgenommen, weil diese den Landeshauptmann nicht interessieren, weil man weiß, daß dort keine Gefahr ist. Aber die sozialdemokratischen Versammlungen, sei es welcher Art immer, die müssen bespitzelt werden, von dort will er die Nachrichten, damit er weiß, wie er sich gegen seine politischen Gegner zu verhalten hat. Wir hätten ja schließlich keine Angst und keine Veranlassung über dieses Spitzelwesen hier fortwährend zu sprechen; aber der Herr Landeshauptmann, als oberster Chef der Verwaltung im Lande, nützt die amtlichen Organe dazu aus, daß er als politischer Parteimann, als politischer Vertreter alle diese Wahrnehmungen, die er von amtlicher Seite erhält, wozu er die amtlichen Stellen ausnützt, damit Mißbrauch treibt und sie politisch auswertet. Das ist die Gemeinheit, die in diesem System liegt, das lassen wir uns nicht und werden wir uns nie gefallen lassen, daß man die Amtspersonen dazu ausnützt, um ihre Berichte politisch mißbrauchen zu können. Nun sagt der Herr Landeshauptmann, daß es im Vereins- und Versammlungsgesetz festgelegt ist, daß Versammlungen bespitzelt werden. (Präsident Schreckenthal übernimmt den Vorsitz.) Nun gut, auch wir kennen das Vereins- und Versammlungsgesetz, dort ist aber gewiß von einer Bespitzelung keine Rede, sondern dort steht ausdrücklich, daß die Organe der Polizei, wenn sie eine Versammlung anhören

wollen, sich beim Vorsitzenden der Versammlung zu melden, sich orzustellen haben und dann ohneweiters an der Versammlung teilnehmen können. Wenn wir davon unterrichtet sind, wenn dieser Weg eingeschlagen wird, dann können wir dagegen nicht auftreten. Wenn diese Polizeiorgane sich aber in die Versammlungen wie Einschleicher hineinschmuggeln und nicht als amtliche Organe auftreten, auch gegenüber denen nicht, die in der Versammlung sind, und so keine Gewähr gegeben ist, daß sie keine unwahren Berichte weitergeben können, dann können wir mit dieser Sache niemals einverstanden sein. Nun möchte ich bemerken, daß auch bei der Gendarmerie eine derartige Abteilung besteht und da muß ich doch fragen, wenn schon bei der Polizei eine Abteilung für Graz besteht, wozu hat noch die Gendarmerie eine Ausforschungsabteilung, die überhaupt in der Stadt keine Amtshandlung vorzunehmen wie überhaupt kein Recht hat, in Versammlungen in der Stadt, wo die Polizei dazu berufen ist, zu erscheinen. Aber auf Grund unserer mehrmaligen Vorprache in dieser Sache ist man doch, das haben wir bis dato erreicht, in der Gendarmerie etwas vorsichtiger geworden und hat diese beiden getrennten Teile, kriminalistische und politische Ausforschungsabteilung, wieder zusammen verschmolzen und damit den Anschein erwecken wollen, als ob in Zukunft diese Abteilung nur mehr eine kriminalistische Tätigkeit ausüben würde. Wir wissen ganz genau, daß unter diesen Herren, die dort in dieser Ausforschungsabteilung eingeteilt sind, sich einige befinden, und nach Bedarf auch die übrigen herangezogen werden, um selbständig die politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen unserer Partei, ebenso wie die Polizei-Ausforschungsabteilung es macht, zu bespitzeln. Ich könnte Ihnen hier genau die Namen nennen, die genaue Diensterteilung der betreffenden Herren sagen, ich will das aber nicht, sondern glaube, daß man mit diesem Beweise genug hat, wenn ich sage, daß hier nicht weniger als 14 Gendarmeriebeamte, darunter ein Generalssohn, zwei ehemalige Kadettenschüler sind, und diese 14 Beamten ausschließlich für die Bespitzelung der Versammlungen verwendet werden. (Rufe: „Hört!“) Des weiteren hat natürlich diese Ausforschungsabteilung auch eine andere Aufgabe, und zwar den Herrn Landeshauptmann Tag und Nacht zu begleiten, damit ihm nichts geschieht. Auch dazu sind Beamte bei der Gendarmerie und Ausforschungsabteilung aufgestellt, und mein Kollege Resel hat recht, wenn er gesagt hat, wer sich ins Feuer begibt, kommt schließlich selbst darin um. Ich glaube, diese ängstliche Bewachung des Herrn Landeshauptmannes geht daraus hervor, weil er diese Spitzelberichte, die er bekommt und die natürlich aufgebauscht sind, so tragisch nimmt, daß ihm manchmal etwas gruselig wird. Nun, abgesehen davon, ist aber keine rechtliche Grundlage dafür vorhanden, daß diese drei Beamten ausschließlich dazu verwendet werden, um für die Person des Herrn Landeshauptmannes den Aufpasser zu spielen. (Leichin: „Er muß wenig Gott vertrauen haben! Das Schicksal liegt doch in Gottes Hand!“) Hier sagt man nicht, der Staat ist so in Nöten, wir haben nicht die nötigen Mittel, um einen derartigen Aufwand zu treiben, wir können dies vor der

Bevölkerung nicht verantworten. Wenn hier drei Beamte nur dazu verwendet werden, um den Herrn Landeshauptmann zu begleiten, dann glaube ich, daß sie auch die beiden Gendarmeriebeamten, die sich für die Interessen der gesamten Gendarmerie von Steiermark einsetzen, vom Dienste befreien können, da es ihnen überdies im Geseße gewährleistet ist. Nun möchte ich zum Beweise dafür, daß diese Spitzelabteilungen auch in solche Versammlungen gehen, die bei der Polizei als Gewerkschaftsversammlungen, als geschlossene Mitgliederversammlungen angemeldet wurden, daß auch Spitzelberichte von derartigen Versammlungen existieren und daher der Herr Landeshauptmann gestern vormittags unrecht hatte, wenn er sagte, daß nur in politische Versammlungen solche Spitzel entsendet werden (Wagner: „In Österreich ist Gewerkschaft und Sozialdemokratie gleich!“), um jede Unruhe zu vermeiden, folgendes anführen: Ich habe zum Beispiel hier die Abschrift eines Berichtes vom 22. November 1923: „Präsidium der Polizeidirektion, Zl. 1617, Versammlung des Militärverbandes. An das Präsidium der steiermärkischen Landesregierung (Burg), unterschrieben vom Polizeidirektor Kunz. Dieser Bericht, der nur Unwahrheiten enthält, wie ich jederzeit zu beweisen imstande bin, wird nun weitergeschickt an das Bundeskanzleramt für Inneres und dieses hat diesen Bericht dem Ministerium für Heerwesen übermittelt und das Heerwesen wieder hat die Ausforschung bei der 5. Brigade angeordnet. Die 5. Brigade ist daraufhin an alle Unterabteilungen herangetreten — dies alles im Dienstwege, in amtlicher Zeit — und hat sich die Gewißheit verschafft, ob dieser Bericht den Tatsachen entspricht. Nun, meine Damen und Herren, wenn einem derartigen Spitzelberichte eine derartige Bedeutung beigemessen wird und dazu alle amtlichen Stellen verwendet werden und dazu die Zeit finden, dann glaube ich, gerade da, Sie mit Ihren eigenen Worten schlagen zu müssen und Sie dabei fragen zu können, wo bleibt hier die Sparsamkeit, wo bleibt hier die Sanierung? Können Sie das vor der Bevölkerung verantworten? Nun, meine Herren, ich habe auch einen zweiten Bericht dieser Gattung, vom 10. Dezember 1923, Pol.-Direkt. Zl. 3348, ebenso eine vorher angemeldete Gewerkschaftsversammlung des Militärverbandes. Es ist ein Bericht, der ebenfalls wieder an das Geheimkabinett der steiermärkischen Landesregierung geht. In diesem Berichte hier sagt man folgendes: Man führt hier an: „Als nächster Redner ergriff der Obmann des Militärverbandes, Oberleutnant Rosenwirth, das Wort und erwähnte, daß der Verband im kommenden Jahre eine große Zahl von Aufgaben zu erledigen haben werde“, und führt dann weiters an, daß ich verschiedene Erlasse des Ministeriums bekräftigt und insbesondere, daß ich mich dagegen ausgesprochen habe, daß bei den Werbungen nicht richtig vorgegangen wird, daß dann ein Beispiel von meiner Person angeführt wurde, welches besagt, daß ein Schlosser, wie er zur Musterung gekommen ist, nach seinem Berufe gefragt wurde, und sich weiter dann gar nicht ausziehen brauchte und als untauglich mit Herzklopfen konstatiert wurde. Ich möchte da schon die Frage aufwerfen, warum wird so etwas berichtet? Ich habe

als Ersatzmann bei der politischen Kommission der Heeresverwaltungsstelle das Recht gehabt, daß ich mir die Werbekommission angesehen habe und ich habe dort auch verschiedentlich, wo es notwendig war, eingegriffen. Ich habe es gar nicht notwendig gehabt, daß ich in dieser Versammlung meine Zuflucht hätte suchen und dort erst hätte aufmerksam machen müssen, daß eventuell bei den Werbungen Protektion betrieben wird. Man hat aber in diesem Bericht bewußt diese Sache hineingebracht und bewußt mich als denjenigen gezeichnet, der dieser Werbekommission eine Unkorrektheit vorwirft, und zwar deshalb, weil man gewußt hat, daß ich bei allen diesen Kommissionen war und dort kleinere Anstände behoben habe, aber größere Anstände nicht aufgedeckt habe, weil eben keine vorhanden waren. Nun wollte man mich dadurch, daß man in diesem Berichte hier dieses tatsächliche Beispiel anführte, damit kompromittieren, indem man sagt: „Bei der Kommission ist alles in Ordnung und hinter dem Rücken gibt er ihnen eine hinauf.“ Nun, hohes Haus, möchte ich zur Steuer der Wahrheit erzählen, wie die Sache war. In dieser Versammlung habe ich über die Werbungen referiert und habe dort auch erwähnt, daß es natürlich bei der großen Anzahl der zur Werbung Erscheinenden Tatsache ist, daß die Werbungen sehr streng vorgenommen werden, weshalb sich eine Mißstimmung unter den Anzuwerbenden hervorgerufen hat. Wie es so oft der Fall ist, hat auch hier einer der Versammlungsteilnehmer das Beispiel vom Schlosser von sich gebracht und ich habe darauf geantwortet, daß ich nicht annehmen kann, daß dies der Fall ist, werde aber der Sache nachgehen. (Leichin: „Schwindelbande!“) Und diese vermeintliche Unkorrektheit haben nun Polizeiorgane in diesem Berichte aufgenommen, um damit zu erreichen, daß gegen mich eine neuerliche Untersuchung eingeleitet wird, die mir eventuell den Kragen umdrehen kann. Nun, meine Herren, auch mit diesen Mitteln wird es Ihnen nicht gelingen, seien Sie dessen versichert. (Leichin: „Jedes Mittel ist ihnen heilig!“) Aber ich glaube, daß die Herren auf Grund dieses Beispiels schon zugeben werden, daß die Versammlungen tatsächlich bespizelt werden. Wenn Sie noch mehr Beweise haben wollen, so bin ich in der Lage, mit weiteren Beispielen zu dienen, ich glaube aber, daß diese beiden Beispiele vorläufig genügen und zeigen, daß es nicht richtig war, daß der Herr Landeshauptmann erklärt hat, daß eine Bespizelung nicht stattfindet. (Wallisch: „Er hat also die Unwahrheit gesagt!“) Aber, meine Herren, Sie sehen, diese Bespizelung nimmt auch weitere Formen an. Man geht nun auch daran, dem guten Beispiele, welches die Herren christlichen Vertreter hier im hohen Landtag zur Schau tragen, zu folgen und man sieht, daß dieses Beispiel des Spitzeltums nun auch von andern Stellen schon geübt wurde und ich glaube, wir haben das volle Recht, wenn wir uns dagegen energisch verwahren, daß in politische Versammlungen amtlich Offiziere entsendet werden, um diese Versammlungen anzuhören und dann einen Bericht hinauszugeben. (Präsident Kolb übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben nach dem Wehrgeetze die gleichen Staatsbürgerrechte gewährleistet, wie alle übrigen Staats-

bürger, wir sind gewillt, im Dienste jederzeit unsern Mann zu stellen, unseren Dienst voll und ganz zu versehen, wir wollen uns ganz unserem Dienste widmen, aber außer Dienst wollen wir freie Staatsbürger sein, wie es die übrigen Staatsbürger sind. Wir wollen nicht immer wieder als Menschen zweiter Kategorie behandelt werden, denen alle politischen Rechte genommen werden, wir wollen mithelfen an dem Aufbau des Staates und wir wollen mitbestimmen an den Schicksalen des Volkes. Aber, meine Damen und Herren, das kann man nur dann machen, wenn man sich auch politisch orientiert. Daraus ergibt sich schon, daß es nicht möglich ist, die Exekutivkörper einfach von den staatsbürgerlichen Rechten abzuschneiden und sie von der Politik auszuschalten. Denn dann werden sie Fremdkörper im Volke, werden sie zu einer Prätorianergarde, was gewiß auch nicht in Ihrem Sinne gelegen sein kann. (Leichner: „Das wollen sie ja!“ — Wallisch: „Zum Schutze der Steirerbank!“)

Nun, hohes Haus, habe ich mir vor den Nationalratswahlen als Landtagskandidat erlaubt, auch in Straß eine sozialdemokratische Wählerversammlung abzuhalten. Nun, abgesehen von dem Terror, der in diesen Gemeinden auch sonst üblich ist . . . (Gartner: „Die Bauernbündler waren nicht dabei!“) Die Bauernbündler nicht, ich meine die christlichsoziale und großdeutsche Koalition. Diese beiden Parteien üben in diesen Gemeinden einen derartigen Terror, daß es den dort ansässigen Sozialdemokraten nicht möglich wurde, in einem Lokal ihre Versammlung abzuhalten, weil diese Bürgerlichen erklärt haben, daß sie jedes Gasthaus boykottieren werden, in welchem diese Versammlung stattfindet. Das ist ihre politische Freiheit, das sind die Großdeutschen, die für die Freiheit eintreten! Gerade Ihre Parteigenossen, der Herr Pucher und andere haben sich hier am meisten exponiert, da er diese Versammlung zu hintertreiben gewillt war. Nun, meine Herren, da haben wir natürlich ein ganz einfaches Mittel dagegen. (Dr. Oberegger: „Nun, was regen Sie sich dann so auf?“) Entschuldigen Sie, daß wir auch noch reden. Wir haben dann die Versammlung im Freien abgehalten. Nun, meine Herren, haben an dieser Versammlung, die in der dienstfreien Zeit stattgefunden hat, auch die Wehrmänner teilgenommen, natürlich alle in Zivil, ebenso unsere übrigen Parteigenossen von Straß. Das Ortskommando Straß hat nun mit einem Befehl verfügt, daß zur Anwesenheit bei dieser Versammlung und als Berichterstatter die bekannten Wehrbundmacher Oberstleutnant Fröhlich, Stabshauptmann Lontscher und Stabshauptmann Perles entsendet werden, damit sie dort ganz genau aufpassen, ob ja nicht ein Wehrmann sich eventuell gegen die Herren irgendwie benimmt, daß er ja nicht irgendwie von seinen staatsbürgerlichen Rechten zuviel Gebrauch macht, damit sie ihm dann im Dienste das gehörig beibringen können. Nun, meine Herren, ich muß schon sagen, das ist gewiß, gelinde ausgedrückt, eine Taktlosigkeit, die noch vermehrt wird dadurch, daß dieser Bericht von dieser Versammlung an das Brigadekommando geschickt wird, weiter an das Ministerium geht, und daß das Ministerium dann anfragt, ob wohl alle in Zivil

waren, ob ja keiner in Uniform dabei war. Man hat gedacht, vielleicht auf diese Weise einen zu erwischen. (Wallisch: „Bei Wiedersehensfesten rücken sie aber mit vollen Orden aus!“) Nun, meine Damen und Herren, ich glaube, mit diesem Mittel werden Sie gewiß nicht die Meinung der Bundesangestellten in eine andere Lage bringen, daß sie auf ihre Wirtschaft Vertrauen gewinnt, sondern im Gegenteil, sie werden sehen, daß Sie diejenigen sind, die ihnen jedwede staatsbürgerlichen Rechte nehmen wollen, und daß Sie diejenigen sind, die sie dazu bringen wollen, was Sie uns immer vorwerfen, zu einer Parteigarde in Ihrem Sinne. (Wallisch: „So ist es, das ist das Ziel!“)

Nun, meine Damen und Herren! Des weiteren möchte ich Ihnen aufzeigen, wie man gegen die freigewerkschaftlich organisierten Mitglieder der Exekutivkörper vorgeht. Da ist zum Beispiel in Deutschlandsberg ein Bezirksinspektor namens Ritzmaier, der seine Vereisungen der Posten dazu verwendet, also seine dienstlichen Fahrten, daß er mit aller Macht seine Untergebenen zum Austritt aus der freien Gewerkschaft bewegen will. Er geht mit den Austrittserklärungen im Sack auf die Reise und Sie können sich vorstellen, daß es den Untergebenen natürlich nicht gerade angenehm ist, fortwährend von ihrem Vorgesetzten angerempelt zu werden, weil sie bei der freien Gewerkschaft sind und damit sie aus dieser Gewerkschaft austreten.

Ich glaube, ich brauche das im hohen Hause nicht näher zu erklären, daß man gerade in unserem Dienste, gerade bei den Exekutivkörpern nicht immer mit aller Offenheit und Schikane auftreten braucht, sondern wie es leider der Dienst mit sich bringt, sind so viele Möglichkeiten, daß man ganz unauffällig als Vorgesetzter dem Untergebenen einen Nadelstich um den andern versetzt, worüber man sich schließlich und endlich auch nicht immer beschweren gehen will. Aber nach längerer Zeit wird, wie jetzt das System ist, die Sache endlich unerträglich. Ich glaube, Sie werden unterrichtet sein, daß die Angehörigen der Exekutivkörper mit der Verwaltung und mit der Tätigkeit der Herren Christlichsozialen nicht so sehr zufrieden sind, wenn auch vielleicht der Herr Landeshauptmann mit dem Dienste dieser Kameraden zufrieden ist. Wir sind durchaus noch lange nicht zufrieden mit Ihrer Verwaltung, die Sie üben, weil Sie grundsätzlich immer und immer wieder gegen unsere Rechte auftreten und unsere Rechte beschneiden wollen. Wir haben hier den Beweis, daß fortwährend in allen Dingen, wo man nur einem gewerkschaftlichen Vertreter, einem freien Gewerkschafter, etwas hinaufbauen kann, kein Augenblick versäumt wird. Wenn einmal ein Angehöriger Ihrer Organisation, zum Beispiel der staatsförderlichen Gendarmerie, einen Bock schießt, da läßt man die Geschichte ruhig hingehen und selbst dann, meine Damen und Herren, wenn es gegen die Verfassung der Republik gerichtet ist. Ich erinnere da an den Fall Wurziinger-Partl, an die beiden Monarchisten, Herr Landeshauptmann Dr. Uhrer. (Dr. Uhrer: „Sie werden schon hören, was ich Ihnen erzähle, Herr Rosenwirth!“) Bitte schön, Herr Landeshauptmann. Diese beiden Herren, die sich in einem Schreiben

gegen die Republik ausgesprochen haben, die mit einem „Gott erhalte“ ihr Schreiben beendet haben, diese beiden Herren, sie sind bis heute noch keiner Disziplinaruntersuchung unterzogen worden. Unsere Vertreter haben bei den Herren Landeshauptleuten vorgesprochen und haben verlangt, daß in der Sache die Untersuchung eingeleitet wird. Die Herren Landeshauptleute haben dies auch versprochen, aber sie haben es in der Weise durchgeführt, daß die beiden Herren am Tage nach der Vorsprache sich krank gemeldet haben, der eine mit einer Gesichtsmuskelentzündung, der andere mit Bauchweh, und daß die beiden Herren nun vier Wochen auf Krankenurlaub gewesen sind. Als dieser Urlaub dann aus war, und die beiden Herren wieder in den Dienst gestellt worden sind, haben wir natürlich wieder an diese Vorsprache erinnert und da hat uns der Bundeskanzler die Nachricht gegeben, gegen beide sei das Disziplinarverfahren eingeleitet. Eine Dienstenthebung konnte nicht erfolgen, weil die Sache noch nicht ganz gewiß ist und weil, wenn auch das „Gott erhalte“, mit dem der Brief geendet hat, einen Angriff gegen die Republik bedeute, dieser doch nicht so schwer angerechnet werden könne. Sehen Sie, meine Herren! Diese beiden Herren sind nun im Dienste und wie wir nun festgestellt und einwandfrei konstatiert haben, ist gegen beide nie ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Meine Herren, wo ist hier das Versprechen geblieben? Auf der anderen Seite aber wird gegen freigewerkschaftlich Organisierte mit allen Mitteln vorgegangen, werden da verschiedene Drehungen gemacht, um einem ja nur eine Falle zu legen, um sie ja vor die Disziplinarkommission zu bringen, um ihnen dann dort eines hinaufschwischen zu können. Meine Damen und Herren! Sehen Sie, solange Sie mit zweierlei Maß messen, können wir niemals übereinkommen. Wenn Sie anfangen mit gleichem Maße zu messen, keine Unterschiede zu machen, ob der der freigewerkschaftlichen Organisation oder einer anderen Organisation angehört, dann, meine Herren, dann werden wir Ihnen auch anders entgegenkommen, dann werden wir bereit sein, mit Ihnen anders zu reden. Nun, ich glaube, diese Angriffe gegen die Gewerkschaft, die häufen sich jetzt von Tag zu Tag. Immer wieder versucht man, in die geschlossenen freigewerkschaftlichen Organisationen der Wehrmacht, der Polizei und der Gendarmerie eine Bresche zu schlagen. Man versucht mit allen Mitteln auch eine Organisation Ihrer Richtung aufzurichten, allerdings haben Sie bis dato sehr wenig Glück gehabt, da unsere Kameraden wissen, wo sie am besten vertreten werden. Es war ja gerade in der Wehrmacht, es ist das heute kein Geheimnis mehr, wo der ehemalige Brigadier, der Herr General Pedretti, der ja mit den Herren der Gegenseite ziemlich eng befreundet war, offenkundig erklärte, daß er immer und immer wieder gegen die freien Gewerkschaften vorgehen wird. Bevor er den wohlverdienten Entlassungsschein bekommen hat, noch wenige Tage vorher, wußte er seinem Haß gegen die freien Gewerkschaften Genugtuung zu geben, indem er einen Befehl herausgab, der die freie Gewerkschaftszeitung in den Kasernen auch während der dienstfreien Zeit verboten hat. Allerdings haben wir dem ab-

gegangenen Herrn Brigadier gezeigt, daß auch er nicht immer seinem Hasse freien Lauf lassen kann und dieser Erlaß wurde auch auf unser Betreiben vom Bundesministerium für Heerwesen rückgängig gemacht. Aber natürlich müssen diese Herren den Kampf unentwegt weiterführen, Sie glauben, die Wehrmacht ist nicht lebensfähig, so lange noch eine freie Gewerkschaft besteht; die muß zuerst aus der Welt, dann wird die Wehrmacht gebrauchsfähig, dann können wir sie mit dem Wehrbunde erhalten und mit dem Wehrbunde dann eben zu diesen Zwecken verdingen, die Sie uns so gerne vorwerfen.

Nun, meine Damen und Herren, hat der Herr Landeshauptmann gestern auch erklärt, daß die technische Nothilfe bestimmt keine Einrichtung gegen die Arbeiterschaft ist, sondern nur eine Einrichtung dazu, damit der Volkswirtschaft geholfen wird. Nun gut, wenn der Herr Landeshauptmann meint, daß er ohne technische Nothilfe nicht auskommen kann, dann muß ich wohl sagen, daß es sehr angezeigt wäre, wenn Sie sich dafür einen eigenen Beamten halten und nicht ein amtliches Organ der Gendarmerie verwenden, daß Sie nicht den Herrn Oberinspektor Sieber heranziehen und ihn mit der Aufgabe betrauen, die technische Nothilfe zu organisieren und auszugestalten, um mit ihr dann gegen die Arbeiterschaft zu gehen. Ich will hier auch aufzeigen, daß die technische Nothilfe bestimmt nicht so harmlos ist, wie sie der Herr Landeshauptmann uns dargestellt hat. Gelegentlich des Metallarbeiterstreikes wurde von der technischen Nothilfe und vom Herrn Oberinspektor Sieber an alle Autounternehmungen geschrieben, wie viele Autos sie zur Verfügung stellen können, um ihre Leute raschest befördern zu können. Gerade in diesen Tagen wurden vom Kommando der Gendarmeriekaserne Waffen von dort in die Karmeliterkaserne überführt, und zwar nicht Waffen, die der Gendarmerie gehören, sondern Waffen, die der technischen Nothilfe und den Heimwehren gehören. (Rufe: „Hört!“) Wir haben die genaue Anzahl, wieviel Waffen dort waren, und siehe da, in der Gendarmeriekaserne fand an demselben Abende, wo die Waffen hinübertransportiert worden sind, eine Waffenübung der Frontkämpferversammlung statt. (Zwischenruf: „Das war das Kapellschießen!“) An demselben Abende wurde amtlich ein öffentliches Gebäude, die Gendarmeriekaserne am Karmeliterplatz, dazu verwendet, um der Frontkämpferversammlung, deren Leiter der ziemlich bekannte, ehemalige Oberleutnant Glauber, ein gewiß nicht allzueifriger Republikaner (Rufe: „Monarchist!“) ist, Waffenübungen ausführen zu lassen. Ich möchte schon fragen, ob diese Sache gar so harmlos ist. Wenn wir eine Gendarmerie, Polizei, Wehrmacht im Lande haben, die, wie der Landeshauptmann auf dem Parteitage selbst angeführt hat, vollkommen verlässlich ist, wenn er also diese Formationen hat, wozu braucht er dann die Ausbildung dieser Frontkämpferversammlungen, wozu braucht er die Waffen, die da und dort herumgeschoben und die dann für so dunkle Zwecke verwendet werden? Wenn es gilt, die Ordnung im Innern des Landes aufrecht zu erhalten, so glaube ich, daß der Landeshauptmann wohl auf die berufenen Organe

greifen wird, und daß die berufenen Organe, deren Verlässlichkeit der Landeshauptmann ausgesprochen hat, bestimmt in der Lage sein werden, die nötige Ordnung und Sicherheit aufrecht zu erhalten, und daß wir daher diese Formationen, diese illegalen Banden, im Lande nicht notwendig haben. Wir müssen daher auch gegen diese Banden auftreten, weil wir wissen, daß der Landeshauptmann und die christlichsozialen Mitglieder der Landesregierung gerade diese Banden in allen Dingen unterstützen. Wir müssen aber auch als Exekutivorgane in diesem Lande gegen diese Banden auftreten, denn wenn solche Banden ausgerüstet werden, so ist dies nicht in letzter Linie auch eine große Gefahr für die Exekutivorgane und sind diese nicht dazu da, daß sie ihr Leben, welches sie der Republik geweiht haben, solchen Banden dann zum Opfer bringen sollen. Nun, ich glaube, daß die technische Nothilfe daher wohl nicht ohneweiters als so harmlos hingestellt werden kann. Nun, Herr Landeshauptmann, werden Sie sich, es ist schon sehr lange Zeit her, an die Begebenheit erinnern, daß die Landesregierung sich einen Personenkraftwagen vom Brigadekommando ausgeborgt hat, der angeblich für die Grenzregulierungskommission in Marburg gebraucht wurde. Nun, diese Grenzregulierung ist schon lange, lange vorbei. Als nun das Ministerium diesen Wagen zurückverlangt hat, hat weder die Landesregierung, noch das Brigadekommando, da war noch Herr Pedretti, der auch von Ihrem Sinn geleitet wurde — eine Antwort gegeben. Als nun das Ministerium auf Betreiben der Parlamentskommission immer energischer die Zurückgabe dieses Kraftwagens verlangt hat, hat nun die Landesregierung mit Zahl 312/23, mitgeteilt, daß der Wagen anfangs September v. J. zurückgestellt wird. Nun, Herr Landeshauptmann, sind schon wieder etliche Monate vergangen und dieser Wagen ist noch immer nicht zurückgestellt. Wir würden nicht so sehr auf die Zurückstellung des Wagens beharren, wenn wir nicht wissen würden, daß dieser Personenwagen HV/5 zu sehr dunklen Zwecken mißbraucht wird, daß dieser Personenwagen sich nach unseren Meldungen bei der technischen Nothilfe befindet, daß Herr Oberinspektor Sieber diesen Wagen verwendet, und daß darob auch eine gewisse Eifersüchtelei zwischen dem Gendarmerieoberinspektor Zelburg, der kein Auto besitzt, und Oberinspektor Sieber, der rangsjünger ist, entstand, und dieser Eifersüchtelei ist es zu danken, daß wir wissen, wohin dieser Wagen verschwunden war. Ich würde schon bitten, daß Sie Ihrem Versprechen, das Sie gegenüber dem Ministerium gemacht haben, den Wagen anfangs September zurückzustellen, wenigstens jetzt nachkommen, daß Sie wenigstens jetzt diesen Wagen zurückstellen, denn wir in der Wehrmacht brauchen diesen Wagen bestimmt notwendiger als Oberinspektor Sieber, und werden ihn im Falle einer Verwendung nach § 2 des Wehrgesetzes bestimmt gesetzlicher verwenden als wie es eventuell die technische Nothilfe macht.

Nun möchte ich bei dieser Gelegenheit auch aufzeigen, wie die Verwaltung in diesem Lande in der Auswirkung bei der Polizei zu Tage tritt. Ich möchte

zeigen, welche Einflüsse hier mitspielen, daß man bei der Polizei verschiedene Experimente vornimmt, die gewiß nicht im Interesse des Landes und am allerwenigsten im Interesse der Republik geschehen. Wie bekannt sein dürfte, besteht seit 1. Dezember 1923 eine Polizeischule in Graz. Diese hat die Aufgabe, die 44 Schüler, die dort sind, für den künftigen Polizeiberuf auszubilden. In dieser Schule soll der Nachwuchs für unsere Polizeiorgane ausgebildet werden. Nun möchte man meinen, daß bei einer derartig wichtigen Schule, wie es bestimmt die Polizeischule ist, tatsächlich eine fachmännische Leitung vorhanden ist. Man sollte meinen, daß dieser Schule auch der nötige Ernst entgegengebracht und darauf gesehen werde, daß aus dieser Schule vollwertige Polizisten herauskommen. Nun aber ist von beiden keines der Fall. Wir haben als Lehrer dieser Polizeischule in Graz den Oberkommissär Enhuber, der kein vorgebildeter Jurist ist, aber anscheinend den Herrn Landbühlern gewisse Konkurrenz macht — ich meine nicht in der Politik, sondern insofern, daß er sich auch mehr mit ländlichen Arbeiten beschäftigt. Dieser Herr hat nur Sinn für Gartenarbeit und für Erdäpfel, daß sie recht groß gedeihen, und für Weiterzucht von Ziegen, aber entschieden keinen Sinn für die Ausbildung von Polizeiorganen. Wir haben bei der Polizei zirka 30 juristisch vorgebildete Personen, aber kein einziger von diesen Herren, die juristisch vorgebildet sind, wurde dazu berufen, an dieser Schule die juristische Ausbildung, die Fachausbildung dieser angehenden Polizisten vorzunehmen. Warum nicht? Ursprünglich war der Herr Regierungsrat Kerschner ausersehen, ein anerkannter, hochwertiger Jurist, der nicht unser Parteigenosse ist, sondern, ich glaube, auch in Ihrem Lager steht. Nun, dieser Herr hat allerdings die besten Voraussetzungen, diese fachliche Ausbildung zu leiten, aber er hat mit dem Herrn Oberkommissär Enhuber eine persönliche Auseinandersetzung gehabt und aus diesem Grunde ist der Herr Enhuber, der ein sehr guter Freund des Polizeidirektors Kunz ist, hergegangen und hat die Anstellung des Regierungsrates Kerschner zu hintertreiben gewußt und hat mit allen Mitteln dagegen gearbeitet, daß dieser Herr die fachliche Ausbildung leitet. Aus diesen Gründen ist es nun tatsächlich so, daß die angehenden Polizisten in der Polizeischule von einer juristischen Ausbildung überhaupt keine Ahnung haben, weil sie ja nichts zu Gehör bekommen, aber dafür von früh bis abends mit kleinen Unterbrechungen im Garten des Herrn Enhuber arbeiten, sich dort zu Schrebergärtnern ausbilden und dort sogar dazu verwendet werden — ich will der Heiterkeit des Hauses etwas beifügen — nur für die hockende Ziege des Herrn Enhuber einen Geißbock zu suchen. (Heiterkeit.) So werden diese Polizeischüler dazu verwendet, in der ganzen Stadt herumzulaufen, um einen Geißbock für die Ziege des Herrn Enhuber zu finden und ich glaube, wenn Sie sich von der Richtigkeit dieser von mir angeführten Tatsache überzeugen wollen, so fragen Sie den nächsten besten Polizisten, wer der Herr Geißbock ist, und der wird Ihnen darauf antworten, der Herr Oberkommissär Enhuber. Diese beiden Tatsachen, die in

der Polizeischule herrschen, sind allen Polizeibeamten bekannt und sie wehren sich dagegen und ebenso auch die Schüler, daß sie nicht zu dem gemacht werden, was sie sein sollen, daß ihnen dort nicht Gelegenheit geboten wird, sich zu ihrem künftigen Berufe auszubilden, daß man eine vollkommen ungezügliche Verwendung mit ihnen vornimmt zu Schrebergärtnern und Viehzüchtern. Ich glaube, daß wir die Polizisten in der Stadt zumindest nicht dazu brauchen, um Gärten zu bebauen und Viehzucht zu betreiben, sondern, daß sie juristisch ausgebildet werden sollen, um ihrer schweren Aufgabe als Polizisten jederzeit nachkommen zu können. Wenn man ihnen aber die Möglichkeit nimmt, sich fachlich auszubilden, dann dürfen Sie auch nicht verlangen, daß aus diesen Schülern vollwertige Polizisten gemacht werden, sondern sie werden eben dann recht und schlecht ihren Dienst versehen so gut sie können. Ist es aber möglich, diese Schüler tatsächlich fachlich auszubilden, dann werden wir die Gewähr haben, daß damit nicht nur dem Lande, sondern auch der ganzen Bevölkerung von Steiermark gedient ist.

Dabei sehen wir, daß in der Verwaltung gewiß nicht alles richtig zugeht, daß wir eine volle Berechtigung haben, für eine Vereinfachung des Verwaltungsapparates einzutreten, daß wir endlich einmal diese geheime Kammer, Burg genannt, aus der Welt schaffen, und daß auch in dieses Dunkel Licht hineingebracht werde, damit auch dort einmal ein Lichtstrahl hineinkomme, damit diese dunklen Geister verschwinden. Man sieht auch, daß in dieser Verwaltung gewiß nicht immer alles klappt. Ich habe hier zum Beispiel eine Beschwerde der Polizeiangeestellten des Landes Steiermark, die sich dagegen beschwerten, daß ihnen in der wirtschaftlich so schweren Zeit ihre Gebührenbeträge immer später ausbezahlt werden, daß Monate vergehen, bevor ihnen ihre gesetzlich zuerkannten Ansprüche auch zur Auszahlung gelangen. Der Herr Finanzreferent hat hier ein system- und planloses, großes Elaborat vorgebracht, aber wenn man ein bißchen in seine Verwaltung hineinleuchtet, so sieht man, daß er selbst den notdürftigsten Ansprüchen nicht Rechnung trägt und nicht einmal imstande ist, die Bezüge der Polizeibeamten zum bestimmten Termin in Ordnung ausbezahlen, sondern daß diese armen Polizeibeamten in der heutigen wirtschaftlichen Lage monatelang auf ihre gesetzlichen Bezüge warten müssen. Zum Beispiel wurde für die Mehrdienstleistung der Polizeiorgane eine gewisse Entlohnung mit dem Erlasse des Bundeskanzleramtes festgelegt und die Flüssigmachung dieser Beträge obliegt der Landesregierung, dem Finanzreferenten oder seinen Organen. Diese Entlohnung für Mehrdienstleistung wurde für den Monat März bis heute noch nicht ausbezahlt. Jeder einzelne Polizeibeamte hat zirka einen Betrag von 100.000 bis 150.000 Kronen zu bekommen und diese Leute haben — morgen ist bereits der 1. Mai — die gesetzlichen Gebühren vom März noch nicht erhalten. (Rufe: „Hört!“) Des weiteren wurde durch einen Erlaß des Bundesministeriums für soziale Verwaltung den kriegsbeschädigten Bundesangestellten eine dreifache Anrechnung der Militärdienstzeit bewilligt; bei der Polizei sind

zirka 50 Polizeibeamten, welche aus dieser Verfügung bedeutende Nachträge zu erhalten haben, sie haben auch ihre Ansprüche schon im Vorjahre gestellt, und diese sind auch schon lange vom Ministerium anerkannt und dem Lande zur Auszahlung überwiesen worden, aber bis heute haben diese Organe diese Nachzahlungen noch nicht erhalten. Des weiteren wurde allen jenen, die nach dem 30. Juni 1921 definitiv angestellt wurden, die Anrechnung von Vordienstzeiten bewilligt, und hier sind es zirka 100 Kameraden der Polizei, welche aus diesem Titel ziemliche Nachträge zu erhalten haben. Der größte Teil dieser Gesuche ist schon lange erledigt, aber auch diese Nachzahlung wurde wegen angeblichen Mangels der Kredite bis heute noch nicht durchgeführt. Ebenso ist es bei einer Anzahl von Beamten, welche in ihrer wirtschaftlichen Notlage um Vorschüsse angefragt haben und sind diese Ansuchen schon vor ungefähr zwei Monaten bewilligt worden, aber sie haben diese Vorschüsse, um welche sie in ihrer Notlage angefragt haben, noch nicht ausbezahlt erhalten. Ich erwähne nochmals kurz, — nachdem der Herr Finanzreferent nun wieder hier ist — daß Polizeiorgane verschiedene Ansprüche, wie zum Beispiel die Entlohnung für Mehrdienstleistungen, des weiteren für andere Auszahlungen, die seitens des Landes an die Polizeiangeestellten bewerkstelligt werden sollen, daß alle diese Bezüge bis heute noch nicht ausbezahlt sind. (Prisching: „Mir ist davon gar nichts bekannt, blamieren Sie sich nur!“) Ich weiß ja, daß der Herr Finanzreferent darauf antworten wird (Prisching: „Gar nichts!“), daß dies Sache des Landeshauptmannes ist (Prisching: „Auch nicht!“) daß der Bund diese Beträge flüssigmachen soll, damit das Land sie auszahlen kann. (Prisching: „Wir zahlen das ja nicht aus!“) Das ist uns gleichgültig, aber das verlangen wir von Ihnen, daß, wenn auch der Bund die Kredite flüssigzumachen hat und sie nicht flüssig macht, daß Sie dafür eintreten, daß die Organe des Landes Steiermark ihre rechtmäßigen Bezüge erhalten, wenn nicht, dann versäumen Sie Ihre Pflicht, indem Sie nicht die nötige Obsorge aufwenden, daß den Organen des Landes jene Beträge, die ihnen rechtmäßig zukommen, ausbezahlt werden. Sie brauchen ja nur verlangen und ich bin überzeugt, daß der Herr Landeshauptmann so viel Einfluß hat, um sich vom Bunde die Kredite zu beschaffen, daß der Finanzlandesdirektion der Auftrag erteilt wird, daß sofort die Auszahlung bewirkt werde. Aber natürlich, wenn man sich um solche Angelegenheiten nicht kümmert, weil man dazu zu wenig Zeit hat, dann natürlich wird auf die wirtschaftliche Notlage dieser Personen keine Rücksicht genommen.

Ich möchte aber noch zu einem anderen Kapitel kommen, und zwar fällt dies nicht so sehr in die Kompetenz des Herrn Landeshauptmannes, sondern hauptsächlich in die des Bundes. Aber auch dort wird derart gearbeitet, wo der Parteifreund des Herrn Landeshauptmannes sitzt, der Herr Minister Vaugoin. Wir müssen auch diese Sache hier insofern zur Kenntnis bringen, daß der Herr Landeshauptmann seinen Parteigenossen dazu veranlaßt, daß der Stand der Wehrmacht in Steiermark nun endlich einmal wieder

gebessert wird. Ich meine, so sehr wir auch anerkennen, daß der Staat in einer Notlage ist, so kann uns doch nicht zugemutet werden, daß gerade diese Körperschaft, die Wehrmacht, immer und immer wieder zum Handkuß kommt, daß von ihr wohl ein schwerer Dienst verlangt wird, daß aber umgekehrt für die Wehrmacht nichts getan wird. Ich möchte hier darauf verweisen, daß in Steiermark der vorgeschriebene Stand 4000 Mann beträgt. Von diesen 4000 Mann haben wir in Steiermark derzeit 1884, also einen Abgang von über 50 Prozent des Standes. (Große Unruhe.) Desgleichen ist nun jetzt ein Erlaß des Ministeriums erschienen, der die weitere Verpflichtung der Wehrleute regelt. In diesem Erlaß wird aber keineswegs auf das Land Steiermark Rücksicht genommen, es wird nicht Rücksicht genommen darauf, daß wir gegenüber den anderen Ländern am schlechtesten gestellt sind und daß bei uns ein weiterer Abgang zu erwarten ist. Wir haben nach einer Statistik aufgestellt, daß wir mit Ende des Jahres 1924 zirka 1360 Mann in Steiermark haben werden, also einen Abgang von 64 Prozent. (Großer Lärm, unverständlicher Zwischenruf des Landesrates Riegler. — Wallisch: „Hat der Herr Landesrat Riegler das Wort?“ — Zwischenruf: „Sie haben es ja auch nicht!“ — Pichler: „Wir sind ja nicht im Abgeordnetenhaus, daß Sie derartige Privatgespräche hier führen!“) Es ist natürlich notwendig, daß seitens der Landesregierung auch dieser Sache das notwendige Augenmerk zugewendet wird und daß man es nicht nur bei einem papierenen Proteste läßt, wie es ja geschehen ist, sondern daß dann doch, und ich glaube, daß Ihnen dies möglich ist, wenn Sie mit Ihrem Parteifreund sprechen und ihm die Situation der Wehrmacht in Steiermark, wie sie derzeit ist, vor Augen halten, daß es möglich sein wird, daß Sie ein bestimmtes Resultat erreichen. Daß es also nicht nur bei papierenen Protesten bleibt, sondern daß Sie im Gegenteil Ihren ganzen Einfluß dahin geltend machen, daß auch die Stände tatsächlich erhöht und ausgefüllt werden, so daß die Wehrmacht ihren Aufgaben auch jederzeit nachzukommen imstande ist. Natürlich haben auch wir in der Wehrmacht verschiedene Schmerzen und es würde zu weit führen, wenn ich alle diese Schmerzen zur Sprache bringen würde. (Große Unruhe.) Meine Damen und Herren, es ist auch in der Wehrmacht nicht alles so rosig, wie es immer vorgestellt wird. (Ing. W i g a n y: „Wird sie schon ein bißerl schwarz?“) Wir haben gar keine Angst, daß die Wehrmacht heute oder morgen in ein anderes Fahrwasser kommt. Wir sind der Meinung und wir werden an der Meinung festhalten, daß wir im Dienste voll und ganz Soldaten sind, im Dienste voll und ganz unsere Pflicht erfüllen, daß wir aber außer Dienst immer wieder freie Staatsbürger sein wollen. Meine Herren, gerade da haben Sie den richtigen Punkt angezogen. Die Verhältnisse in der Wehrmacht sind so ziemlich geregelt, aber es bestehen Schwierigkeiten, die hauptsächlich auf diesen Umstand zurückzuführen sind. Wir geben offen zu, daß wir als Organisation immer und immer wieder eintreten, daß der Dienst voll und ganz gemacht wird, daß die Führer von den Wehrmännern anerkannt werden müssen und

daß diese sich bedingungslos der Disziplin zu unterwerfen haben. Aber wo sich Reibungspunkte ergeben, das ist da, daß die militärischen Führer, die wir haben, zumindest ein großer Teil dieser Herren, ihre Aufgabe nicht nur darin erblicken, ihrem Berufe nachzugehen, sondern daß ein Teil von diesen Kommandanten ihre Kommandogewalt auch dahin ausnützt, um in die staatsbürgerlichen Rechte der Heeresangehörigen einzugreifen. Und da, hohes Haus, ist der Widerspruch, wir werden das nie und nimmer gestatten, wir werden es dem militärischen Führer nicht gestatten, daß er seine Kommandogewalt ausnützt, um in die staatsbürgerlichen Rechte der Wehrmänner einzugreifen. Wir haben Fälle und können diese Fälle beweisen, wo auch einzelne Kommandanten ein doppeltes Maß anwenden, wo die Einzelnen, wenn sie bei irgend welchen Gelegenheiten um etwas ansuchen, oder einer Begünstigung zuteil werden sollen, bei diesen Gelegenheiten von einigen Herren noch immer mit zweierlei Maß gemessen werden, indem sie auf der einen Seite den freigewerkschaftlich Organisierten sehen und auf der andern Seite den Indifferenten oder den Unorientierten. Denn täuschen wir uns nicht über die Verhältnisse hinweg, daß ein großer Teil der Wehrmänner doch aus Arbeiterkreisen kommt und diese aus den Arbeiterkreisen entstammenden Kameraden ja schon politisch orientiert sind, bevor sie in die Wehrmacht eintreten. Und wenn sie dann in der Wehrmacht außerhalb ihres Dienstes ihren staatsbürgerlichen Rechten, der Politik, nachgehen, dann, meine Herren, darf ihnen das nicht zum Vorwurf gemacht werden. Und so ist auch der größte Teil, ich sage ruhig, in Steiermark 90 Prozent des gesamten Standes, in unserer Organisation vertreten. Nun hat man aber versucht, auch eine andere Organisation zu schaffen, man hat versucht, mit dieser Organisation einen Keil gegen diese Geschlossenheit vorzutreiben und diese sogenannte Tischgesellschaft, der „Wehrbund“, der versucht nun gegen die Gewerkschaft anzustürmen. Wenn wir uns aber diese Leute anschauen, so sind das größtenteils Indifferente oder solche Leute, die nicht als aufrechte Männer ihren Dienst versehen können, sondern auf irgend etwas anderes, Protektion usw. angewiesen sind, damit sie ein besseres Dasein in der Wehrmacht führen können. Das ist der eigentliche Grund und dagegen treten wir auf, daß diesen Leuten, die mit nicht-manneswürdigen Mitteln auftreten, daß diesen Leuten fortwährend ein Entgegenkommen gezeigt wird, daß diese Leute bevorzugen werden zum Nachteil der freigewerkschaftlich Organisierten. Aber, meine Herren, Sie werfen uns immer vor, daß die Wehrmacht ein Parteinstrument der Sozialdemokraten ist. (J a k l i t s c h: „Ja, gewesen!“) Darauf kann ich ruhig sagen, nennen Sie mir nur einen einzigen Beweis, daß die Wehrmacht von der sozialdemokratischen Partei politisch ausgewertet wurde, nennen Sie mir einen einzigen Fall, wo Sie nachzuweisen vermögen, daß die Wehrmacht in voller Ausrüstung an irgend welchen politischen Demonstrationen, ja selbst unter der Ministerschaft des Dr. D e u t s c h, teilgenommen hätte. Ich glaube, Sie werden keinen einzigen Fall beweisen können. (Dr. A h r e r: „Am 1. Mai des

vorigen Jahres hätten Sie es gerne gehabt!") Aber, meine Herren, Sie werden nur beweisen können, daß die Wehrmänner, ihrer politischen Richtung folgend, sich an politischen Demonstrationen der Arbeiterschaft beteiligen, aber dabei jedes Dienstabzeichen ablegen, daß sie als freie Staatsbürger an diesen Demonstrationen teilnehmen und sich von Ihnen nie und nimmer daran hindern lassen werden. Aber, meine Herren, ich bin in der Lage, Ihnen nachzuweisen, daß Sie nur allzugerne die Wehrmacht für Ihre politischen Parteien auswerten wollen. Ich bitte, schauen Sie hin auf die Frohnleichnamsprozession und auf die Auferstehungsfeierlichkeiten. (Zwischenruf: „Ist das politisch, wenn die Kirche jemanden dazu einlädt?“ — Leichin: „Die ganze Kirche ist politisch!“) Sie täuschen niemanden mehr, wenn Sie behaupten, daß die Frohnleichnamsprozession nicht genau so eine politische Demonstration ist, wie der 1. Mai. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. — Regner: „Ausgezeichnet“. — Widerspruch bei den Christlichsozialen.) Sie täuschen niemanden mehr, wenn Sie meinen, daß Ihre politischen Demonstrationen, die allerdings unter dem schönen Deckmantel „Religion“, „Religiosität“ vor sich gehen, nicht als solche erkannt werden. Heute ist die Kirche nichts mehr anderes als die christlichsoziale Partei, das ist ja ein Ding, die beiden kann man nicht mehr voneinander unterscheiden. Zu dieser Freier nehmen Sie die Wehrmacht mit voller Ausrüstung und machen sich da einer Gesetzesverletzung schuldig, weil Sie die Wehrmacht zu politischen Demonstrationen mit allen Dienstabzeichen verwenden. Wir kennen vollkommen Ihre Anschauung darüber, wir kennen Sie, weil ja auch der Minister im Heereswesen, Ihr Parteifreund, erklärt hat, daß die Frohnleichnamsprozession keine politische Demonstration ist, sondern nur ein religiöser Akt, daß hier die Wehrmacht nicht zur Politik verwendet wird, sondern daß diese Frage im Interesse des Staates, des Ansehens des Bundesheeres liegt. (Pichler: „Die Reichspost gibt es zu, daß das eine politische Demonstration ist!“) Meine Damen und Herren! Das ist eine faule Ausrede. Genau so, wie wir den 1. Mai als Fest der Arbeiterschaft feiern, genau so feiern Sie und wollen Ihre Macht zeigen bei der Fronleichnamsprozession. So ist es. (Dr. Enge: „Wann war es das letztemal, daß Sie mitgegangen sind als Mitglied des katholischen Jünglingsvereines von Eggenberg?“ — Lebhaftes Heiterkeit im ganzen Hause.) Ja, ich bin mitgegangen, das macht doch nichts, Herr Dr. Enge. Ich meine, wenn Sie dieselben Einwürfe wieder bringen, wie sie früher gegen meinen Parteifreund aus gemacht worden sind, nun Herr Dr. Enge, dann möchte ich Sie wohl fragen, hat ein Jüngling oder sagen wir ein Kind mit 12, 13, 14 Jahren schon eine politische Anschauung? (Dr. Enge: „Sie waren schon älter beim Jünglingsverein!“) Ich kann Ihnen das aber beweisen, Herr Dr. Enge. Wenn Sie da von Politik sprechen wollen bei Kindervereinigungen, die allerdings im Sinne Ihrer Partei gelegen ist, wo man der damaligen Erziehung gemäß, direkt hineingetrieben wurde, wo man hineingeschoben wurde und mir daraus einen Vorwurf machen (Dr. Enge:

„Einen Vorwurf mache ich nicht, aber schimpfen soll man nicht!“), da meine ich, daß das wenig für Ihre akademische Bildung spricht. (Leichin: „Unser Genosse Pörtl hat jahrelang ministriert!“) Herr Doktor Enge, ich glaube, daß es gewiß keine Schande ist, wenn man aus dem Dunkel heraus ans Licht tritt. (Dr. Enge: „Das Neß soll man nicht beschmutzen!“) Herr Dr. Enge, wenn man vom Dunkel ins Licht tritt, das ist keine Schande, im Gegenteil ein Beweis dafür, daß man ein bißchen sein eigenes Gehirn befragt.

Nun glaube ich, daß ich mit diesen Ausführungen gezeigt habe, daß die Verhältnisse gerade in den Exekutivkörpern noch keineswegs geordnet sind und daß es gerade an Ihnen liegt, daß Sie endlich einmal darangehen, die Gesetze zu achten, daß Sie die Gesetze auch dann achten, wenn es sich um die staatsbürgerlichen Rechte der Exekutivorgane handelt. Der Herr Landeshauptmann hat heute offen erklärt, daß er mit den Exekutivorganen zufrieden ist, daß sie ihren Dienst leisten und vollführen. Ich glaube daher, daß auch wir in Anbetracht dessen, daß unsere Leistungen anerkannt werden, wenn anerkannt wird, daß wir im Dienste nur unserem Berufe nachkommen, den Anspruch darauf erheben können, daß außerhalb des Dienstes unsere Rechte gewahrt werden, daß wir außerhalb des Dienstes als gleiche Staatsbürger anerkannt werden, daß uns unsere staatsbürgerliche Betätigung nicht immer und immer wieder zum Vorwurf gemacht wird, daß uns diese nicht immer und immer wieder deshalb vorenthalten werden, damit man uns in irgend welche Disziplinaruntersuchungen stellt, sondern daß endlich einmal gleiches Maß für alle hergestellt wird, daß in Exekutivkörpern alle Angehörigen, soweit sie ihren Dienst vorschriftsmäßig vollführen, nicht ihrer Parteizugehörigkeit nach, sondern alle gleich behandelt werden. Dies ist unsere Hauptforderung, die wir an die herrschende Partei des Landes stellen müssen, daß sie endlich darangeht, unsere staatsbürgerlichen Rechte zu achten, daß sie gleiches Maß für alle anwendet und dann können Sie versichert sein, daß auch wir unseren Diensten jederzeit nachkommen werden, daß wir unserem Dienste dann nur umso freudiger nachkommen, wenn wir wissen, daß wir auch als vollwertige Staatsbürger mit gleichen Rechten anerkannt werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Resel: Hoher Landtag! Es liegt mir ferne, mich auf die im Laufe der Debatte von den verschiedenen Rednern vorgebrachten Punkte einzulassen, weil ich glaube, daß eine Schlussfolgerung aus den bisherigen Verhandlungen noch nicht gezogen werden kann. Ich nehme an, daß nach der Rede, die wir soeben von unserem Kollegen Rosenwirth gehört haben, noch eine Reihe von anderen folgen und erst nach diesen wird es möglich sein, die Schlussfolgerung daraus zu ziehen, ob das, was gestern der Herr Landeshauptmann hier erklärt hat, auch den Tatsachen entspricht. Meine Aufgabe ist es daher nicht, mich mit diesen Dingen jetzt schon zu befassen, wohl aber obliegt es mir, mich mit dem Grosso-Vertreter der christlichsozialen Partei zu beschäftigen. Wie sehr dieser Herr Ex-offo-Vertreter der christlichsozialen Partei die Angehörigen

dieser Partei begeistert hat, ist daraus hervorgegangen, daß Herr Dechant Prisching in Aufwallung seiner Begeisterung den Herrn Ex-offo-Vertreter zu seiner Rede beglückwünscht hat. Nur hat er, glaube ich, etwas voreilig gehandelt, denn bevor man jemand zu seiner Rede beglückwünscht, muß man wohl die sichere Gewähr haben, daß diese Rede auch den Tatsachen entspricht. Ich will mich darüber in keine Erörterung einlassen, daß Herr Professor Hübler, dessen Partei mit in der Landesregierung sitzt, die den Abbau eingeleitet hat, gewissermaßen mit Schmerz erklärt hat: Voriges Jahr war's schlecht reden, heuer sind alle Abbaumaßnahmen vorüber, heuer läßt sich's schon leichter reden. (Dr. Hübler: „So war das nicht gemeint!“) So war es. (Dr. Hübler: „Aber in etwas entgegengesetztem Sinne!“) Herr Landesrat Hübler hat sich auch darin gefallen, zu erklären, daß meine Rede, beziehungsweise die Schlußfolgerung dieser Rede, ihm vorgekommen sei, wie ein eingefrorener Trompetenton. Er hat erklärt — es ist das eine alte Redewendung von ihm —, daß ich voriges Jahr den Bürgerkrieg angekündigt habe. (Dr. Hübler: „Sie nicht, das habe ich nicht gesagt!“) Wir werden Ihre Wahrheitsliebe noch feststellen. Ich glaube, daß mir selbst die Gegner zugestehen müssen, daß ich gar nie den Bürgerkrieg angekündigt habe. Auch die Gegner werden zugestehen müssen, daß ich am tatkräftigsten im Lande Steiermark darauf hingearbeitet habe, daß ein Bürgerkrieg vermieden bleibt, daß meine bisherige Tätigkeit darauf abgezielt hat, gewaltsame Zusammenstöße in der Bevölkerung hintanzuhalten, womöglich auch Anlässe zu beseitigen, die zu solchen führen können. Ich glaube, meine Gegner werden auch zugestehen müssen, wenn ich etwas sage, daß das nicht Phrasologie ist, sondern wirklicher Ernst. Ich treibe Politik nicht aus irgendeinem anderen Zweck, sondern aus Überzeugung. Ich bin in die Politik getrieben worden durch die Lage meiner Kollegen, meiner Genossen. (Beifall.) Es kann mir niemand zumuten, daß ich irgendwie mit der Politik spiele, mir ist sie ernst, ernstest glaube ich, wie vielen hier in diesem Hause. Bei mir kann nicht von einem eingefrorenen Trompetenton die Rede sein, weil die Münchhausen sich nicht in unseren, sondern in Ihren Reihen befinden. Aber Landesrat Hübler hat ja in seiner Rede nicht gefragt, was wahr ist, was den Tatsachen entspricht, sondern, was er glaubt, das klingt. Verzeihen Sie, es gibt Reden, die infolge ihres Ernstes, infolge der ihnen zugrunde liegenden wahren Tatsachen wirken und es gibt Reden, die infolge ihrer Schnoddrigkeit, infolge ihrer Naschmarktartigkeit auch zu wirken vermögen, allerdings nicht auf Leute, die einen größeren geistigen Horizont haben, sondern auf Leute mit sehr beschränktem geistigen Horizont. Die Rede des Dr. Hübler war eine Rede, die nicht in die erste, sondern in die zweite Kategorie eingereiht werden soll. (Dr. Hübler: „Warum hat sie dann auf Ihre Leute so gewirkt?“) Ich will Ihnen die Antwort offen geben, weil wir ernste Männer sind und auf uns solche Fälschungen, wie Sie sie vorgebracht haben, aufreizend wirken. (Wallich: „Besonders, wenn der Redner Professor ist!“) Ich unterscheide auch, wenn ich einen

Redner beurteile, ob er den weniger gebildeten Kreisen angehört, von denen man nicht verlangt, daß sie allgemeines Wissen und gründliches Studium besitzen, oder den Kreisen der Intellektuellen angehört, von denen man verlangen muß, daß sie, wenn sie Reden halten, diese nicht schmücken aus dem Zitatenkasten, sondern aus eigener Kenntnis der Literatur. Kollege Hübler hat sich sehr darüber empört, weil ich erklärt habe, daß ich nicht begreife, wie man an solchen Wiedersehensfeiern und ähnlichen Veranstaltungen eine Freude haben kann. Er hält den Krieg für etwas Großes. Dagegen können wir nichts machen, wenn jemand der Meinung ist, daß es schließlich und endlich die oberste Aufgabe der Menschheit ist, eine gewisse Kulturstufe zu erreichen und sich gegenseitig zu zerfleischen und die Kultur wieder in Grund und Boden zu treten. Unserer Meinung nach ist es die Aufgabe der Menschheit, den Krieg zu überwinden, kulturell immer höher emporzusteigen, so daß wir alle Freude am Dasein haben können. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Aber das sind Ansichtssachen, die Bevölkerung hat darüber zu entscheiden, welcher Ansicht sie sich zuneigt. Ich glaube, wenn wir davon reden, welcher Ansicht die Bevölkerung sich mehr zuneigt, so kann Dr. Hübler nicht für sich in Anspruch nehmen, daß seine Anschauung bei der Bevölkerung besondere Anerkennung findet. Die Stellung seiner Partei resultiert nach ihrer Stärke daraus und er hat erklärt, nachdem seine Partei nicht groß ist, muß sie sich irgendwo anlehnen. (Dr. Hübler: „Auch das habe ich nicht gesagt!“), um eine Bedeutung zu haben. Wir können nichts dagegen haben, wenn die Großdeutschen bei den Christlichsozialen ins Ausgedinge gehen. (Dr. Hübler: „Warum sprechen Sie von Ausgedinge?“), weil Sie im Ausgedinge von den Christlichsozialen sind und auch bei den kommenden Gemeinderatswahlen in Graz stehen werden. Wie gesagt, das ist Anschauungsfrage, ob man sich für die Weltanschauung des Hübler oder für unsere, die sozialistische Weltanschauung, entscheidet. Aber Anschauungsfrage kann es nicht sein, wenn man zur Bekämpfung des Gegners Dinge heranzieht, die entweder in Bezug auf die Tendenz nicht zutreffen oder direkt gefälscht sind. (Dr. Hübler: „Also Beweise!“) Wenn Kollege Hübler behauptet, daß auch wir Sozialdemokraten für den Krieg waren, stelle ich fest, daß wir zu Kriegsbeginn in einem entschiedenen Manifest den Krieg verwarfen, daß Hunderte von Genossen wegen Hochverrates in den Kerker kamen, weil sie gegen den Krieg waren. Wir waren immer gegen den Krieg und seine Fortführung. Wir haben nichts unternommen, zur Ausdehnung des Krieges etwas beizutragen. Kollege Hübler hat aber, um zu beweisen, daß wir den Krieg wollten, eine Reihe . . . (Doktor Hübler: „Das habe ich nicht behauptet! Wenn Sie von Fälschungen sprechen, so lassen Sie sich das stenographische Protokoll geben!“) Sie haben erklärt, wir hätten den Krieg verherrlicht. Heißt das nicht, daß man ihn will? Glauben Sie, ich habe eine solche Begriffsverwirrung, daß ich die Worte nicht mehr auf ihren Inhalt zu ermessen vermag? Hübler hat sogenannte Beweise angeführt, darunter einen Artikel

von Renner vom 16. April 1915. Ich habe den Artikel nicht hier, aber in meinem Gedächtnis ist die Parteigeschichte so verzeichnet, daß ich ganz genau weiß, was möglich und was unmöglich ist. Der Artikel, den Herr Hübler angeführt hat, ist eine psychologische Betrachtung des Genossen Renner über die Einwirkung großer Ereignisse auf die Bevölkerung, weiter nichts. Er hat weiter darauf verwiesen, weil ich gefragt habe, wo wir für den Krieg Stellung genommen haben, daß im „Arbeiterwille“ vom 6. August 1914 ein Gedicht enthalten war, in welchem der Krieg verherrlicht wird. Bitte, sind das seine Worte oder nicht? (Dr. Hübler: „Ich habe immer auf den Zeitpunkt des Abdruckes hingewiesen!“) Ich stelle fest, daß das ein Gedicht des revolutionären Arbeiterdichters Georg Herwegh aus dem Jahre 1841 ist, und nicht den Krieg verherrlicht, sondern den Frieden. (Dr. Hübler: „Das haben die Arbeiter herausgefunden?“ — Wallisch: „Das haben sie schon, die verstehen das anders als Sie!“) Ich stelle weiters fest, nachdem ich damals selbst Redakteur des „Arbeiterwille“ war, daß wir dieses Gedicht abgedruckt haben, nicht um den Krieg zu verherrlichen, sondern um dem Kriege entgegenzutreten. Es war die vorsichtige Art, gegen den Krieg zu wirken, die die damalige Polizei vorge-schrieben hat. Wenn ich mich recht erinnere, wurden wir damals zur Polizeidirektion zitiert und es wurde uns erklärt, wenn wir weiter gegen den Krieg Stellung nehmen, werde der „Arbeiterwille“ eingestellt. Es gibt keine einzige Strophe in dem Gedicht, die einen Zweifel über seine Tendenz zuläßt. Das Gedicht ist betitelt „Der letzte Krieg“. (Dr. Hübler: „Das haben wir geglaubt, daß das der letzte Krieg ist, der Weltkrieg!“) Es scheint hier ein Zweifel über die Tendenz des Gedichtes zu herrschen. (Dr. Hübler: „Über die Tendenz ist kein Zweifel, aber über die Wirkung, wenn man es im August 1914 abdruckt!“) Wenn ein Lyzeumprofessor weniger aus dem Gedichte herauszulesen vermag, als ein k. k. Polizeikommissär, das ist nicht meine Schuld. (Dr. Hübler: „Ich werde erwidern!“) Es scheint ein Zweifel über dieses Gedicht zu herrschen. Ich will, damit Sie den Inhalt des Gedichtes kennen, es Ihnen vorlesen. Es heißt (liest):

„Der letzte Krieg.

Wer seine Hände falten kann,
 Bet' um ein gutes Schwert,
 Um einen Helden, einen Mann,
 Den Gottes Zorn beweht!
 Ein Kampf muß uns noch werden,
 Und d'rin der schönste Sieg,
 Der letzte Kampf auf Erden,
 Der letzte heilige Krieg!

Herbei, herbei, ihr Völker all',
 Um Euer Schlachtpanier!
 Die Freiheit ist jetzt Feldmarschall,
 Und vorwärts heißen wir.
 Der Zeiger weist die Stunde,
 O flieg', mein Polen, flieg',
 Mit jedem Stern im Bunde,
 Voran zum heiligen Krieg!

Ja! vorwärts, bis der Morgen blinkt,
 Ja! vorwärts, frisch und froh!
 Vorwärts, bis hinter uns versinkt
 Die Brut des Pharao!
 Er wird auch für uns sprechen,
 Der Herr, der für uns schwieg,
 Und unsere Ketten brechen
 Im letzten heiligen Krieg!

O, walle hin, du Opferbrand,
 Hin über Land und Meer',
 Und schling' ein einig Feuerbrand
 Um alle Völker her;
 So wird er uns beschieden,
 Der große, große Sieg,
 Der ewige Völkerfrieden, —
 Frisch auf, zum heiligen Krieg!

(Dr. Hübler: Ich stelle fest, daß Ihre Mitteilung falsch ist. Abgedruckt war nur eine Strophe, das übrige Gedicht war unterschlagen. Ich werde schon erwidern! — Lebhaftige Unruhe.) Ich stelle fest, daß Ihre Mitteilung, daß, weil nur eine Strophe des Gedichtes abgedruckt wurde, es von unserer Seite keine Fälschung ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stelle weiter fest (Dr. Hübler: „Die erste Feststellung ist mißglückt!“ — Ruschak: „Sie sind entlarvt mit Ihrer Feststellung!“), daß dieses Gedicht vertont ist und von den Arbeitergesangsvereinen gesungen wird. Wenn Herr Landesrat Hübler der Meinung ist, daß das Gedicht abgedruckt war, um den Krieg zu verherrlichen, so ist das Gegenteil in Arbeiterkreisen besser bekannt als in den Kreisen der Herren Gymnasialprofessoren. (Leichin: „Was wissen Sie von der Mentalität der Arbeiter?“) Herr Landesrat Dr. Hübler hat auch zum Beweise dessen, daß wir für den Krieg eingetreten sind, ein Gedicht des Peßold in der „Volkstribüne“ angeführt. Das Gedicht Peßold's liegt mir nicht vor, aber ich kenne Peßold und kenne seine Gedichte aus der damaligen Zeit. Das war nur ein Stimmungsgedicht, das sicherlich nicht den Krieg verherrlichen kann, denn sonst hätte es in der „Volkstribüne“ unmöglich Aufnahme finden können, der damalige Redakteur war Abgeordneter Rieger, mein Freund, und dieser ist ein ausgesprochener Pazifist. Weiter ist uns aber Kollege Dr. Hübler mit einem Buche Scheidemann's gekommen. Vor allem will ich feststellen, daß die österreichische Sozialdemokratie nie unter dem Einflusse Scheidemann's gestanden ist und auch nicht den Tendenzen Scheidemann's gehuldigt hat. Unsere Partei hat offiziell diese Politik abgelehnt, sie hat aber nicht dagegen in irgend einer Aufmachung Stellung genommen, weil wir auf dem Standpunkt stehen, daß die Politik der sozialdemokratischen Partei von den Verhältnissen im Lande aus beurteilt werden muß. Ich brauche das Buch Scheidemann's, welches Herr Kollege Dr. Hübler nicht gelesen haben wird (Dr. Hübler: „O ja! Ist sehr interessant!“) ich habe vielmehr die Vermutung, daß er nur Auszüge aus dem Buche Scheidemann's aus irgendeinem Zettelkasten (Dr. Hübler: „Ich kann Ihnen das Buch leihen, wenn Sie wollen!“) vorgebracht hat. Ich

kann Ihnen aber noch einige Bücher zur Verfügung stellen, weil es meine Gepflogenheit ist, die anderen Parteien nicht aus Auszügen aus ihren Schriften zu beurteilen, sondern diese Schriften selbst zu lesen. Ich habe zum Beispiel einen Vorteil gegenüber den meisten der Christlichsozialen, daß ich das grundlegende Buch über den christlichen Sozialismus von Voglsang zu Hause habe, dieses durch und durch kenne und immer wieder darin nachsehe, ob sich die Partei im Einklange mit den Theorien Voglsangs befindet. Herr Kollege Dr. Hübler hat uns mitgeteilt, daß es nicht möglich gewesen wäre, nachzukontrollieren, daß in dem Buche Scheidemanns davon die Rede sei, daß auch Genosse Dr. Adler, der eigentlich der Gründer der österreichischen sozialdemokratischen Partei ist, sich mit Annerkennung einverstanden erklärt hätte. (Dr. Hübler: „Sie verwechseln Adler mit Austerlitz!“) Falschen Sie nicht Ihre eigene Rede. (Dr. Hübler: „Ich habe gelesen!“) Sie haben nicht verlesen, sondern zitiert! (Dr. Hübler: „Ich bin bereit, es das nächstmal wieder zu wiederholen!“) Auf eine solche Art von Diskussion, auf eine solche Debatte, wo alles auf Mißverständnisse zurückgeführt wird, bin ich natürlich nicht eingerichtet, ich kann mich nur an das halten, was ich gehört habe (Tausk: „Was wir alle gehört haben!“) und ich habe gehört, daß Kollege Dr. Hübler erklärt hat, was Scheidemann sagt, was Scheidemann von Österreich spricht, und erklärt, daß alle mit den Annerkennung einverstanden seien. Hätte ich selbst den Namen Adler mißverstanden, und mißverstanden, daß Kollege Doktor Hübler gesagt hat, mit Ausnahme des Dr. Adler, so wäre trotzdem diese Behauptung Scheidemanns vollständig unwahr und kann für uns und gegen uns durchaus nicht zum Beweise dienen. Die österreichische Sozialdemokratie hat ihr Programm festgelegt und sich auch an dieses gehalten. Sie war nie für Annerkennung, war überhaupt nie für den schwarz-gelben Krieg, für den Sie eingetreten sind, den Sie verherrlicht haben und der nur zustande gekommen ist, indem man gefälscht und verdreht hat, über den man heute vollständig im klaren ist, daß er von der schwarz-gelben Regierung gewollt wurde. (Dr. Hübler: „Sind Sie heute noch nicht der Meinung, daß wir angegriffen worden sind?“ — Leichner: „Lesen Sie doch die Dokumente etwas nach!“ — Dr. Hübler: „Lesen Sie doch einmal die russischen Diplomaten nach!“) Ich glaube doch einigermaßen nachgewiesen zu haben, daß die Behauptung des Kollegen Herrn Dr. Hübler, daß wir für den Krieg gewesen seien und den Krieg verherrlicht hätten, eine unwahre und ich möchte fast sagen erlogene ist, weil ich unterscheide, zwischen unwahr und erlogen. Unwahr ist, wenn ich in der guten Meinung, Recht zu haben, etwas sage und erlogen ist, wenn ich in der Erkenntnis, die Unwahrheit zu sagen, sie dennoch sage. Ich glaube, es der Beurteilung der Mitglieder des hohen Hauses überlassen zu können, durch meine Ausführungen eher das Recht zu haben, das letztere zu behaupten, als das erstere anzunehmen. Wenn es Ihnen jetzt gefällt, irgend etwas abzuleugnen oder abzuschwächen, so ist das Ihre Sache und nicht unsere;

wir glauben aber, eines mögen Sie sich merken: „Lügen haben kurze Beine“. Und wenn Sie das nächstmal wieder als Ex-offo-Verteidiger der christlichsozialen Partei auftreten, dann würde ich Sie bitten, sich besser mit Tatsachen zu wappnen, damit Sie nicht derartige Unwahrheiten vorzubringen brauchen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Uhrer (Beifall und Händeklatschen von Seite der Christlichsozialen. — Zwischenruf Oberzaucher.) Ich glaube, ich werde in einer Stunde mit Ihnen auch fertig sein, Herr Oberzaucher! Hohes Haus! Es ist nicht meine Aufgabe, Ihnen in programmatischer Form unsere Stellung zum Budget vorzubringen, meine Aufgabe ist es heute, mich zunächst mit den Dingen zu beschäftigen, die bisher von gegnerischen Rednern vorgebracht wurden. Es ist vielleicht das Einfachste, wenn ich die Herren der Reihe nach vornehme. (Heiterkeit.) Am besten ist es, ich beginne in der Reihenfolge mich mit Herrn Landesrat Resel zu beschäftigen. Herr Landesrat Resel hat behauptet, daß die beiden Landeshauptleute, soweit sie der christlichsozialen Partei angehören, keine Zeit haben, zu den Landesregierungsitzungen zu erscheinen. Ich möchte nun darauf aufmerksam machen, daß, wenn man die Herren Mitglieder der Landesregierung, die der sozialdemokratischen Partei angehören, vor 11 Uhr vormittags braucht, die Telefonnummer 2252, das ist die Volkskreditbank, und wer dort sitzt, wissen Sie, oder die Nummer 4223, das ist der Konsumverband — wer dort ist, wissen Sie ebenfalls — aufläufen muß und verschiedene andere Telefonnummern. Ich bitte, zur Kenntnis zu nehmen, daß wir zumindest ebenso am Platze sind, wie die Herren von der sozialdemokratischen Partei. Herr Landesrat Resel hat im zweiten Teil seiner Ausführungen behauptet, die Heimwehren seien illegale Banden. (Resel: „Ja!“) Ich kann natürlich dieser Ausdrucksweise hier im hohen Hause nicht folgen, denn sonst müßte ich für den „Republikanischen Schutzbund“ einen entsprechenden Ausdruck prägen und das will ich nicht. Ich möchte nur zur Sache als solcher erklären, daß die Heimwehren seit jeher für Ruhe und Ordnung eingetreten sind (Beifall bei den Christlichsozialen. — Sozialdemokratischer Zwischenruf: „Gosdorf!“) und daß dieses Instrument heute, sowie gestern intakt dasteht und jederzeit bereit ist, Ruhe, Ordnung und Gesetz zu schützen. (Beifall. — Zwischenruf Pichler.) Herr Bürgermeister von Bruck, wir zwei kommen ja noch zusammen! Herr Landesrat Resel und verschiedene andere Redner haben sich auch mit dem Problem des Monarchismus befaßt und haben durchblicken lassen, daß das Heimwehren-Wiedersehensfest ein rein legitimistisches wäre. Meine Herren von der sozialdemokratischen Partei! Sie könnten der Republik einen großen Dienst erweisen, wenn Sie diese Gespensterseherei einmal aufgeben würden und einen noch größeren Dienst, meine Damen und Herren, könnten Sie der Republik dann erweisen, wenn Sie in wahrhaft demokratischer Art und Weise, das, was den andern und breiten Bevölkerungsschichten die Tradition bedeutet, nicht ununterbrochen wahllos in den Kot ziehen würden. (Lebhafter Beifall.) Meine sehr verehrten Damen und Herren,

das hat mit dem Monarchismus gar nichts zu tun, sondern lediglich mit den primitiven Unstands- und Gerechtigkeitsgefühlen gegenüber seinen gleichberechtigten Mitmenschen. (Erneuter Beifall.)

Wenn das Wiedersehensfest des vorigen Jahres kritisiert wurde und Sie in einem ähnlichen Sinn über das heuer stattfindende derartige gleiche Festprognosen gestellt haben, so möchte ich konstatieren, es handelt sich nicht darum, zu zeigen, daß man dabei war, sondern darum, die Bande der Treue, der Freundschaft und der Kameradschaft, die sich draußen in den schwersten Stunden, die ein Mann mitmachen kann, um alle geschlungen, wieder einmal zu erneuern und um sonst gar nichts. (Beifall.) Allerdings, meine Damen und Herren, muß ich das Urteil über derartige Gefühle denjenigen überlassen, die am eigenen Leibe diese schweren Stunden mitgemacht haben.

Wenn Sie, sehr geehrte Damen und Herren, der sozialdemokratischen Partei sich so wie sich heute der Herr Landesrat Resel bemüht hat, krampfhaft bemühen, die Frage der Schuld am Weltkriege zur Diskussion zu stellen, so will ich Ihnen sagen, diese Frage — wir sind noch in zu kurzer Distanz — wird die Weltgeschichte klar beantworten, der steirische Landtag kaum. (Heiserkeit und Beifall.) Aber gewisse Dinge sind heute schon sicher, sicher ist, daß die Internationale den Krieg nicht verhindert hat und ihn nicht verhindern konnte. Ich mache Ihnen daraus keinen Vorwurf, aber das ist eine Tatsache, sie konnte diesen Krieg nicht verhindern, weil in den schwersten Stunden eines Volkes der Nationalismus eben stärker ist, als der Internationalismus. (Lebhafter Beifall auf der rechten Seite und in der Mitte des Hauses.) Es hat sich weiter gezeigt (Resel: „Nicht einmal der Papst hat etwas machen können dagegen!“), daß die reichs-deutschen Sozialdemokraten — und das ist heute bewiesen — glatt für die Kriegskredite gestimmt haben. Ich mache Ihnen auch daraus keinen Vorwurf, weil nach meiner Überzeugung es ehrenhaft ist, für das Vaterland einzutreten. Das Gegenteil ist eine Schande. (Beifall.)

Nachdem Sie heute in lebhafter Weise die verschiedenen Zitate des Herrn Landesrates Dr. Hübler, die sich allerdings mit Gedichten beschäftigt haben, einigermaßen kritisiert haben, so kann ich Ihnen verraten, daß ich ganz spielend in der Lage wäre, Ihnen an der Hand von verschiedenen Zeitungen Dinge zu zitieren, wo sie dann wieder Gelegenheit hätten, Ihre Ansicht zu äußern. (Resel: „Bitte, tun Sie es nur!“) Wenn es Sie interessiert, Herr Landesrat Resel, so können wir ja beginnen damit. Es schrieb zum Beispiel der Berliner „Vorwärts“ am 8. Dezember 1918, Sie können den ganzen Artikel haben (liest): „Wir schreiben es Euch ins Gesicht: Ja, wir haben die Kriegskredite bewilligt, weil wir unser Volk lieben und jetzt, wo es im tiefsten Elend ist, erst recht wissen, wie wir es lieben. Wir haben die Kredite bewilligt, weil wir nicht nur internationale Sozialisten, sondern auch Deutsche sind, weil wir als Deutsche leben und sterben, komme was da wolle.“

Die „Arbeiterzeitung“ schrieb am 5. August 1914 (liest):

„Das deutsche Volk, das ganze deutsche Volk ohne Ausnahme, ohne Parteiunterschied hat heute den Krieg, den Rußland und Frankreich ihm aufgezwungen, als seinen Krieg angenommen, als den Krieg auf Leben und Tod, als den Krieg um das Dasein der Deutschen, als Volk und Staat. Das ist dieser Krieg, denn er ist der Krieg der Einkreisung, der Krieg, den die Entente, Rußland, Frankreich und England schon seit Jahren vorbereitet haben . . . Auf der Seite der Gegner handelt es sich um Revanche, Machterweiterung, Welthandel, Weltmacht, auf der Seite des deutschen Volkes nur schlicht und einfach um das Leben, das ihm die Nachbarn nicht gönnen wollten.“

So die „Arbeiterzeitung“ am 5. August 1914.

Ich könnte noch Adler zitieren usw., das würde aber viel zu weit führen. Ich will aber dieses Kapitel damit schließen, daß ich Ihnen sage, wir sollten uns weniger mit der Frage der Schuld am Kriege befassen (Resel: „Das begreife ich!“), sondern wir sollten uns bemühen, die furchtbaren Kriegsfolgen gemeinsam zu bannen! (Beifall.)

Der Herr Landesrat Resel hat sich dann weiter mit der Frage der „Teno“, der technischen Nothilfe beschäftigt. Es hat diesbezüglich gestern schon der Herr Landeshauptmann ausführlich geantwortet, so daß ich mich jetzt begnügen kann, folgendes nachzutragen: Der Hauptzweck der technischen Nothilfe ist kein anderer, als der, Schäden, die der Allgemeinheit durch Stilllegung von lebenswichtigen Betrieben zugefügt werden, so viel als möglich hintanzuhalten. Jede Beeinflussung des Koalitionsrechtes der Arbeiter liegt der technischen Nothilfe ferne. („Oho“-Rufe.) Man hat der technischen Nothilfe Streikbrecherdienste vorgeworfen, man hat erklärt, sie seien durchwegs Streikbrecher. Meine verehrten Damen und Herren! Wenn die technische Nothilfe eingesetzt wird, so leistet sie Erhaltungsarbeit — ich werde Ihnen das am Beispiele zeigen — im Sinne einer produktiven Leistung und sie tritt nur ein, wenn sämtliche Schlichtungsversuche vollständig fehlgeschlagen haben. Nun hat der Herr Landesrat Resel gestern erklärt, wenn wir es einmal versucht hätten, die Konsequenzen des Einsetzens der technischen Nothilfe könnten wir uns nicht vorstellen. Ich erkläre, daß wir die Nothilfe im Bergarbeiterstreik vom Jahre 1923 ja bereits eingesetzt haben, als die Pumpen nicht bedient wurden und die Gruben und Bergwerke ersäuft worden wären. Wer hat den Nutzen und den Vorteil davon gehabt? Die Arbeiterchaft, weil sie weiter arbeiten konnte, weil sonst die Gruben ersäuft worden wären. Vielleicht interessiert es Sie . . . (Resel: „Die technische Nothilfe hat aus den dortigen Werksbeamten bestanden, und wir haben sie nicht daran verhindert!“) Aus wem sie bestanden hat, das ist ganz gleichgültig. (Resel: „Das ist nicht gleichgültig!“) Wenn es Ihnen wichtig erscheint, wenn Sie einige nach meiner Ansicht maßgebende Urteile hören wollen, so will ich Ihnen drei Fälle anführen. Der eine ist der von Ihnen so sehr verehrte Reichspräsident des deutschen Reiches,

Ebert. Ebert war es, der am Beginne des Jahres 1920 diese Organisation dem „Innern“ angegliedert (Resel: „Im Einvernehmen mit allen Parteien!“) und dafür eine eigene Dienststelle geschaffen hat. Der badische Ministerpräsident, damals ein Sozialdemokrat, Remelé, hat folgendes erklärt, das dürfte sehr wertvoll zu wissen sein (liest): „Ich habe als Minister nicht darnach zu fragen, ob Streiks gerechtfertigt sind, sondern wir haben uns auf den Standpunkt zu stellen, daß bei aller Anerkennung des Koalitions- und Streikrechtes die Arbeiter in diesen lebensnotwendigen Betrieben auf die Lebenserhaltung der Mitmenschen Rücksicht zu nehmen haben. Politischen Streiks kann man sich nicht auf Gnade und Ungnade ergeben, deshalb wurde die „Teno“ organisiert.“ Und der Sozialdemokrat Severing äußert sich im selben Sinne. (Große Unruhe auf der linken Seite des Hauses.) Sie sehen nun, Sie haben es gestern erfahren, daß politische Momente in der „Teno“ nichts zu tun haben, nur lehnt es die „Teno“ ab, wenn sie sich an die Gesamtheit der Bevölkerung wendet, das über die Mariengasse zu tun. (Resel: „Das ist eine sehr billige Ausrede!“)

Es wurde die Landesregierung auch verantwortlich gemacht für die Frage der Arbeitslosen, der Wohnungslosigkeit usw. Sie sehen, wie wenig übrig geblieben ist, was man nicht der Landesregierung vorgeworfen hätte, auch Dinge, die mit der Landesregierung gar nichts zu tun haben, wie ich gleich nachzuweisen in der Lage sein werde. Es war der Herr Abg. Wallisch, der diese Frage angeschnitten hat. Es sind das große wirtschaftliche Zusammenhänge, die ihm offenbar nicht ganz klar sind. Die furchtbare wirtschaftliche Notlage drückt sich nicht nur in Österreich aus, sondern trifft alle mitteleuropäischen Staaten. Wallisch übersieht aber nur eines, er übersieht die Konstruktion der Verwaltung, daß die Frage der Arbeitslosenfürsorge Sache des Bundes ist und er übersieht, daß die Frage der Wohnungslosen Sache des Bundes und der Gemeinden ist. Und sehr verehrter Herr Kollege Wallisch, warum in die Ferne schweifen, wo das Gute so nahe liegt. Neben Ihnen sitzt doch der Herr Bürgermeister Muchitsch der Stadtgemeinde Graz. Dort ist die richtige Adresse, dort können Sie sich mit dieser Frage befassen. Wenn Sie diesbezüglich auf Wien verweisen, so muß ich sagen, daß Wien das als Stadtgemeinde und nicht als Landtag macht, in Wien sind beide Teile vereinigt.

Und nun komme ich zu dem Redner, der mich als Teufel an die Wand gemalt hat. Herr Abg. Gföller hat sich gestern über die Sanierungsfrage geäußert und es wurde heute, gestern und vorgestern grundsätzlich gesprochen über die Saniererei, Seipelei usw. Ich möchte nun an die Herren Sozialdemokraten nur die Frage richten, wo in den schwersten Stunden Österreichs, im Sommer des Jahres 1922, als die Nachbarn sich rüsteten, um unser Land zu besetzen, als die Krone herunter sank, wo die Herren Sozialdemokraten damals waren? (Resel: „Wir waren ja ohnedies da! Das Projekt Seipel ist vom Dr. Bauer, wenn man fragen sollte!“) Darin kommt eben das Doppelspiel zum Ausdruck, das ist ausgezeichnet. Ich möchte Ihnen

folgendes sagen, wenn Sie heute gegen das Sanierungsprogramm in den breitesten Volksschichten und überall fortwährend heßen und schimpfen, dann muß man sagen, Sie wären stark genug gewesen, das Sanierungsprogramm und seine Annahme im Parlament zu verhindern. (Beifall. — Resel: Der Herr Landeshauptmann soll sagen, was der Bundeskanzler damals für eine Rede gehalten hat!) Darum aber, meine Herren, war Ihnen nicht zu tun, sondern es war Ihnen politisch und taktisch darum zu tun, zwar nicht die Verantwortung für dieses Werk zu tragen (Resel: „Das ist nicht wahr, das kann ich Ihnen sofort beweisen!“), aber auf der anderen Seite draußen die Möglichkeit zu haben, dagegen Stellung zu nehmen.

Nun der nächste Punkt, — weil ein sozialdemokratischer Redner gesagt hat, das mir kaum 60 Minuten zur Verfügung stehen — das wäre die Frage der Personalkommission, um mich gleich mit Herrn Abg. Oberleutnant Rosenwirth zu beschäftigen, der heute in diesem hohen Hause seine Jungfernrede gehalten hat. (Heiterkeit. — Wallisch: „Sie lachen, die haben sie noch nicht einmal gehalten!“) Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen unterscheiden, zwischen Personalkommission und zwischen der freien Gewerkschaft. Die Personalkommission ist eine im Gesetz festgelegte Sache, die freie Gewerkschaft ist nichts anderes, als ein privater Verein. Bis hierher gehen Herr Rosenwirth und wir im gleichen Gleise. Ursprünglich waren die Vorstände beider Körperschaften vom Dienste enthoben. Es ist nun mit dem Sanierungsprogramm unvereinbar, daß, wie der Herr Abg. Rosenwirth selbst ausgeführt hat, die Leute die vollen Bezüge erhalten, von ihrem Dienstposten enthoben sind und sich nur mit Vereinsangelegenheiten beschäftigen. Es ist daher selbstverständlich, daß daraufhin eine entsprechende Verordnung hinausgegangen ist, daß die Leute sofort einzurücken haben. Das Wirken der Gewerkschaften hier aufzuzeigen, würde zu weit führen, da sind wir verschiedener Ansicht. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß die Versuche der Sozialdemokraten, die Gendarmeriegewerkschaft zu einer roten zu stempeln, dazu geführt haben, daß das Vertrauen zu diesen Gewerkschaften erschüttert wurde und selbstverständlich die Tätigkeit der Gewerkschaften, die sie im ersten Jahre entfaltet haben, vollständig zerstörend und zermürend auf den Geist der Gendarmerie gewirkt hat. Wenn Ihnen das nicht paßt, Herr Rosenwirth, so werde ich mich der Mühe unterziehen und Ihnen einen Zeugen anführen, der Ihnen zweifellos objektiv genug erscheint und das ist Dr. Gamp, der frühere Gendarmeriezentralkommandant, der jetzt in Pension ist, der sich aber Ihrer besonderen Sympathie in Wien erfreut hat. Dr. Gamp hat einen Aufruf an die Gendarmerie erlassen, den vorzulesen zu weit führen würde, aber Sie können daraus die Lehren ziehen, die ich Ihnen heute schon aufgezeigt habe, ich bin bereit, Ihnen den Erlaß zur Verfügung zu stellen. Das nebenbei. Wie die Sache so weit war, hat es sich lediglich um die Funktion der Personalvertretung gehandelt. Die Sache steht in den Vertretungen so: Der § 4, der

von der Interessenvertretung handelt, sagt, daß den Mitgliedern der Arbeitsausschüsse der Personalvertretungen eine derartige Dienstesverwendung zuzuweisen ist, daß sie ihren Aufgaben nachkommen können und daß sie auf die Dauer ihrer Funktion in Stabsstationen einzuteilen sind. Eine Dienstesenthebung ist nirgends vorgesehen. Diesem § 4 wurde vollkommen entsprochen. Es sind auch beide maßgebenden Persönlichkeiten zum Bahngendarmeriekommando in Graz einberufen worden und stehen jetzt nur jeden zweiten Tag im Dienste. Man ist aber noch weiter gegangen, und zwar so weit, daß die Herrschaften innerhalb 48 Stunden nur 8 Stunden Dienst machen. Man ist mit der dienstfreien Zeit in der benevolentesten Weise vorgegangen, bis man gefunden hat, daß damit Mißbrauch getrieben wird. Einer der Herren ist unter dem Titel der dienstfreien Zeit, die ihm nur als Mitglied der Personalkommission zusteht, zu einer freigewerkschaftlichen Versammlung nach Kapfenberg gefahren. Die „ungeheuren“ Ulgenden und Funktionen der Personalkommission sind derart, daß sie bis Ende März im ganzen 70 Exhibitnummern hatte; Sie können sich da leicht ausrechnen, daß nicht einmal auf jeden Tag ein Brief kommt. Die Gründe, warum mit einer solchen Hartnäckigkeit um diese Frage gekämpft wird, sind ganz kurz angegeben folgende:

Man versucht auf diesem Umwege die Leute für die Gewerkschaft zu gewinnen und für deren Wirken freizubekommen. Es ist ein großer Unterschied zwischen dem Wirken der verschiedenen Gewerkschaften. Aber gerade in der Gendarmeriegewerkschaft hat man versucht, sie zu einer roten zu stempeln, um die Leute hineinzupressen. Die Konsequenz sehen Sie daraus, daß hunderte von Gendarmen ausgetreten sind und gesagt haben, sie wollen keine Politik innerhalb des Gendarmeriekorps. (Beifall.) Ansonsten, meine Herren, wurde vom Gendarmeriekommandanten in der entgegenkommendsten Weise vorgegangen. Der Landes-Gendarmeriedirektor Thienel ist gewiß eine objektive, allseits geachtete Persönlichkeit, und es soll mir ein Fall aufgezeigt werden, wo dem Ersuchen der Personalkommission im Sinne des Gesetzes und im Rahmen des Gesetzes nicht entsprochen worden wäre. Das wird Ihnen nicht möglich sein. (Rosenwirth: „Ragoßnigg!“) Wenn Sie wollen, können wir auch über den Fall Ragoßnigg sprechen. Sie haben nun dem Herrn Landeshauptmann vorgeworfen, die Nichtbehandlung des Falles Wurzinger. Meine Herren, was hat Wurzinger verbrochen? Er hat sich, wie Sie angeben, als Monarchist bekannt und wurde daraufhin von Ihnen die Disziplinaruntersuchung verlangt und diese wurde nicht eingeleitet, dies ist Ihre Behauptung. Demgegenüber stelle ich folgendes fest: Revierinspektor Wurzinger hat an die Redaktion des „Republikanischen Schußes“, an keine amtliche Stelle, sondern privat an die Redaktion folgendes geschrieben, — dabei muß man betonen, daß der „Republikanische Schuß“ den Herrn Wurzinger schwer angegriffen hat, er hat sich beleidigt gefühlt — darauf hat er folgendes geschrieben (liest): „Jedenfalls bin ich lieber der vom „Republikanischen Schuß“ als Monarchist gebrandmarkte Revier-

inspektor Wurzinger, als der vom republikanischen Gerichtshof amtlich bestätigte Schuß Doktor Deutsch.“

(Zwischenruf: „Ich bitte, den ganzen Brief zu verlesen!“ — Rujchak: „Ist das nicht Gemeinheit genug?“ — Lebhaftige Unruhe.) Meine Herren! Daraufhin wurde von Ihnen die Disziplinaruntersuchung verlangt. Der Herr Landeshauptmann hat dieselbe zugesagt und nun ist es und das scheinen Sie nicht zu wissen, Herr Rosenwirth, zum normalen Vorgang gekommen. Nach den Bestimmungen sind, bevor die Untersuchung eingeleitet wird, Vorerhebungen notwendig. Diese wurden gepflogen, das heißt, es wurde der Auftrag vom Herrn Landeshauptmann zur Disziplinaruntersuchung gegeben und vom Bundeskanzler Seipel auch, glaube ich. Die amtlichen Organe haben Vorerhebungen gepflogen und im Laufe der Vorerhebungen, damit hat der Herr Landeshauptmann nichts mehr zu tun, ist festgestellt worden, daß, nachdem es sich um eine private Angelegenheit gehandelt hat, kein Grund für eine Disziplinaruntersuchung orliege. Die betreffenden Leute wurden durch eine Ordnungsstrafe in Form einer Rüge bestraft. (Rosenwirth: „Wehe, wenn einer von uns so etwas machen würde!“)

Nun, meine sehr verehrten Anwesenden, hat Herr Landesrat Kessel vom Spitzeldienst gesprochen. Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen hat schon darauf geantwortet. Ich habe den Eindruck, daß Sie einen ganz ausgedehnten Spitzeldienst sich zurechtgelegt haben (Zwischenruf: „Aber nicht von Amts wegen!“), denn sonst könnten Sie so viele Detaildinge nicht wissen, aber ich mache Sie aufmerksam, daß dieser nicht gut funktioniert. Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch betonen, daß ich mich mit dem Herrn Abg. Rosenwirth in dem Sinne noch beschäftigen muß, als ich ihm empfehlen würde, ich habe ihm keine Belehrungen und keine Vorschriften zu geben, ich würde ihm das nur empfehlen, sich doch etwas mit den Verfassungsgesetzen zu beschäftigen, damit er den essentiellen Unterschied zwischen den Funktionen der unmittelbaren Bundesverwaltung, der mittelbaren Bundesverwaltung und der autonomen Landesverwaltung einigermaßen kennen lernt. Wenn er das getan hätte, dann wäre es niemals daraufgekommen, den Finanzreferenten oder den Herren Landeshauptmann für Dinge verantwortlich zu machen, die nicht in die Kompetenz dieser Herren fallen. Das wollen Sie gütigst zur Kenntnis nehmen.

Nun, meine Herren, da ich mich mit dem Herrn Abg. Wallisch etwas beschäftigen muß, so möchte ich kurz folgendes sagen:

Er hat im Laufe seiner ersten Ausführungen plötzlich sein Herz für die Kleinbauern und die Reuschler entdeckt. Ich möchte Ihnen da, falls Sie es nicht gelesen haben, zur Kenntnis bringen, daß sich mit diesem interessanten Thema der „Kampf“ sehr intensiv beschäftigt hat. Abg. Gsöller hat erklärt, wir können uns unter der Bewegung vorstellen, was wir wollen. Der „Kampf“ hat erklärt, daß das Industrieproletariat, das Proletariat der Städte zu schwach sei und daher das Proletariat in den Dörfern, die Kleinbauern und die Dienstboten, auf den Gutshöfen, Forsten, zur Hilfe

kommen müßten, um die politische Macht zu erobern. Das können Sie im „Kampf“ ruhig lesen. Damit ist die Antwort gegeben. (Wallisch: „Das glaube ich!“) Es freut mich sehr, daß Sie wenigstens das glauben, was im „Kampf“ steht, Herr Wallisch. (Pichler: „Was Sie sagen, das glauben wir ohnedies nicht!“) Nun, meine Herren, wird im „Kampf“ das Programm angeführt, in welcher Art und Weise dieser Weg erreicht wird, dort heißt es: „Einführung des Betriebsrätegesetzes für die Landwirtschaft, die 48stündige Arbeitswoche, die 10stündige Arbeitszeit zur Ernte, die 36stündige Sonntagsruhe, bezahlte Urlaube, Überstundenentlohnung usw.“ Ich will Ihnen bei dieser Gelegenheit etwas sagen. Es ist das selbe Spiel, das wir überall sehen, das Emportreiben der Produktionskosten durch die Sozialdemokraten bis ins Unendliche. Dadurch versucht man nun, die Bediensteten in den Betrieben zu gewinnen, gewinnt sie auch, soweit sie kurzfristig sind, was aber sind die Folgen? Der Untergang der Betriebe und Beamten, der Untergang der Arbeiterschaft. Das nennen Sie dann soziale Revolution oder sonst irgendwie. (Beifall. — Zwischenruf Pichler.) Herr Bürgermeister Pichler, Sie übersehen, daß die Sozialdemokraten dort, wo sie den Mut und die Möglichkeit gehabt haben, ihr Programm vollständig durchzuführen, umgeworfen haben, siehe Rußland (Oho-Rufe!) und Ungarn, daß sie dort, wo sie in der Regierungsmehrheit sind und sich bemühen, etwas zu schaffen, zum Ende vom Liede kommen, daß es leichter ist, zu revolutionieren, als zu regieren, siehe England. Herr Landesrat Resel hat schließlich und endlich seine Ausführungen in folgender Form geschlossen: Er hat erklärt, wenn es nicht anders wird, tun wir nicht mehr mit, das lassen wir uns nicht mehr gefallen. Auf der anderen Seite erklärt Landesrat Resel, sie sind loyal bereit, ihre Arbeitskraft uns zur Verfügung zu stellen. Auf den ersten Punkt kann ich selbstverständlich nicht eingehen, denn Drohungen muß ich ebenso ablehnen, wie es auch Landesrat Resel mit Recht tun würde. Wir können darauf nicht eingehen. Sie sprechen aber in den Landtagsitzungen und insbesondere auch im heutigen „Arbeiterwille“ fortwährend von der christlichsozialen Landesregierung. Meine Herren von der sozialdemokratischen Seite, Sie sitzen doch selbst mit einer beträchtlichen Stärke, nämlich vier Mann hoch, in der Landesregierung. Das ist das eine und dann möchte ich Sie noch auf folgendes aufmerksam machen: Bisher haben Sie sich lediglich als scharfe Oppositionsredner in der Budgetdebatte geführt. Meine Herren, auf die Dauer wird es die Bevölkerung draußen nicht verstehen, daß Sie gleichzeitig in der Regierung sitzen und auf der anderen Seite Opposition betreiben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen auf Seite der Christlichsozialen.) Ich meine, meine Herren, Sie werden sich endlich einmal entschließen müssen, entweder das eine zu sein oder das andere. Also bitte, entscheiden Sie sich. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte weiters sämtliche Regierungsmitglieder als Zeugen anführen und feststellen, daß in den ganzen Regierungssitzungen seit den letzten Wahlen noch niemals ein so heftiger, energischer Ton geführt wurde,

wie vom Landesrat Resel in seinen ersten Ausführungen hier im offenen Hause. (Resel: „Wir können viel heftiger werden auch in der Landesregierung!“) Wir bitten Sie, legen Sie dasselbe Maß loyalen Wirkens in der Landesregierung an wie hier im offenen Hause und spielen Sie nicht hier den wilden Mann, der auf den Sessel haut.

Meine Herren, damit komme ich zum Schluß, Sie haben an der Landesregierung beziehungsweise an dem Herrn Landeshauptmann Dr. Rintelen und an mir grundsätzlich kein gutes Haar gelassen. (Köstler: „Weil wir keines finden!“) Ich will Ihnen aber etwas sagen: Sie wissen uns sehr wohl zu finden, wenn die schwersten wirtschaftlichen Lohnkämpfe, Streiks beizulegen sind. (Beifall bei den Christlichsozialen. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Resel: „Das geht Sie überhaupt nichts an!“) In diesen schweren Momenten sind wir so und so oft eingesprungen — ich verweise auf den Metallarbeiterstreik — und unsere Vorschläge sind akzeptiert worden. (Pichler: „Da hat wohl der Landesrat Machold am meisten mitgearbeitet!“) Ferner möchte ich sagen, daß ich es des Ansehens des Landtages nicht entsprechend halte, wenn in den Reden, die gehalten werden, Ausdrücke, wie Lügner, Gemeinheit, Schieber, Schuft usw. vorkommen. (Wallisch: „Schieber, das geht Ihnen nahe!“) Es dient nicht zur Hebung des Niveaus einer Volksvertretung. Ich muß auch dagegen Stellung nehmen, ob es sich um Sozialdemokraten oder Christlichsoziale oder Bauernbündler oder Parteiloze handelt, daß hier im hohen Hause über Auswärtige, die nicht dem Landtage angehören, in so vernichtender Weise abgeurteilt werde, ohne daß die Leute die entsprechende Satisfaktion sich holen können. (Beifall. — Resel: „Meinen Sie den Erös? Uns ist niemand bekannt, der angegriffen wurde!“) So möchte ich zum Schluß Ihnen nur das eine sagen, die Bauern sind Schicksalsgenossen der industriellen und städtischen Bevölkerung. Ich will damit sagen, daß wir alle zusammenleben und leben müssen. Sie haben in der ganzen Budgetdebatte das Trennende gesucht, vielleicht ändern Sie Ihre Taktik, daß Sie in Zukunft das Einigende suchen, vielleicht nicht nur im Interesse der Kreise, deren Mitglieder Sie sind, sondern auch im Interesse des gesamten steirischen Volkes. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen auf Seite der Mehrheitsparteien.)

Präsident: Es gelangt nunmehr die dringliche Anfrage der Abgeordneten Skamej, Oberzaucher, Leichin, Pichler und Genossen an den Landeshauptmann wegen Änderung der Gemeindegrenzen Eggenberg-Gösting zur Verhandlung.

Zur Begründung derselben erteile ich Herrn Abgeordneten Skamej das Wort.

Skamej: Hohes Haus! Am 27. April hat sich der Tag geöhrt, an welchem ich im Auftrage des sozialdemokratischen Klubs an den Herrn Landeshauptmann die Anfrage gerichtet habe, ob er bereit ist, dem hohen Hause Mitteilung zu machen, über die ganz ungebührlich lange Verzögerung einer Eingabe über eine Grenzregulierung zwischen den Gemeinden Eggenberg

und Gösting. Ich muß mich zurückerinnern — das stenographische Protokoll gibt darüber Aufschluß — daß ich mich bei meiner Anfrage darauf berufen konnte, daß der Landesrat Dr. Hübler unmittelbar vor meiner Rede wiederholt darauf verwiesen hat, daß die Verwaltungsbeamten bei ihren Ämtern sich vielfach von politischen Gesichtspunkten leiten lassen. Merkwürdigerweise muß ich mich heute auf die ganz gleichen Ausführungen berufen. Auch gestern hat Landesrat Dr. Hübler darauf hingewiesen, daß es dringend notwendig ist, die Politik aus dem Verwaltungsapparat zu beseitigen. Ich zitiere nicht gerne Ausführungen, die von einem Mitgliede einer Partei herrühren, die ihre Überzeugung, ihr Prinzip so nach Bedarf wechselt, Ausführungen von Leuten, die vorgestern noch energischste Judenfreßer waren und den nächsten Tag darauf als Schützlinge von solchen auftreten, und wohl nicht mehr darauf rechnen können, daß man ihre Ausführungen ernst nimmt. Wenn ich in dem Ton spreche, wie vor einiger Zeit der Landeshauptmann die Ausführungen der Kollegin Tausk beantwortet hat, ist es so, die Herren haben sich bewogen gefühlt, die Verkündigungen des Herrn Landeshauptmannes in Bezug auf die Aufnahme des Juden Erös in die Gemeinde St. Kathrein a. Hauenstein zu verteidigen. Ich muß daher schon sagen, daß man auf Zitate aus solchem Munde schwer mehr zurückkommen kann. Ich komme also zur eigentlichen Interpellation, wie ich sie am 27. April 1923 eingebracht habe. Ihr Inhalt war, daß eine Anzahl von Eggenbergern, die an der Nordgrenze der Gemeinde wohnen und zur Glasfabrik Gösting gehören, an die Gemeinde Gösting herangetreten sind und gebeten haben, sich dafür zu verwenden, daß die Gemeinde Eggenberg zustimmt, daß dieser Teil der Gemeinde Eggenberg — es betrifft die Glasfabrik mit einigen Wohnhäusern — von der Gemeinde Eggenberg abgetrennt und zur Gemeinde Gösting angegliedert werde. Der Grund dieses Bestrebens war, weil, wie ich schon sagte, diese vollständig auf der Grenze der Gemeinde Eggenberg wohnen und zur Gemeinde Gösting einen weit kürzeren Weg haben, um ihre Geschäfte zu besorgen, als nach Eggenberg. Aber auch in Betreff der Schulkinder ist dieser Grund maßgebend, um die Abtrennung zu ersuchen, weil die Schulkinder einen $\frac{3}{4}$ Stunden langen Weg machen müssen, bei der Göstinger Schule vorbei, um zur Eggenberger Schule zu gelangen. Das waren und sind die Gründe, warum sich diese Bewohner von Eggenberg bewogen sehen, anzufuchen, zur Gemeinde Gösting zu kommen. Nichts anderes. Es haben auch alle Körperschaften, die damit etwas zu tun haben, die Gründe dieses Bevölkerungsteiles eingesehen. Ausgegangen ist dieser Schritt weder von der Gemeinde Gösting noch von der Gemeinde Eggenberg, sondern von den Personen, die dort wohnen und die diese Schwierigkeiten auf sich zu nehmen gehabt haben. Die Gemeinde Gösting hat darauf, wie die betreffenden Personen vorstellig geworden sind, sich an die Gemeinde Eggenberg gewendet und die Gemeinde Eggenberg hat eine Eingabe gemacht, ob man bereit wäre, diesen Teil an Gösting abzutreten. Das war in der Sitzung am 23. März

1922. Am 7. April 1922 hat dann die Gemeinde Eggenberg beschlossen, mit Rücksicht auf diese wirtschaftlichen Gründe, die sowohl die Gemeinde Gösting, als auch die Bevölkerung angeführt hatten, dieser Abtrennung zuzustimmen. Am 15. Mai 1922 hat sich mit dieser Frage der Verwaltungsausschuß des Bezirkes Umgebung Graz befaßt und hat den einstimmigen Beschluß gefaßt, dieser Abtrennung und Grenzregulierung zuzustimmen. Ich bemerke, daß der Bezirksverwaltungsausschuß nicht sozialdemokratisch ist. Es sind unter 12 Mitgliedern nur 4 Sozialdemokraten, von denen bei dieser Sitzung noch einer gefehlt hat. Obmann des Ausschusses ist ein Christlichsozialer. Es darf daher behauptet werden, daß, wenn der Verwaltungsausschuß diesem Beschlusse zustimmt, er sich lediglich nur von wirtschaftlichen Gründen und nicht politischen hat leiten lassen. Am 25. Mai 1922 hat die Landesregierung (Burg) diese Entscheidung des Verwaltungsausschusses empfangen und am 27. April 1923 war ich gezwungen, im hohen Hause an den Landeshauptmann die Anfrage zu richten, warum die Angelegenheit nicht endlich eine Erledigung findet, ganz einerlei, ob die Landesregierung Burg der Meinung ist, diesen Wunsch der Bevölkerung ablehnen zu müssen, oder meint, daß die Begründung stichhältig genug ist und der Abtrennung zustimmt, aber eine Entscheidung soll getroffen werden. Entschieden muß es werden. Ich muß an der Objektivität dieser Stelle zweifeln, wenn man einen solchen Gegenstand jahrelang liegen läßt, die Beschlüsse zweier Gemeinden desavouiert und ihnen nicht Rechnung trägt. Aber das allein war es nicht. Der Landeshauptmann hat am 27. April 1923 laut stenographischem Protokolle zugestanden, daß die Sache ziemlich alt ist und ziemlich lang in der Burg liegt, daß aber Erhebungen notwendig seien, die unbedingt früher erledigt werden müssen. Es war ein Jahr, seitdem die Angelegenheit in der Burg anhängig war. Mittlerweile ist wieder ein volles Jahr vergangen und die Angelegenheit ist nicht erledigt worden, da muß man fragen, ist diese Landesregierung so freiheitlich und so gerechtigkeitsliebend wie der Landeshauptmann das geschildert und vorgetragen hat? Ist es richtig, daß unbeeinflusst von persönlichen und anderen Fragen zur Rechtsprechung geschritten wird? In diesem Falle muß ich sagen: ist es nicht wahr. Wenn eine Entscheidung getroffen worden wäre, so hätte die Entscheidung begründet werden müssen. Nachdem eine Entscheidung nicht erfolgt ist, so müssen Motive vorliegen, die man öffentlich nicht mitteilt, daß man die Angelegenheit verschleppt und eine Ausstragung systematisch unterbindet. Es ist mir nicht unbekannt, welche Kräfte mitwirken, um diese Entscheidung zu hintertreiben. Das ist der bekannte Herr Pistor, der Präsident der Hausbesitzer, welcher fortgesetzt bei der Burg gegen diese Abtrennung Einspruch erhebt. Der Grund seiner Bemühungen ist, daß Pistor in Gösting wohnt und rechnet, daß er heute oder morgen Bürgermeister wird. Wenn nun die paar Häuser, wo die Glasarbeiter wohnen, dazukommen, hat er um 30 bis 40 Stimmen weniger, beziehungsweise Arbeiterstimmen dort mehr. Sie können überzeugt sein, daß das, was ich sage, richtig ist, und da er keinen Einfluß hat,

steckt er sich hinter andere. Vielleicht ist der Herr Landeshauptmann in der Lage, meine Annahme zu widerlegen, vielleicht wird er wieder sagen, daß die Sache verschoben und dann ehestens durchgeführt wird. Aber ich meine, unsere heutige und gestrige Debatte muß Ihnen den Beweis liefern, daß wir nicht gesonnen sind, uns fortgesetzt mit so faden Abspeisungen zufrieden zu geben. Ich muß bemerken, daß die beiden Gemeinden sozialdemokratische Mehrheiten haben, in Eggenberg ist natürlich nichts zu holen für die Herren Pistor-Anhänger (Wagner: „Wird schon werden!“), das werden wir schon aushalten, wenn man Eggenberg um einige Stimmen schmälert, das ändert gar nichts an der Zusammensetzung der Gemeindevertretung, anders ist aber die Sache in Güssing. Dort ist wohl auch eine sozialdemokratische Mehrheit vorhanden, die könnte aber gefestigt und verstärkt werden und das fürchten die Herren Pistorianer und von diesem Moment läßt sich scheinbar auch die Landesregierung (Burg) beeinflussen, und wenn es anders ist, wird es mich nur freuen, aber nach dem Verlaufe der Verhandlung dieser Angelegenheit wird es schwer möglich sein, das Gegenteil zu beweisen. Zwei Jahre lang läßt man einen Gegenstand, der zwei so große Gemeinden betrifft, nicht ohne Grund liegen. Es muß schon ein Grund vorhanden sein, den man aber nicht sagen will. Nun wäre es nicht notwendig gewesen, so lange zu warten und es ist nach unserer Anschauung höchste Zeit, und die sozialdemokratische Partei hat es ja veranlaßt, daß dieser Gegenstand auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gestellt wurde, daß diese Angelegenheit der Erledigung zugeführt werde. Wir lassen uns das weiter nicht bieten, daß Gemeindevertretungen in einer solchen Art behandelt werden und ich werde Ihnen noch einige Sachen im Laufe der Debatte aufzeigen, daß die Behandlung der Gemeinden eine solche ist, die man sich nicht gefallen zu lassen braucht. Die Gemeinde Eggenberg mit 16.000 Einwohnern, die zweitgrößte Gemeinde außer Graz, muß es sich bieten lassen, daß ein Ansuchen jahrelang in der Burg liegen bleibt, ohne daß es erledigt wird. Ich muß daher neuerlich an den Herrn Landeshauptmann die dringliche Anfrage richten, ob er bereit ist, dem hohen Hause bekanntzugeben, warum er das in der Sitzung des steiermärkischen Landtages vom 27. April gegebene Versprechen, die Angelegenheit zu beschleunigen, nicht gehalten hat. Ich muß doch annehmen, daß der Herr Landeshauptmann das, was hier gesprochen wird, sich vormerkt und wenn trotzdem ein ganzes Jahr nichts gemacht wurde, so hat er entweder die pflichtgemäße Obsorge, die Verwaltung des Landes zu übersehen, außer acht gelassen oder hat es absichtlich nicht gemacht. Ferner, ist der Herr Landeshauptmann bereit, seinen Widerstand gegen die Grenzregulierung Eggenberg—Güssing aufzugeben und für die unverzügliche Erledigung im Sinne des seinerzeitigen Ansuchens Sorge zu tragen?

Präsident: Zur Beantwortung dieser Anfrage hat sich der Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen zum Worte gemeldet.

Dr. Rintelen: Hohes Haus! Ursprünglich hat die Angelegenheit der Grenzänderung der Gemeinden

Eggenberg und Güssing tatsächlich den Eindruck gemacht, daß sie sich nur auf wirtschaftliche Momente stützt, die sich in einfacher Form und leicht erledigen läßt, obwohl nun ein Beschluß der Landesregierung vorliegt, daß Änderungen von Gemeindegebieten nicht platzgreifen sollen, ins solange die bevorstehende Neuordnung des Gemeindefwesens nicht erfolgt ist. Da das Ansuchen ursprünglich auf wesentlich wirtschaftliche Gründe gestützt war, hatte man erwartet, daß die Sache sehr leicht zu erledigen sein würde und von dieser Auffassung bin ich bei meiner seinerzeitigen Interpellationsbeantwortung ausgegangen. Nun hat sich aber eine Schwierigkeit daraus ergeben, daß von einer Minorität in Güssing, und zwar mit Argumenten, welche stichhältig erscheinen, behauptet worden ist, daß nicht wirtschaftliche Momente sind, die hier ausschlaggebend sein sollen, sondern sehr gewichtige politische Momente hier mitspielen, indem sich darauf gestützt wird, daß in Eggenberg eine absolut sichere und verlässliche sozialdemokratische Majorität vorhanden ist, während für die Gemeinde Güssing diese Grenzänderung das Zünglein an der Waage wäre, daß dort bei den Gemeinderatswahlen die sozialdemokratische Partei durchdringe. (Stametz: „Was geht das die Landesregierung an?“) Das werde ich sofort bemerken. In diesem Momente war die Angelegenheit nicht mehr rein wirtschaftlich, sondern politisch und es wurde infolgedessen der Beschluß gefaßt, um nicht die Sache selbst zu entscheiden, dieselbe jener Stelle, von der sie ausgegangen ist, Änderungen in Gemeindegebieten dormalen überhaupt nicht zuzulassen, neuerlich zur Entscheidung vorzulegen. Wenn der Fall nicht einfach liegt und eine Partei sich dagegen wehrt, ob mit Recht oder Unrecht läßt sich nicht entscheiden, so bin ich der Meinung, jene Stelle, die den Grundsatz ausgesprochen hat, neuerlich zu befragen, und dazu halte ich mich für verpflichtet. Eine gewisse Verzögerung ist leider tatsächlich durch die Erkrankung des Referenten, welche mehrere Monate dauerte, eingetreten. Ich gebe aber die Zusage, daß ich diese Angelegenheit der nächsten Sitzung der Landesregierung (Landhaus) zur Entscheidung vorlegen werde.

Präsident: Hiemit ist dieser Punkt erledigt. Die Fortsetzung der Sitzung des hohen Hauses findet Freitag, den 2. Mai, um 3 Uhr nachmittags, statt.

(Die Sitzung wird am 30. April, um 2 Uhr 30 Minuten nachmittags, unterbrochen und vom Präsidenten Regner am 2. Mai, um 3 Uhr 15 Minuten nachmittags, wieder aufgenommen.)

Präsident: Ich nehme die Sitzung wieder auf.

Eingebracht wurden zwei dringliche Anfragen, und zwar:

dringliche Anfrage der Abg. Dr. Oberegger und Genossen an den Landeshauptmann, betreffend die Mehrleistungen der Mittelschullehrer, und

dringliche Anfrage der Abg. Oberzaucher, Kessel, Rosenwirth, Neumann und Genossen an den Landeshauptmann wegen Beeinflussung von Bundesbeamten in dienstlichen Angelegenheiten.

Ich werde beide Anfragen im Laufe der Sitzung zur Verhandlung bringen.

Wir schreiten nunmehr in der Beratung des Landesvoranschlages für 1924 weiter.

Zum Worte gelangt Herr Abg. **Stameg**.

Stameg: Hohes Haus! In der Debatte über den in Beratung stehenden Voranschlag wurde von Seite meiner Klubgenossen eine solche Menge von begründeten Beschwerden, über die Art, wie die christlich-soziale Regierungsmehrheit, insbesondere aber der Herr Landeshauptmann als unmittelbarer Vertreter des Bundes, seine Obliegenheiten erledigt, vorgebracht, daß man staunen muß, daß den Mitgliedern des sozialdemokratischen Klubs, als der zweitstärksten Partei dieses hohen Hauses, nicht schon längst die Geduld ausgegangen ist und zu Mitteln gegriffen hat, welche der Regierung sicher nicht angenehm gewesen wären.

Hohes Haus! Soweit es sich um Gemeindeangelegenheiten handelt, muß immer wieder konstatiert werden, daß mit zweierlei Maß gemessen wird, und zwar je nach dem eine Gemeinde von einer sozialdemokratischen oder von einer bürgerlichen Mehrheit verwaltet wird. Eine große Anzahl von Fällen wurde bereits vorgebracht, welche dies beweisen, womit das Material jedoch noch lange nicht erschöpft ist. Auch ich will noch auf einen sehr krassen Fall zu sprechen kommen. Besonders jenen Gemeinden werden Schwierigkeiten bereitet, welche soziale Einrichtungen treffen wollen und unter Umständen geneigt wären, auch durch Opfer, der Wohnungsnot, welche uns alle so schwer trifft, einigermaßen zu steuern, jene Gemeinden sind in der Regel Industriegemeinden, und Industriegemeinden haben infolge des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes zum weitaus überwiegenden Teile, wenn nicht überhaupt, sozialdemokratische Gemeindevertretungen. Sie müssen doch sehen, daß die Sozialdemokraten keine so schlechten Verwalter sind, als wie man sie in der Regel hinstellt. Es wurde uns ja sehr häufig vorgeworfen, wir betreiben eine Politik der Negation, nicht eine Politik des Aufbaues und der Arbeit, kurz, wir verstehen nicht, zu verwalten. Die vielen verflossenen Jahre, seit unsere Politik besteht und seit Sozialdemokraten in Verwaltungskörpern tätig sind, haben ja vielfach das Gegenteil bewiesen und haben gezeigt, daß dieselben sehr wohl zu verwalten verstehen, selbst dann, wenn Landesregierung und Bundesregierung diesen Gemeinden nicht grün sind. Ich könnte eine Reihe von solchen Beispielen anführen, wo Industriegemeinden die größten Schwierigkeiten haben, auch nur einigermaßen das zu erreichen, was andere Gemeinden mit Leichtigkeit erreichen. Ich verweise darauf, daß es noch nicht gelungen ist — die Herren, die Mitglieder des hohen Hauses, werden sich sicher erinnern —, eine hohe Umlage für jene Gemeinden bewilligt zu erhalten, die sozial anders denken, die die Aufgaben einer Gemeindeverwaltung etwas anders auffassen als eine Landgemeinde, die hohe Umlagen nicht so notwendig hat. Ich verweise darauf, daß kein Mensch etwas gesagt hat, wie die Umlagen bewilligt worden sind für die Gemeinde Mariazell. Ohne mit den Augen zu zwinkern, haben Sie für die Gemeinde Mariazell 340 Prozent Umlagen bewilligt, man hat jedoch nichts davon gehört, daß die Gemeinde Mariazell einen Schulhausbau oder eine dringende

Notwendigkeit für die Bevölkerung zu befriedigen hat, das waren Verwaltungsnotwendigkeiten, die man dort vorgeschützt hat. Nun hat man aber der Gemeinde Donawitz, die im Begriffe steht, eine Bürgerschule zu bauen, die 300 Prozent Umlagen verweigert, trotzdem der Schulhausbau selbst vom Landes Schulinspektor als notwendig bezeichnet worden ist, trotzdem der Bau bereits begonnen wurde. Schon dieser eine Fall zeigt, daß man es nicht gerne sieht, daß die Gemeinde Donawitz ihre Verpflichtungen, sei es auch nur auf dem Gebiete der Schule, voll und ganz erfüllt. Es hat weiters einen Kampf ausgelöst, als die Gemeinde Bruck um eine Umlagenerhöhung auf 600 Prozent eingekommen ist, obwohl es die Bevölkerung gewünscht hat. Die Bevölkerung hat es gewünscht und der Beschluß ist, Herr Kollege **Hornik**, einstimmig in der Gemeinde gefaßt worden. Es ist schon einmal hier erörtert worden und es ist auch richtig. (**Hornik**: „Es stimmt nicht!“) Ich möchte sagen, daß die Gemeinde Eggenberg Ähnliches vorhat. Es ist dringend notwendig, da wir in der Gemeinde Hunderte von Wohnungsuchenden haben und keine andere Behörde sich auch nur das mindeste darum kümmert, wie die Menschen wohnen, daß Wohnungen geschaffen werden. Die Wohnungsnot bringt die Leute schon zur Verzweiflung. Man könnte auch die Großbanken und Industrien dazu verhalten, für ihre Angestellten Wohnungen zu schaffen, man könnte aber ebenfögt die Gemeinden und das Land dazu verhalten. Schließlich muß jemand Wohnungen bauen, wenn man das arme Volk nicht verkommen lassen will in den Löchern. Wenn nun die Gemeinden darangehen, eine solche Aktion durchzuführen, finden sie nicht nur keine Unterstützung bei der Landesregierung, sondern man sucht das auch noch zu verhindern. Es wäre doch nicht unmöglich, daß das Land in diesem Sinne den Gemeinden unter die Arme greift. Es wäre nicht unmöglich, daß das Land die Mündelsicherheit der für von Gemeinden aufzunehmenden Baukredite garantiert, da es dabei ja gar nichts riskiert. Diese Gemeinden, die sich zum Bauen entschlossen haben, diese Gemeinden haben bedeutende Werte, haben Garantien für diese aufgenommenen Darlehen, aber die Banken befriedigt diese Sicherheit nicht, sondern die wollen die Mündelsicherheit haben und daß das Land die Garantie übernimmt. Eine Reihe von Gemeinden wäre in der Lage, mit einigen Milliarden die Wohnungsnot wenigstens einigermaßen zu bannen. Das Mietengesetz muß außer Kraft gesetzt werden, sagen Sie, dann wird die Wohnungsnot beendet sein, das ist Humbug, das ist nicht wahr. (**Winkler**: „Es gibt doch kein anderes Mittel, Herr Kollege!“) Ich werde Ihnen gleich beweisen, daß es auch ein anderes Mittel gibt, Herr **Winkler**, blicken Sie nach Wien, ich werde Ihnen einen Weg zeigen. Die Eggenberger Gemeinde wäre bereit, zwei Wohnhäuser zu bauen mit zirka 50 Wohnungen. Damit wäre das Schwierigste in der Gemeinde besorgt. Dazu ist ein Kapital von 4 Milliarden Kronen erforderlich. Sie besitzt nun eine Reihe von Häusern, wertvolle Objekte, und auch Grund, dank der sozialdemokratischen Gemeindegewirtschaft, was früher nicht der Fall war. Unsere bürgerlichen Gemeindevertretungen haben daran nicht gedacht, daß wir einmal auch

einen Grund brauchen für irgend welche Zwecke. Die Sozialdemokraten haben das bereits gemacht. Wenn nun die Bevölkerung gefragt wird, ob sie bereit ist, die entsprechenden Umlagen und Zinsen zu tragen, so bin ich überzeugt, es ist das schon einmal geschehen, daß die Leute damit zufrieden sind, auch beitragen zu können, um die Wohnungsnot zu bekämpfen. Es wird natürlich immer einige geben, die damit nicht zufrieden sind, die sagen, das geht mich nichts an, das gebe ich zu. Wenn man aber untersucht, wer das ist, so ist das gewiß einer, der schön im Trockenen sitzt, einen billigen oder gar keinen Zins zahlt und die anderen natürlich draußen in der Not belassen will. Wenn man von diesem Gesichtspunkte ausgeht, dann wird natürlich nichts anderes zu machen sein, als wie ruhig zu warten, bis das von selbst aufhört. Aber ob das christlich ist und von Nächstenliebe zeigt, das ist eine andere Frage. Ich weiß nicht, ob Landesrat Winkler soviel Gelegenheit hat, die Wohnungsnot zu kennen als ich, und da muß ich sagen, in solchen Fällen müssen alle mithelfen, nicht nur die betreffenden, die keine Wohnung haben, sondern auch die andern Kreise, die Wohnungen haben. Wenn wir nun das wollen, wenn die Gemeindevvertretung bereit ist, durch eine erhöhte Umlage den Zinsenausfall hereinzubringen, so daß die Gemeinde in die Lage kommt, zu bauen, dann stehen Zehne auf und sagen, gegen diese Umlage muß protestiert werden, und die Landesregierung sagt auch, das kann man nicht machen. Die Abtrennungsgeschichte von Göffing und Eggenberg ist auch ein solcher Fall. Es wohnen auf diesem Gebiete Sozialdemokraten, deshalb kann man die nicht nach Göffing geben, weil sie sonst dort wieder einen sozialdemokratischen Bürgermeister wählen. Man muß sich fragen, wenn von diesem Gesichtspunkte aus Eingaben behandelt werden, ob man überhaupt dann noch das Interesse hat, hier tätig zu sein, wenn nicht nach Recht und Gesetz solche Fragen behandelt werden, sondern immer dabei gefragt wird, wer hat diese Eingabe gemacht? Dann hört es sich auf, hier mitzuarbeiten. Ich muß sagen, diese Fülle von Klagen, die vorgebracht worden sind, nehmen mich wunder, daß nicht längst schon der Sturm ausgebrochen ist in diesem Hause, um endlich eine gerechte Behandlung der Partei, die wir vertreten, durchzusetzen; so kann nicht regiert werden, daß man sagt, wer ist der, der die Eingabe gemacht hat; ob das Hausherren oder Bauern sind, oder Arbeiter, das ist nicht Sache der Aufsichtsbehörde, sondern ihre Sache ist, gesetzlich zu untersuchen, ob die Abtrennung eine Notwendigkeit ist, und es ist eine Notwendigkeit, das hat die Bezirksvertretung Umgebung Graz, wo wir nicht die Mehrheit haben, festgestellt. Trotzdem bleibt dieser Gegenstand zwei Jahre liegen. Das, meine Herren, möchte ich eigentlich nur als Einleitung gesagt haben. Ich möchte mir aber noch erlauben, auf einige Ausführungen zurückzukommen, die im Laufe der Debatte gemacht worden sind, und zwar möchte ich das so tun, wie Herr Landeshauptmann Dr. Ahrer. Er hat erklärt, er werde jetzt die Herren nach der Reihe vornehmen, die da gesprochen haben. (Wallisch: „Ist aber sehr schlecht ausgefallen!“) Gestatten Sie auch mir diesen Ausdruck. (Wihanp: „Jemanden vornehmen, das ist ein Schulmeisteraus-

druck!“) Ich werde mir auch erlauben, einiges zu erwidern auf die Ausführungen der verschiedenen Herren, ich werde mir die Herren vornehmen, welche das Bestreben gehabt haben ... (Zwischenruf: „Dr. Ahrer ist doch kein Schulmeister!“) Das dürfte ich dann auch tun, denn ich bin auch kein Schulmeister. Ich werde mir also die Herren vornehmen, nicht in dem Tone, aber nach diesem Muster. Ich fange mit dem Herrn Landesrat Prisching an. Er hat im allgemeinen ja sachlich gesprochen, hat Zahlen angeführt usw., hat aber mit einer noblen Geste erklärt, er mache der Bevölkerung, besonders der konsumierenden Bevölkerung, ein Geschenk. Er hat verzichtet auf die Mehlabgabe, auf die Getreideabgabe, auf die 18, beziehungsweise 14 Milliarden Kronen, um der Bevölkerung das Leben zu erleichtern und den Ausfall durch einen Kredit zu decken. Er wird sich schon so durchwinden. Es ist nun einmal so in einem politischen Vertretungskörper. Die Gründe werden in der Regel nicht gesagt zu dieser oder jener Stellungnahme. Landesrat Prisching hat aber nicht gesagt, daß die Sozialdemokraten schon im Finanzausschusse so stark gegen die Einführung einer solchen Steuer Stellung genommen haben, und nicht nur erst heuer, sondern voriges Jahre beim Voranschlage war dieser Gegenstand auch schon auf der Tagesordnung, und ich war im vorigen Jahre Mitglied des Finanzausschusses und kann aus meiner eigenen Erfahrung sagen, daß wir uns sehr energisch gegen diese Steuer gewendet haben, die wiederum den armen Teil der Bevölkerung treffen sollte, in einer Art und Weise, die heute bei dieser Depression der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, wo Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit usw. herrscht, umso verhängnisvoller wirkt, daß es einfach nicht zu verantworten wäre, eine allgemeine Konsumsteuer durch das Land einzuführen. Ich bitte, es wird uns zum Vorwurf gemacht, die Gemeinde Graz habe auch so eine Konsumsteuer. (Schreckenthal: „Da hätten Sie dagegen stimmen müssen!“) Ich habe dagegen gestimmt und Sie haben für die Verzehrungssteuer gestimmt. Ich konstatiere, daß wir Arbeiter hier in der Minorität sind und daß wir keine Ursache haben, gegen die Stadtgemeinde Graz Stellung zu nehmen, wenn ihr die Herren Christlichsozialen eine solche Einnahme zubilligen. Und Graz hat eine bürgerliche Mehrheit. Aber das bedingt durchaus nicht, wenn in Graz diese widerliche Steuer eingehoben wird, muß da der Finanzausschuß veranlaßt sein, daß er hier das gleiche macht und eine solche Steuer für das ganze Land einheben will? In Graz ist das eine uralte Einrichtung, die nicht von den Sozialdemokraten eingeführt wurde, sondern von einer bürgerlichen Regierung, und die nur heute die Sozialdemokraten, soweit solche im Gemeinderate vorhanden sind, nicht instande sind, gegen die bürgerliche Mehrheit abzubauen. Daß man aber die ganze Steiermark mit einer solchen Steuer belasten soll, die nicht mehr wegkommen würde (Schreckenthal: „Die wird ja so nicht eingeführt, die Vorlage ist ja schon zurückgezogen!“) Der Herr Finanzreferent hat sie allerdings zurückgezogen, aber ich möchte hinweisen auf die Vorkommnisse, wie es geschehen ist. Der Herr Landesrat nimmt für sich das Verdienst in Anspruch, aber er hat die Vorlage zurück-

gezogen nicht aus eigenem Streben, sondern auf Grund der sozialdemokratischen Gegnerschaft. (Schreckenthäl: „Wir haben auch dagegen gestimmt!“) Und jetzt schaut die ganze Geschichte so ähnlich aus, wie die Fabel vom Fuchs und den Trauben. Das wollte ich festgestellt haben und mich dagegen wenden, daß man auch im Lande mit einer Konsumsteuer wieder anfängt. Wenn man überall versucht, derartige Steuern auszumerzen, wenn eine solche Steuer derzeit nur mehr in Tirol besteht, so mag sie dort weiterbestehen, dort sind wir nicht in der Lage, sie abzuschaffen. Wir werden aber dafür Sorge tragen, daß eine solche Steuer in Steiermark die Bevölkerung nicht belasten wird, heute nicht und auch nicht später. Diesen Wunsch können wir Sozialdemokraten leider der bürgerlichen Regierung nicht erfüllen, daß wir jemals dafür sein werden, daß eine solche Steuer die wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsschichten, die Arbeiterklasse, allgemein belastet, daß 400 oder 500 Kronen für 1 Kilo Mehl als Landesabgabe eingehoben werden. Damit wird sich der Herr Finanzreferent abfinden müssen, daß von uns jedem solchen Bestreben der heftigste Widerstand entgegengebracht werden wird.

Ich möchte mir nun erlauben, auf die Ausführungen des Herrn Landesrates Dr. Hübler zurückzukommen. Er hat das Bedürfnis gehabt, wieder einmal die ganze Partei der Sozialdemokraten umzubringen, und hat dabei schmächtig Schiffbruch erlitten. Er hat die Sozialdemokraten nicht nur nicht umgebracht, sondern einen neuen Nagel für den eigenen Parteisarg geschmiedet. (Pichler: „Und der Landesrat Prisching hat dazu die letzte Ölung gegeben!“) Herr Dr. Hübler, das war eine sehr ungeschickte Geschichte, Ihre Klubfreunde haben Sie dabei schlecht behandelt, und ich empfehle Ihnen, wenn Sie von einem alten Menschen einen Rat annehmen wollen, ich bin ja schon ziemlich alt, Ihren Betrieb in der Sackstraße zuzusperren. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. — Unverständlicher Zwischenruf Hornik's.) Es sind außer Ihnen ja noch ein paar Herren hier, die Kaufleute sind und die wissen, daß ein dezentralisierter Betrieb nicht rentabel ist. (Zwischenruf: „Besonders bei der Wohnungsnot!“) Und schauen Sie, drüben ist ja das Haus der Harmonie, Sie haben nicht weit hinüber, ich möchte an Ihrer Stelle die Sache nicht lange herumziehen, und diese Räume, die Sie schon so lange den Wohnungsuchenden vorenthalten, einfach diesen überlassen. Damit hätten Sie gewiß eine gute Tat getan. An jeden Gegenstand, der Ihnen in die Hand kommt, suchen Sie sich heute zu klammern wie ein Ertrinkender, aber Sie gleiten doch immer tiefer auf der schiefen Bahn abwärts, auf die Sie sich begeben haben, indem Sie sich als Reinrassiger aufgeschwungen haben zu Verteidigungsreden für die Aufnahme von Ostjuden in den Heimatverband steirischer Landgemeinden. Das war ein sehr unbedachter Schritt, und wenn Sie so fortschreiten, so wird es bald mit Ihrem dezentralisierten Betriebe „Matthäi am letzten“ sein. Es ist wirklich so, die Herren besitzen in der Sackstraße Nr. 17 große Betriebsräume und es ist niemand dafür da. (Zwischenruf: „Auf jeden kommt heute schon ein Raum!“) Man könnte daraus sicher eine ganze Reihe von Wohnungen machen, indem

man Ihre Betriebe zusammenlegt, die Überstellung wird nicht gar so viel kosten. Nun, sehr Geehrte, wir sind keine Antisemiten, aber die Herren von dieser Seite sind ja die Reinrassigen, die dürfen nicht dafür stimmen, daß Ostjuden in christliche Landgemeinden aufgenommen werden. Die dürfen das nicht unterstützen, und darum handelt es sich.

Hohes Haus! Ich möchte auch noch auf die Ausführungen des Herrn Landesrates Winkler einige Worte sagen, der sich sehr warm für den Zoll, nämlich für den Getreidezoll und den Mehlezoll, eingesetzt und darauf hingewiesen hat (Wihany: „Tun Sie doch nicht Ihrem Kollegen Gföller das Konzept verderben!“), für wie wohlthätig er diesen Zoll betrachtet, der im Jahre 1906 geschaffen wurde. Ich weiß nicht, ob der Herr Landesrat Winkler die Wirkungen dieses Zolles an seinem eigenen Leibe ausgekostet hat, ich aber war infolge meines Berufes verpflichtet und berufen, diese Wirkungen genau zu verfolgen und kennen zu lernen. Beweis dessen die Akten in meiner Hand. Ich weiß sehr genau, wie dieser Zolltarif damals gewirkt hat, als der Weizen von K 3·57 auf K 6·30, das Mehl von K 8— auf K 15— gestiegen ist. Ich weiß, wie das gewirkt hat auf die arme Bevölkerung, ich weiß, daß man damals den Weizen noch gekauft hat mit 7 oder 8 K und wie er dann auf einmal auf 14 K hinaufging. (Winkler: „Aber Ihr Kollege Gföller hat doch erklärt, daß der Zoll die umgekehrte Wirkung gehabt hat!“) Das kann er nicht gesagt haben, weil das unbedingt im Zusammenhang mit dem Zoll gebracht werden muß. Aber etwas anderes ist dabei. Diese Politik damals war keine österreichische Politik, sondern das war eine ungarische Politik, das war keine Politik für die österreichischen Bauern, die ist nicht von unserer Landwirtschaft gemacht worden, dieser Zolltarif ist uns aufoktroziert worden von Ungarn. Das werden Sie doch wissen, nicht die Österreicher waren es, die den Nutzen daraus gezogen haben, sondern die ungarischen Magnaten, die es nicht gestatteten, die sehr genau darauf gesehen haben, daß kein serbischer und kein rumänischer Weizen hereingekommen ist, bis sie nicht eine Grundlage dafür gehabt haben, um welchen Preis sie den Weizen abgeben konnten. So war die Geschichte, und der Weizen ist, wie uns bekannt ist, sofort teurer geworden, weil sie den Preis des Mehles um ein Viertel erhöht haben. Nun, sehr werthe Versammlung! (Prisching: „Genossen!“), schließlich, wenn eine solche Zollpolitik der Landwirtschaft helfen würde, dann könnte man noch darüber reden, aber ich habe Hunderte und Hunderte von Stimmen bei der Landwirtschaft vernommen, daß diese nur ganz wenigen einen Vorteil bringt. Den großen Massen der kleinen Landwirte hat dieser Zolltarif keinen Vorteil gebracht, sondern einen Nachteil, weil in gleicher Weise sämtliche Industrieartikel teurer geworden sind, zumal die kleinbäuerliche Bevölkerung nicht nur nichts verkauft, sondern vielfach Getreide und Mehl nachkaufen muß, was während des Krieges besonders zum Ausdruck kam, indem diese Bevölkerungsschichten Brotkarten bekommen mußten. Wir sehen, daß der Zolltarif niemals der bäuerlichen Be-

völkerung nützt. Wollen die Herren wieder einen Zustand herbeiführen, wie wir ihn gehabt haben in der alten Monarchie, wollen Sie wieder den Zucker um das Dreifache teurer zahlen, wie der Zuckerkonsument in der Schweiz und in England. Auf diese Art wäre es zu erreichen. Der Zolltarif hat bewirkt, daß man den Zucker in England um 40 Heller gekauft hat und wir haben 80 Heller dafür bezahlen müssen. Das war die Auswirkung, und zur Zurückkehr zu einem solchen Zustand haben wir in unserem kleinen Österreich sicher keine Ursache. Ich glaube also, daß dieser Wunsch, die Landwirtschaft auf diesem Wege zu retten, ein Wunsch ist, der nicht in Erfüllung gehen kann, selbst wenn der Zoll eingeführt würde. Damit wird der Landwirtschaft nicht geholfen; der Landwirtschaft kann aber geholfen werden, indem man ihr Schulen zur Verfügung stellt, Aufklärungsarbeit leistet und die Leute von ihrer Konservativität etwas herausholt. Ich meine, daß auf diesem Gebiete der Voranschlag ziemlich reichlich vorsieht, im Voranschlage sind große Beträge für landwirtschaftliche Schulen. Vor kurzem war Schulschluß in Glashütten, wo nur ungefähr zwei Häuser droben sind. Sie sehen, überall sind Fortbildungsschulen, Sie sehen, was wir alles gutheißen, denn das ist das Mittel, mit dem man der Landwirtschaft helfen kann. Der Herr Landesrat Winkler wird mir schließlich zugeben, daß ich wohl auch einen Einblick in diese Betriebe habe und weiß, daß noch manches zu bessern ist, wenn auch ein großer Teil der Schäden zurückzuführen ist auf die Lage unserer Betriebe im Alpenland. Das ist wohl wahr, das ist ein großes Hindernis, das bedingt aber durchaus noch nicht, daß die Landwirtschaft nicht auf eine bessere Stufe kommen könnte. Ich meine natürlich nicht allein die Großbauern, sondern auch die kleineren Wirtschaftsbesitzer, alle sollen daran partizipieren. Ich will Sie daran erinnern, wie wir ausgehen haben mit unserer Fleischnot in Österreich. In Triest ist eine Schiffsladung mit Fleisch eingetroffen, und die hat nach der Schweiz geführt werden müssen, weil man sie nach Österreich nicht hereingelassen hat. Das waren die ungarischen Magnaten, die uns gezwungen haben, das Fleisch wieder von Triest wegzubringen, und in der Schweiz ist dann das Fleisch verkauft und gegessen worden. (Schrakenhal: „Die Leute haben damals das Gefrierfleisch nicht gegessen!“) Sie hätten es schon gegessen. Wir haben mit Sehnsucht darauf gewartet, aber es wurde nicht ausgeladen, und zwar aus veterinärpolizeilichen Gründen; es ist aber nicht wahr gewesen, das war nur ein Vorwand, um kleine Betriebe der Landwirtschaft aufzuhelfen, um sie konkurrenz- und existenzfähig zu machen. Aber auf diesem Gebiete, da sind wir nicht zu sprechen, denn wir wissen ja, wir haben nur ein Drittel Eigenproduktion und zwei Drittel müssen eingeführt werden, und diese zwei Drittel werden auch noch zugunsten jener, die ein Drittel aufbringen, so verfeuert. Es ist also ein Trugschluß, und wenn die Produktion so weit steigt, das können wir nicht erwarten, da liegen wir schon am Friedhof. Das wäre genau so, als wenn der Herr Landesrat Winkler das Mietengesetz langsam abbauf. Es werden dann Häuser gebaut und Wohnungen dann zu bekommen sein, wenn die Leute schon am

Zentralfriedhof liegen, und für diese Wirkung müssen wir uns bedanken.

Ich möchte nun mit einigen Worten einen Fall anführen, der mir besonders am Herzen liegt und der auch wieder ein Kapitel ist für die Handhabung der gesetzlichen Vorschriften seitens der Landesregierung. Die Gemeinde Weizelsdorf wurde im Jahre 1913 von der Gemeinde Eggenberg losgetrennt, es wurde eine selbständige Gemeinde Weizelsdorf gebildet. Ich war damals schon in der Gemeindevertretung Eggenberg und ich weiß, daß damals seitens der Landesregierung der Trennung nicht das mindeste Hindernis entgegengestellt worden ist, obwohl ja eigentlich die Gründe ganz dieselben waren, wie sie jetzt vorliegen, nur daß damals auf der entgegengesetzten Seite das sozialdemokratische Eggenberg die Ursache war, daß Weizelsdorf losgetrennt wurde und eine eigene Gemeinde gebildet hat. Es hat sich damals niemand darum gekümmert und auch die Gemeinde Eggenberg hat ja auch zugestimmt, weil wir die Wünsche dieser Herren von Weizelsdorf nicht befriedigen konnten, aber der eigentliche Grund der Lostrennung war der, daß wir in Eggenberg in der Gemeindestube schon erbgeseßen waren, die andern haben uns keine Ruhe gegeben, sie sind ausgezogen, haben sich aber nun eine andere Taktik zurechtgelegt. Die Gemeinde Weizelsdorf ist eingeschult in der Gemeinde Eggenberg und hat als solche ihren Schulerhaltsbeitrag zu leisten. Im Jahre 1922 war der rechnungsmäßige Kostenteil auf Grund der Steuerleistung gesetzlich festgestellt (Ing. Wihan: „Welcher Steuerleistung?“), der Grundsteuer, der Hauszinssteuer, also aller direkten Steuern ohne der Personaleinkommensteuer. (Ing. Wihan: „Einkommensteuer?“) Auch Einkommensteuer! Alles, was direkte Steuer ist, ist als Grundlage zu nehmen. Nun würde im Jahre 1922 auf Grund des Ergebnisses der Schulkosten in Eggenberg und auf Grund der Steuerleistung, deren Ausweis wir von der Steuerbehörde bekommen haben, auf die Gemeinde Weizelsdorf ein Betrag von 42 Millionen Kronen entfallen und auf die Gemeinde Eggenberg einige 70 Millionen Kronen. (Zwischenrufe Ing. Wihan.) Das ist ja nicht Gegenstand meiner Anfrage, das ist etwas ganz anderes. Die Gemeinde Weizelsdorf hat dagegen protestiert, sie kann diese Zahlung nicht leisten, was ich gerne glaube, sie hat ohnedies schon 320 Prozent Umlagen und die Gemeinde Eggenberg richtet es mit 100 Prozent. Die Herren von der bürgerlichen Partei scheinen also keine besonders gute Wirtschaft zu verstehen, sonst müßten sie auch mit einer kleineren Umlage auskommen. Wir arbeiteten nur mit 100 Prozent, und daraus hatte die Gemeinde Eggenberg größere Bedürfnisse zu befriedigen und trotzdem ist sie mit diesen Umlagen ausgekommen und die Gemeinde Weizelsdorf hat bereits im nächsten Jahre 10 Prozent mehr Umlagen und heute um 220 Prozent. Die Gemeinde Weizelsdorf hat also dagegen protestiert, daß die Gemeinde Eggenberg so große Schulkostenbeiträge vorschreibt, sie hat aber nicht versucht, mit uns in Verhandlungen zu treten. Wir wären gewiß ihren Forderungen und Wünschen zugänglich gewesen. Sie ist zur Landesregierung ge-

gangen und hat Protest erhoben in der Meinung und Hoffnung, sie wird den bürgerlichen Herren von Wehelsdorf schon helfen. Nun das konnte die Landesregierung nicht tun, aber sie konnte eines tun, die Sache verschleppen, denn im Jänner 1923 ist die Eingabe gemacht worden und bis heute, das sind 14 Monate, ist noch keine Entscheidung erlossen. Ich war zweimal bei Herrn Landesrat Paul und habe die Sache urgirt, aber bis heute ist eine sachliche Erledigung noch nicht erfolgt. Es ist allerdings eine Zwischenentscheidung erfolgt, und zwar mit der Begründung, es sei im Jahre 1922 im Ortsschulrate ein zweiter Voranschlag erstellt worden und das sei gesetzlich nicht zulässig. Hierauf habe ich geantwortet, daß dies nicht zutrifft, wir sind nämlich von der Finanzlandesdirektion verhalten worden, einen zweiten Voranschlag zu machen, und zwar deshalb, weil damals der große Geldsturz eingetreten war und wir einfach vor dem Nichts gestanden sind, und mußten also den zweiten Voranschlag machen. Trotzdem ist aber bis heute eine Entscheidung nicht erfolgt. Nun, ich habe in den Geseßen nach den Grundlagen nachgeschaut, wieso die Landesregierung eine solche Verfügung treffen kann und bin zur Überzeugung gekommen, daß die Sache die Landesregierung gar nichts angeht, das ist nicht Sache der Landesregierung, sondern Sache der Schulbehörden, darüber zu wachen, wie der Ortsschulrat budgetiert, was er einstellt und was er mit dem Gelde macht. Ich habe nun in diesem Sinne gegen die Entscheidung demonstriert und so ist dann die Mitteilung zurückgekommen, daß dem nicht so ist. Ich habe dann sofort einen Rekurs an die Bundesregierung eingebracht und von der Landesregierung ist dann ein Erlaß heruntergekommen, daß das Bundesministerium nicht zuständig ist, daß die Sache im eigenen Wirkungskreise erledigt wird. Wie schon gesagt, es sind schon 14 Monate, aber eine meritorische Entscheidung ist bisher nicht erlossen. Mittlerweile ist aber auch der Beitrag für 1923 mit 70 Millionen Kronen fällig geworden und in dieser schweren Zeit, in der die Gemeinde Eggenberg diese Ausgaben gemacht hat, sind sie ihr, nachdem $1\frac{1}{2}$ Jahre verstrichen sind, von der Gemeinde Wehelsdorf noch nicht refundiert worden. Was würden Sie sagen, wenn die Gemeinde Eggenberg die Schule für die Kinder, die von Wehelsdorf kommen, zusperren würde? Wir werden das ja nicht machen, aber was würde das für ein Geschrei sein, besonders von den Bürgerlichen über den Terror der Sozialdemokraten, aber darüber, daß die Herren von Wehelsdorf sich von der Zahlung drücken wollen, wird nicht gesprochen und es wird ruhig hingenommen, und die Landesregierung bringt auch keine Entscheidung, so daß uns der weitere Rechtsweg abgeschnitten ist, was wir selbstverständlich als ganz ungesetzlich betrachten. Unter solchen Umständen kommen wir immer wieder zur Überzeugung, daß die Landesregierung nicht nach Recht und Gesetz entscheidet, sondern sich immer fragt, wer ist die verlangende Partei und da kommen natürlich die Sozialdemokraten schlechter weg. Das ist hundertmal erwiesen, und gegen diese Behandlung werden wir uns wehren und es wird nicht früher zur Ruhe kommen in diesem

hohen Hause, bevor nicht diese Taktik verschwindet. Sie müssen unsere Eingaben genau so behandeln, wie die von Pistor und Posch von Wehelsdorf. Wenn die Behandlung nicht eine Änderung erfährt, dann haben Sie damit zu rechnen, daß wir auf dieser Seite des hohen Hauses nicht zur Ruhe kommen, so lange es nicht anders wird. Damit möchte ich meine Ausführungen schließen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich unterbreche die Generaldebatte über den Landesvoranschlag.

Wir kommen nunmehr zur dringlichen Anfrage des Herrn Abg. Dr. Oberegger und Genossen an den Landeshauptmann, betreffend die Mehrleistungen der Mittelschullehrer und muß ich bezüglich dieser Anfrage, da sie nicht die erforderliche Anzahl von Unterschriften aufweist, die Unterstützungsfrage stellen. (Wird genügend unterstützt.) Ich erteile dem Herrn Abg. Dr. Oberegger zur Begründung das Wort.

Dr. Oberegger: Hohes Haus! Gelegentlich der sogenannten zweiten Etappe der Gehaltsregulierung der Bundesangestellten (Lehrpersonen) wurde der § 62 des Gehaltsgesetzes, betreffend die Regelung der Bezahlung der Überstunden im Ausmaße von 4 v. H. vom Grundgehalt und Ortszuschlag eines Lehrers mit 15 Dienstjahren gestrichen. Das Finanzministerium sagte zu, daß die Erhöhung der Überstunden unter dem Titel „Ersparungsprämien“ erfolgen werde. Die Bundeslehrpersonen, welche nach der Dienstpragmatik § 65 nur vorübergehend zur Übernahme von Mehrleistungen verpflichtet sind, haben eine Vereinbarung mit dem Finanzministerium getroffen, diese Überstunden dauernd zu halten. Diese Vereinbarung ist durch die Aufhebung des § 62 hinfällig geworden. Da das Finanzministerium nun keine wie immer gearteten Anstalten trifft, die erwähnten Ersparungsprämien tatsächlich auszubahlen, so hat die Mittelschullehrerschaft eine begreifliche Erregung ergriffen, welche sich darin auswirkt, daß das erwähnte Abkommen für sie nunmehr gekündigt erscheint. Dies wird selbstverständlich eine empfindliche Störung im Unterrichtsbetriebe zur Folge haben, für welche jedoch niemand anderer als jene Funktionäre des Finanzministeriums verantwortlich sind, welche ihrerseits eingegangene Verpflichtungen und Zusagen nicht einer entsprechenden Behandlung zuführen. Wir erlauben uns daher an den Herrn Landeshauptmann die Anfrage zu stellen, was er in dieser Angelegenheit zur Förderung des Standpunktes der Mittelschullehrerschaft zu tun gedenkt?

Dr. Rintelen: Die in der Anfrage berührten Verhältnisse sind mir bekannt. Ich habe in der Sache schon einen Brief an den Herrn Finanzminister geschrieben und ich werde die Angelegenheit neuerlich beim Finanzministerium bekreiben. Ich werde auch darüber Aufklärung verlangen, warum diese Angelegenheit nicht in einer rascheren Weise erledigt wurde und ich werde Sorge tragen und meinen Einfluß geltend machen, daß diese Angelegenheit eine ehestmöglichste schnelle Erledigung finde. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Häbler: Ich stelle den Antrag auf Eröffnung der Wechsellrede.